

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesparteirat

Gegenstand: Sachsens Chancen nutzen

Im Absatz von Zeile 2 - 8:

Am 31. August 2014 ~~wird die Zukunft Sachsens neu entschieden~~haben wir Bürgerinnen und Bürger es werden in der Hand, die politischen Weichen für die nächsten fünf Jahre gestellt. Zukunft Sachsens neu zu stellen. Der auslaufende Solidarpakt und eine neue Förderpolitik der EU werden Sachsen genauso vor Herausforderungen stellen, wie eine schrumpfende Bevölkerungszahl außerhalb der Ballungszentren. Die jetzige Regierung agiert in Bezug auf Sachsens Zukunft konzeptionslos. Die politische Landschaft im Freistaat ist durch ~~die uninspirierte, deren uninspierte,~~ allein auf Machterhalt ausgerichtete Politik erstarrt. Erfolgreiche Entwicklungen und das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger werden bürokratisch ausgebremst, Perspektiven nicht gefördert und Stillstand als Sachsens Weg in die Zukunft verkauft. Sie dürfen sich entscheiden: Weiter so, wie bisher oder eine neue Politik, die sich mutig den Fragen und Herausforderungen der ~~jetzigen Staatsregierung geprägt.~~Zukunft stellt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen ~~jedoch~~ eine Vielzahl von bislang ungenutzten Chancen für Sachsen. Wir sind der Auffassung: Sachsen ist ein ~~starkes~~attraktives Land, aber es wird nicht gut regiert. Wir sind uns sicher: Sachsen kann mehr erreichen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Sachsen

Gegenstand: Sachsens Chancen nutzen

Im Absatz von Zeile 2 - 8:

Am 31. August 2014 ~~wird die Zukunft Sachsens neu entschieden~~ und liegt es ~~werden~~ in Ihrer Hand, Bilanz zu ziehen und die ~~politischen~~ Weichen ~~für~~ über die ~~nächsten fünf Jahre~~ gestellt. Zukunft Sachsens neu zu stellen. Die politische Landschaft im Freistaat ist durch die uninspirierte, allein auf Machterhalt ausgerichtete Politik von CDU und FDP erstarrt. Sie dürfen sich entscheiden: Weiter so wie bisher oder eine neue Politik, die sich mutig den Fragen und Herausforderungen der ~~jetzigen Staatsregierung~~ geprägt. Zukunft stellt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen ~~jedoch~~ eine Vielzahl von bislang ungenutzten Chancen für Sachsen. Wir sind der Auffassung: Sachsen ist ein ~~starkes~~ attraktives Land, aber es wird nicht gut regiert.

Begründung

Die Präambel soll den Geist des Programms widerspiegeln, zugleich aber auch die Menschen durch direkte Ansprache animieren, tatsächlich auch zur Wahl zu gehen und die Stimme an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzugeben. Die inhaltliche Begründung ist gelungen. Die Ansprache gelingt jedoch nur schwer mit Passivkonstruktionen. Die Staatsregierung ist lediglich die oberste Exekutivbehörde, die Legislative bildet der Sächsische Landtag. Es ist daher im politischen System nicht die Staatsregierung, sondern die Koalitionsmehrheit aus CDU und FDP, die eine auf Machterhalt ausgerichtete Politik ausübt.

A1-Ä5-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden)

Gegenstand: Sachsens Chancen nutzen

Im Absatz von Zeile 2 - 8:

Am 31. August 2014 wird die Zukunft Sachsens neu entschieden und es werden die politischen Weichen für die nächsten fünf Jahre gestellt. Die politische Landschaft im Freistaat ist durch die uninspirierte, allein auf Machterhalt ausgerichtete Politik der jetzigen schwarz-gelben Staatsregierung geprägt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen jedoch eine Vielzahl von Chancen für Sachsen. Sachsen ist ein starkes Land, aber es wird nicht gut regiert.

A1-Ä7-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: Sachsens Chancen nutzen

Im Absatz von Zeile 2 - 8:

Am 31. August 2014 wird die Zukunft Sachsens neu entschieden und es werden die politischen Weichen für die nächsten fünf Jahre gestellt. Die politische Landschaft im Freistaat ist durch die uninspirierte, allein auf Machterhalt ausgerichtete Politik der jetzigen Staatsregierung geprägt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen jedoch eine Vielzahl von Chancen für Sachsen. ~~Sachsen ist ein starkes Land, aber es wird nicht gut regiert.~~

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesparteirat

Gegenstand: Sachsens Chancen nutzen

Im Absatz von Zeile 9 - 13:

~~Die nächsten fünf Jahre werden für~~In Sachsen ~~entscheidend sein. Sie verlangen nach~~leben Menschen wie Sie, mit Kreativität und Erfahrung,
~~mit~~ neuen ~~Antworten auf drängende Zukunftsfragen. Der auslaufende~~
~~Solidarpakt~~Ideen und ~~eine neue Förderpolitik der EU werden~~Mut zur
Veränderung. Wir wollen Ihr Engagement und Können in unserem Land
nutzen und mit Ihnen gemeinsam einen neuen Weg für ein gerechtes,
modernes, ökologisches und weltoffenes Sachsen ~~genauso vor~~
~~Herausforderungen stellen, wie eine schrumpfende Bevölkerung~~
~~außerhalb der Ballungszentren.~~einschlagen.

Begründung

Die Änderungsanträge des Landesparteirates stehen im Zusammenhang und verändern vor allem Ansprache und Struktur der Präambel. Es werden keine wesentlichen inhaltlichen Änderungen vorgenommen.

A1-Ä9-2

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden)

Gegenstand: Sachsens Chancen nutzen

Im Absatz von Zeile 9 - 13:

Die nächsten fünf Jahre ~~werden~~verlangen für Sachsen ~~entscheidend sein. Sie verlangen nach neuen~~neue Antworten auf drängende Zukunftsfragen. Der auslaufende Solidarpakt und eine neue Förderpolitik der EU werden Sachsen genauso vor Herausforderungen stellen, wie eine schrumpfende Bevölkerung außerhalb der Ballungszentren.

Begründung

Erfolgt mündlich.

A1-Ä14-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesparteirat

Gegenstand: Sachsens Chancen nutzen

Im Absatz von Zeile 14 - 19:

Wir ~~können uns diesen Herausforderungen stellen, denn~~ Bündnisgrünen setzen auf unsere Wurzeln, die sowohl im Umweltschutz als auch in Sachsen leben Menschen mit Kreativität der Bürgerbewegung liegen, und ~~Erfahrung,~~ wollen Politik mit neuen Ideen den Menschen machen. Wir wollen Ihnen zuhören. Wir wollen die Sächsinnen und ~~Mut zur Veränderung. Doch erfolgreiche Entwicklungen und das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger werden derzeit bürokratisch ausgebremst, Perspektiven nicht gefördert und Stillstand als Sachsens Weg in die Zukunft verkauft.~~ Sachsen mitentscheiden lassen, statt sie vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Begründung

Die Änderungsanträge des Landesparteirates stehen im Zusammenhang und verändern vor allem Ansprache und Struktur der Präambel. Es werden keine wesentlichen inhaltlichen Änderungen vorgenommen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesparteirat

Gegenstand: Sachsens Chancen nutzen

Im Absatz von Zeile 20 - 23:

~~Wir GRÜNE wollen Engagement~~Mit diesem Landtagswahlprogramm machen wir ein Angebot für alle, für die Freiheit und Können in unserem Land nutzen~~Gerechtigkeit~~zusammengehören. Wir wenden uns an alle, die nach Antworten auf die drängenden ökologischen und sozialen Fragen unserer Zeit suchen.
Grundlage unserer Politik und ~~gemeinsam einen neuen Weg~~unseres Programms ist der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen als Voraussetzung für ein gerechteres, moderneres ökologischeres eine zukunftsfähige wirtschaftliche und weltoffeneres Sachsen einschlagen. Wirsoziale Entwicklung. Demokratie sichert Freiheit. Bildung und Kultur sind der Schlüssel zu einer guten Zukunft. Selbstbestimmtheit aller hier lebenden Menschen ist unser Ziel. Echte Chancengleichheit für Frauen und Männer ist eine zentrale Gerechtigkeitsfrage, für welche wir Rahmenbedingungen schaffen wollen. Eine inklusive Gesellschaft und wirkliche Barrierefreiheit ist für uns sicher ein Aspekt der gesamten Gesellschaftspolitik. Wir wollen mit Ihrer Hilfe und Ihrer Unterstützung die schwarz-gelbe Regierung ablösen, weil wir glauben, dass in Sachsen kann mehr erreichen. eine andere Politik notwendig ist, um bestehende Probleme zu lösen und ungenutzte Chancen endlich zu ergreifen.

Begründung

Die Änderungsanträge des Landesparteirates stehen im Zusammenhang und verändern vor allem

Ansprache und Struktur der Präambel. Es werden keine wesentlichen inhaltlichen Änderungen vorgenommen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: Sachsens Chancen nutzen

Im Absatz von Zeile 52 - 64:

... Sachsen hat Ideen für die Zukunft! Bildung eröffnet Möglichkeiten und fördert Talente. Sie ist Voraussetzung für Selbstbestimmung und Teilhabe. Wir stehen für gute Bildung für alle und von Anfang an. Wir wollen bessere frühkindliche Bildung und deswegen kleinere Gruppen in Kitas, damit Erzieherinnen und Erzieher besser auf alle Kinder eingehen können. In der GRÜNEN Gemeinschaftsschule lernen Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam, damit allen der gewünschte Schulabschluss ermöglicht wird. Wir ~~stellen~~streben ein inklusives Bildungssystem an, in dem individuelle Förderung ~~in-dem~~im Mittelpunkt ~~und~~steht. Wir wollen den Lehrerberuf attraktiver ~~gestalten, um auch~~gestalten und in den nächsten Jahren ~~ausreichend junge~~gut qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer für den Schuldienst in Sachsen ~~zu~~ gewinnen. Eine stabile Hochschulfinanzierung sichert die Qualität von Forschung und Lehre in Sachsen und ermöglicht allen Studierenden faire Chancen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesparteirat

Gegenstand: Sachsens Chancen nutzen

Im Absatz von Zeile 113 - 117:

~~Wir machen mit diesem Landtagswahlprogramm ein Angebot an alle, die~~
~~Für diese Ziele treten wir an, für diese Ziele bitten wir um Ihre~~
~~Unterstützung. Wir GRÜNE stehen dabei für~~ eine ~~werteorientierte~~
Politik ~~für Sachsen wollen: Menschen, für die Freiheit und~~
~~Gerechtigkeit zusammengehören,~~ des Zuhörens und handeln ~~für alle, die~~
~~nach Antworten auf die ökologischen und sozialen Fragen unserer Zeit~~
~~suchen.~~ Zukunft Sachsens.

Begründung

Die Änderungsanträge des Landesparteirates stehen im Zusammenhang und verändern vor allem Ansprache und Struktur der Präambel. Es werden keine wesentlichen inhaltlichen Änderungen vorgenommen.

A1-Ä117-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Katharina Weyandt (KV Chemnitz), Brigitte Heymanns, KV Chemnitz, Hendrik Schmidl, KV Chemnitz

Gegenstand: Sachsens Chancen nutzen

Im Absatz von Zeile 113 - 117:

Wir machen mit diesem Landtagswahlprogramm ein Angebot an alle, die eine werteorientierte Politik für Sachsen wollen: Menschen, für die Freiheit und Gerechtigkeit ~~zusammengehören~~, zusammengehören; die als Christinnen und Christen die Bewahrung der Schöpfung als Aufgabe sehen; und für alle, die nach Antworten auf die ökologischen und sozialen Fragen unserer Zeit suchen.

Begründung

Für Christinnen und Christen bei Bündnis 90/DIE Grünen ist die Bewahrung der Schöpfung ein wichtiger Auftrag und einer der Gründe für ihre Mitgliedschaft. Wir wollen, dass alle Christinnen und Christen in Sachsen bei ihrer Wahlentscheidung ernsthaft prüfen, wer diesen Auftrag am besten erfüllt.

Die Semikola sollen verdeutlichen, dass es eine unvollständige Aufzählung ist, die niemand vereinnahmt bzw. ausschließt,

UnterstützerInnen

- Antje Hermenau, KV Dresden
- Jürgen Dudeck, KV Dresden
- Reinhard Schulze, KV Chemnitz

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesparteirat

Gegenstand: Sachsens Chancen nutzen

Im Absatz von Zeile 118 - 123:

~~Dieses Programm geht von der Schaffung nachhaltiger Lebensqualität~~
~~Wenn Sie auch einen konsequenten Klimaschutz~~ und ~~der~~
~~Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen als Voraussetzungen~~
~~einer neuen Politik aus. Die Selbstbestimmtheit ALLER Menschen steht~~
~~im Mittelpunkt unserer Politik. Die Demokratie sichert~~
eine echte
Energiewende - mit einem raschen Ausstieg aus dem Braunkohleabbau -
wollen, oder für gerechte Bildungschancen für alle, für eine neue
Verkehrspolitik, für Naturschutz, für die Freiheit. Bildung
Stärkung
von Demokratie und ~~Kultur sind schließlich der Schlüssel zu einer~~
~~guten Zukunft.~~
Bürgerrechten stimmen wollen, finden Sie in uns GRÜNEN
eine verlässliche Kraft.

Begründung

Die Änderungsanträge des Landesparteirates stehen im Zusammenhang und verändern vor allem Ansprache und Struktur der Präambel. Es werden keine wesentlichen inhaltlichen Änderungen vorgenommen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesparteirat

Gegenstand: Sachsens Chancen nutzen

Im Absatz von Zeile 124 - 128:

~~Echte Chancengerechtigkeit zwischen Frauen und Männern zu erreichen, ist ein Grundbedürfnis GRÜNER Politik und wird anhand konkreter Forderungen beschrieben. Die Schaffung einer inklusiven Gesellschaft und wirklicher Barrierefreiheit ist für uns kein isoliertes Kapitel, sondern ein Aspekt aller Bereiche der Gesellschaftspolitik.~~
Je stärker wir im Landtag vertreten sind, desto mehr GRÜNE Inhalte werden wir umsetzen können - sei es in verantwortlicher Regierungsposition, sei es mit verantwortungsbewusster Oppositionsarbeit.

Begründung

Die Änderungsanträge des Landesparteirates stehen im Zusammenhang und verändern vor allem Ansprache und Struktur der Präambel. Es werden keine wesentlichen inhaltlichen Änderungen vorgenommen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesparteirat

Gegenstand: Sachsens Chancen nutzen

Im Absatz von Zeile 129 - 138:

~~Wir GRÜNE stehen für eine Politik des Zuhörens und handeln für die Zukunft Sachsens. Je stärker wir im Landtag vertreten sind, desto mehr GRÜNE Inhalte werden wir umsetzen können — sei es in verantwortlicher Regierungsposition, sei es mit verantwortungsbewusster Oppositionsarbeit. Eine~~
Die Entscheidung liegt bei Ihnen: Gehen Sie am 31. August zur Wahl. Geben Sie Ihre Stimme BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - für GRÜN ist eine Stimme für unseren entschiedenen Einsatz für konsequenten Klimaschutz ein ökologisches, gerechtes, modernes und für eine echte Energiewende — inklusive dem raschen Ausstieg aus dem Braunkohleabbau — für gerechte Bildungschancen für alle, für eine neue Verkehrspolitik, für Naturschutz, für die Stärkung von Demokratie und Bürgerrechten. Für diese Ziele bitten wir Sie um Ihre Unterstützung. weltoffenes Sachsen.

Begründung

Die Änderungsanträge des Landesparteirates stehen im Zusammenhang und verändern vor allem Ansprache und Struktur der Präambel. Es werden keine wesentlichen inhaltlichen Änderungen vorgenommen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden)

Gegenstand: Sachsens Chancen nutzen

Im Absatz von Zeile 129 - 138:

Wir GRÜNE stehen für eine Politik des Zuhörens und handeln für die Zukunft Sachsens. Wir kämpfen für einen inhaltlichen und einen Stilwechsel in der sächsischen Politik, der mit keiner der beiden Regierungsparteien zu machen sein wird. Deshalb gilt: Je stärker wir im Landtag vertreten sind, desto mehr GRÜNE Inhalte werden wir umsetzen ~~können — sei es in verantwortlicher Regierungsposition, sei es mit verantwortungsbewusster Oppositionsarbeit.~~ können. Eine Stimme für GRÜN ist eine Stimme für unseren entschiedenen Einsatz für konsequenten Klimaschutz und für eine echte Energiewende - inklusive dem raschen Ausstieg aus dem Braunkohleabbau - für gerechte Bildungschancen für alle, für eine neue Verkehrspolitik, für Naturschutz, für die Stärkung von Demokratie und Bürgerrechten. Für diese Ziele bitten wir Sie um Ihre Unterstützung.

Begründung

Erfolgt mündlich.

A1-Ä139-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: Sachsens Chancen nutzen

Im Absatz von Zeile 129 - 138:

Wir GRÜNE stehen für eine Politik des Zuhörens und handeln für die Zukunft Sachsens. Je stärker wir im Landtag vertreten sind, desto mehr GRÜNE Inhalte werden wir umsetzen können – sei es in verantwortlicher Regierungsposition, sei es mit verantwortungsbewusster Oppositionsarbeit. Eine Stimme für GRÜN ist eine Stimme für unseren entschiedenen Einsatz für konsequenten Klimaschutz und für eine echte Energiewende – inklusive dem raschen Ausstieg aus dem Braunkohleabbau – für gerechte Bildungschancen für alle, für eine neue Verkehrspolitik, für ~~Naturschutz~~, Natur-, Umwelt- und Klimaschutz, für die Stärkung von Demokratie und Bürgerrechten. Für diese Ziele bitten wir Sie um Ihre Unterstützung.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Sachsen

Gegenstand: Sachsens Chancen nutzen

Im Absatz von Zeile 129 - 138:

Wir GRÜNE stehen für eine Politik des Zuhörens und handeln für die Zukunft Sachsens. Je stärker wir im Landtag vertreten sind, desto mehr GRÜNE Inhalte werden wir umsetzen können – sei es in verantwortlicher Regierungsposition, sei es mit verantwortungsbewusster Oppositionsarbeit. Eine Stimme für GRÜN ist eine Stimme für unseren entschiedenen Einsatz für konsequenten Klimaschutz und für eine echte Energiewende – inklusive dem raschen Ausstieg aus dem Braunkohleabbau – für gerechte Bildungschancen für alle, für eine neue Verkehrspolitik, für Naturschutz, für die Stärkung von Demokratie und Bürgerrechten. ~~Für~~
Für diese Ziele treten wir an, für diese Ziele bitten wir ~~Sie~~ um Ihre Unterstützung. Nun liegt die Entscheidung bei Ihnen: Gehen Sie am 31. August zur Wahl. Geben Sie Ihre Stimme BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – für ein ökologisches, gerechtes und weltoffenes Sachsen.

Begründung

Die letzten Worte der Präambel sollten idealerweise die direkte Ansprache in der Einleitung aufgreifen und dabei das Programm kurz und bündig zusammenfassen.

B1-Ä0-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Michael Weichert (KV Leipzig)

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Begründung

Bisher taucht in keiner Überschrift das Wort "Wirtschaft" auf. Da wir große Anstrengungen unternommen haben, unser wirtschaftspolitisches Profil zu schärfen und Erfolge hinsichtlich der Akzeptanz grüner Wirtschaftspolitik bei sächsischen Unternehmen erzielt wurden, sollte sofort deutlich werden, an welcher Stelle im Wahlprogramm das Thema zu finden ist.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Michael Weichert (KV Leipzig)

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 143 - 156:

Neu hinzufügen:

Wirtschaft ist Mittel zum Zweck. Wir wirtschaften, um unsere Bedürfnisse befriedigen zu können. Quantitatives Wachstum und einseitige Weltmarktorientierung allein reichen nicht aus. Wir GRÜNE denken Wirtschaft von unten nach oben. Alles, was in den Regionen erzeugt und abgesetzt werden kann, schafft Wertschöpfung und Wohlstand vor Ort, hält das Geld in der Region und macht im Krisenfall unabhängig von der Entwicklung globaler Märkte. Kurze Wege schonen darüber hinaus nicht nur den Geldbeutel, sondern auch Umwelt und Klima. Die Regionalwirtschaft ist also bestens geeignet, etliche elementare Bedürfnisse zu befriedigen. Ihre Akteure, die kleinen und mittleren Unternehmen in Sachsen, Handwerker und Dienstleister verstehen wir als unsere Partner.

Begründung

Mit dem einführenden Absatz soll sofort deutlich werden, was das Besondere grüner Wirtschaftspolitik ist. Außerdem sollen KMU sowie Handwerksbetriebe direkt angesprochen werden, die über 98% der sächsischen Unternehmenslandschaft ausmachen. Der Fokus auf regionale Wirtschaftskreisläufe ist m.E. ein Alleinstellungsmerkmal grüner Wirtschaftspolitik, welches besonders vor dem Hintergrund der kleinteiligen sächsischen Wirtschaft herausgestellt werden sollte.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 143 - 156:

Eine gute Lebensqualität für alle Generationen können wir langfristig nur dann erhalten, wenn wir in einer solidarischen Ökonomie die Grenzen der Natur respektieren. Nur dann kann ein Ausgleich zwischen Starken und Schwachen stattfinden, werden kulturelle Werte erhalten bleiben und kann eine vielfältige, inklusive Bildungslandschaft vorhanden sein. Wir fragen auch nach den Folgekosten, die durch Umweltbelastungen entstehen, beispielsweise durch klimaschädliche CO₂-Emissionen oder krankmachende Lärmbelastigungen. Für uns ~~GRÜNE~~Grüne misst sich Wohlstand ~~nicht nur am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, sondern auch insbesondere~~ an der Lebensqualität und dem Umgang mit der ~~Natur.~~Natur und nicht nur am Wachstum des Bruttoinlandsproduktes. Eine GRÜNE Wirtschaftspolitik will die AkteurInnen in Wirtschaft und Gesellschaft für Investitionen in die Umweltbedingungen gewinnen. Wir wollen die soziale Marktwirtschaft in eine sozial-ökologische Marktwirtschaft umbauen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Michael Weichert (KV Leipzig)

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 143 - 156:

Eine gute Lebensqualität für alle Generationen können wir langfristig nur dann erhalten, wenn wir in einer solidarischen Ökonomie die Grenzen der Natur respektieren. Nur dann kann ein Ausgleich zwischen Starken und Schwachen stattfinden, werden kulturelle Werte erhalten bleiben und kann eine vielfältige, inklusive Bildungslandschaft vorhanden sein. Wir fragen auch nach den Folgekosten, die durch Umweltbelastungen entstehen, beispielsweise durch klimaschädliche CO₂-Emissionen oder krankmachende Lärmbelastungen. Für uns GRÜNE misst sich Wohlstand nicht nur am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, sondern auch an der Lebensqualität und dem Umgang mit der Natur. Eine GRÜNE Wirtschaftspolitik will die AkteurInnen in Wirtschaft und Gesellschaft für Investitionen in die Verbesserung der Umweltbedingungen gewinnen. Wir wollen die soziale Marktwirtschaft in eine sozial-ökologische Marktwirtschaft umbauen.

Begründung

Ergänzung als sprachliche Glättung. Umweltbedingungen - gleich welcher Art - gibt es unabhängig von uns. Was wollen wir? Die Verbesserung derselben.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 143 - 156:

Eine gute Lebensqualität für alle Generationen können wir langfristig nur dann erhalten, wenn wir in einer solidarischen Ökonomie die Grenzen der Natur respektieren. Nur dann kann ein Ausgleich zwischen Starken und Schwachen stattfinden, werden kulturelle Werte erhalten bleiben und kann eine vielfältige, inklusive Bildungslandschaft vorhanden sein. Wir fragen auch nach den Folgekosten, die durch Umweltbelastungen entstehen, beispielsweise durch klimaschädliche CO₂-Emissionen oder krankmachende Lärmbelastigungen. Für uns GRÜNE misst sich Wohlstand nicht nur am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, sondern auch an der Lebensqualität und dem Umgang mit der Natur. Eine GRÜNE Wirtschaftspolitik will die AkteurInnen in Wirtschaft und Gesellschaft für Investitionen in die Umweltbedingungen gewinnen. Wir wollen die ~~soziale~~ **gegenwärtige** Marktwirtschaft in eine sozial-ökologische Marktwirtschaft umbauen.

Begründung

gegenwärtig geht der Diskussion aus dem Weg, ob die Marktwirtschaft heute noch als ausreichend sozial bezeichnet werden kann

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 157 - 186:

~~Um Wohlstand nachhaltig zu sichern,~~ Zur Sicherung unserer Lebensqualität muss effizienter mit Rohstoffen umgegangen werden. Wo es möglich ist, müssen endliche Ressourcen durch erneuerbare ersetzt werden. Die Förderung von Material- und Ressourceneffizienz steigert auch die Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Wirtschaft. Denn bei steigenden Rohstoffpreisen lohnen sich frühzeitige Investitionen. Wir wollen die dafür notwendigen Innovationen ermöglichen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Sachsen

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 157 - 186:

Ein wichtiges Ziel GRÜNER Wirtschaftspolitik ist die postfossile Kreislaufwirtschaft: Nachhaltiges Wirtschaften ist nur möglich, wenn die eingesetzten Rohstoffe über den Lebenszyklus eines Produkts hinaus wieder vollständig in den Produktionsprozess zurückgelangen und sie nicht mehr aus endlichen Reserven entnommen werden. Hierfür sind auch in Sachsen rechtliche Voraussetzungen zu schaffen. Besonders dringlich ist die Aufgabe, unsere Abhängigkeit vom Erdöl zu reduzieren. ~~Experten~~Unterschiedliche Prognosen gehen davon aus, dass das globale Ölfördermaximum – der „Peak Oil“ – in wenigen Jahren erreicht sein ~~wird~~wird oder schon erreicht wurde. Dann wird der Rohstoff Erdöl immer knapper und ~~zwangsläufig~~auch durch die weltweit steigende Nachfrage immer ~~teurer werden~~teurer. Auf die erdölabhängigen Industrien kommen erhebliche Herausforderungen zu. Auch sächsische Unternehmen sind von dieser Entwicklung betroffen, wenn wir nicht umsteuern – so z. B. die Automobilbranche, die chemische Industrie oder der Maschinen- und Anlagenbau. Die Wirtschaftspolitik des Freistaates muss Unternehmen aktiv dabei unterstützen, die Auswirkungen von „Peak Oil“ auf ihre Geschäftsmodelle zu überprüfen. Wichtig ist uns die Unterstützung der Materialforschung, um Alternativen zum Erdöl zu finden. Förder- und Kreditprogramme sollen grundsätzlich an Kriterien der Rohstoff- und Energieeffizienz gebunden werden. Im Bausektor wollen wir nicht nur das Recycling, sondern auch die Wiederverwendung geeigneter Bauteile voranbringen.

Begründung

Es ist eher unseriös, sich in der Frage des „Peak Oil“ auf irgendwelche, nicht näher benannten Experten zu berufen, wenn die Prognosen zu dessen Eintreten tatsächlich ziemlich weit auseinandergehen. Eine Datierung des Peak Oil ist auf Grund der schwierigen Datenlage eigentlich erst nach dessen Überschreiten zweifelsfrei möglich. Zudem fehlt der Nachfrageaspekt im Begründungszusammenhang, der neben dem absehbar nicht mehr beliebig steigerbaren Angebot zu steigenden Preisen führt.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Gerd Lippold (KV Leipzig Land)

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 157 - 186:

Ein wichtiges Ziel GRÜNER Wirtschaftspolitik ist die postfossile Kreislaufwirtschaft: Nachhaltiges Wirtschaften ist nur möglich, wenn die eingesetzten Rohstoffe über den Lebenszyklus eines Produkts hinaus wieder vollständig in den Produktionsprozess zurückgelangen und sie nicht mehr aus endlichen Reserven entnommen werden. Hierfür sind auch in Sachsen rechtliche Voraussetzungen zu schaffen. Besonders dringlich ist die Aufgabe, unsere Abhängigkeit vom Erdöl zu reduzieren. ~~Experten gehen davon aus, dass das globale Ölfördermaximum der „Peak Oil“~~ Bereits heute greift die Menschheit auf unkonventionelle Ölreserven zurück. Die gefährliche und umweltschädliche Ausbeutung unkonventioneller Reserven ~~in wenigen Jahren erreicht sein wird. Dann wird~~ der RohstoffTiefsee, in Ölsanden und durch Fracking verteuert bereits rasant die Gewinnungskosten für den fossilen Importrohstoff Erdöl ~~immer knapper~~ und zwangsläufig immer teurer werden.damit Energie- und Rohstoffrechnungen unserer Unternehmen und der ganzen Volkswirtschaft. Experten sind sich sicher: der Boom der unkonventionellen Ölförderung durch Fracking ist von sehr kurzer Dauer und die gewinnbaren Mengen wurden überschätzt. In dieser Situation ist es für ein Ölimport-abhängiges Land dringend an der Zeit, zu handeln. Unsere künftige Wettbewerbsfähigkeit hängt unmittelbar davon ab. Auf die erdölabhängigen Industrien kommen erhebliche Herausforderungen zu. Auch sächsische Unternehmen sind von dieser Entwicklung betroffen, wenn wir nicht umsteuern - so z. B. die Automobilbranche, die chemische Industrie oder der Maschinen-

und Anlagenbau. Die Wirtschaftspolitik des Freistaates muss Unternehmen aktiv dabei unterstützen, die Auswirkungen von „Peak Oil“ weiterer Ölpreissteigerung auf ihre Geschäftsmodelle zu überprüfen. Wichtig ist uns die Unterstützung der Materialforschung, um Alternativen zum Erdöl zu finden. Förder- und Kreditprogramme sollen grundsätzlich an Kriterien der Rohstoff- und Energieeffizienz gebunden werden. Im Bausektor wollen wir nicht nur das Recycling, sondern auch die Wiederverwendung geeigneter Bauteile voranbringen.

Begründung

Die Fachdiskussion um "Peak Oil" hat in den letzten Monaten durchaus andere Facetten bekommen, als das zuvor viele Jahre lang der Fall war. Das wurde auch breit in deutschen Medien transportiert und den Menschen z.B. als "neuer amerikanischer Öl- und Gasboom" euphorisch vermittelt. Das alte "peak oil" -Konzept auf Basis der Extrapolation von Förderkurven bekannter und neu findbarer konventioneller Ölreserven wird vielfach als nicht mehr aktuell angesehen.

Wir sollten dieser Situation Rechnung tragen und so argumentieren, dass wir konsistent mit der heutigen Realität bleiben. Selbstverständlich ist und bleibt Erdöl endlich! Allerdings hat die technische Förderbarkeit aus immer schwierigeren, unkonventionellen geologischen Verhältnissen - unter gewaltigen Umweltrisiken - dazu geführt, dass Öl vorerst nicht knapp wird. Knapp wird nur das billig zu fördernde, konventionelle Öl. Im Mittel wird Öl dadurch natürlich immer teurer. Und zwar umso rascher, je komplizierter die Förderbedingungen werden. Möglicherweise sinkt die globale Produktionsmenge des immer teureren Öls in ein paar Jahren tatsächlich - wahrscheinlich wird das aber von der Nachfrageseite her begründet sein.

Die Schlussfolgerungen im Programm bleiben gleich und wurden auch nicht verändert: Aus ökonomischer Sicht müssen wir schnell weg vom Öl, weil die Importrechnung von Jahr zu Jahr teurer wird. Tun wir nichts, so werden wir das nicht mehr wettbewerbsfähig bezahlen können (und wollen!) - und zwar lange, bevor man uns nicht mehr genug liefern kann.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Michael Weichert (KV Leipzig)

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 209 - 252:

Neu hinzufügen:

Unternehmer braucht das Land

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen fördern eine Kultur unternehmerischen Denkens und Handelns. Bereits in der Schule sollten wirtschaftliche Zusammenhänge als fester Bestandteil der Lehrpläne erklärt und wirtschaftliches Handeln erprobt werden. Als Partner von Gründerinnen und Gründern wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Zugang zu Gründungskapital erleichtern und eine langfristig angelegte Beratung junger Unternehmerinnen und Unternehmer sicherstellen. Absolventinnen und Absolventen der Hochschulen, die den Start in die Selbstständigkeit wagen, wollen wir erfahrene Mentoren (sog. "Founding Angels") an die Seite stellen. Dies gilt nicht nur für technische Studiengänge, sondern auch für Vorhaben aus den Bereichen Kreativwirtschaft, Dienstleistungen und Soziales.

Viele gute Projekte scheitern nicht am Geld, sondern an den Folgen von Vereinzelung und fehlender Kommunikation der Unternehmerinnen und Unternehmer. Wir setzen uns deshalb für "Gründerwerkstätten" ein, Räume - egal ob im Technologiezentrum oder in einem Wächterhaus - zum Erfahrungsaustausch und zur gemeinsamen Arbeit, vor allem für die Startphase von Unternehmen.

Die Pflichtmitgliedschaft der Unternehmen in der IHK muss sich auch in anderen Tätigkeitsfeldern als der Wahrung des dualen Ausbildungssystems auszahlen. Den Kammern muss es gelingen, der Vielfalt von Interessen und Bedürfnissen der Unternehmen stärker

Rechnung zu tragen. Außerdem müssen sich die Kammern demokratisieren und transparenter werden und ihren Mitgliedern mehr Einfluss auf Entscheidungen einräumen. Andernfalls muss das Modell der Pflichtmitgliedschaft grundsätzlich infrage gestellt werden.

Begründung

Der Absatz "Unternehmer braucht das Land" ist der Versuch, die grüne Position zum Unternehmertum generell aufzuzeigen und gleichzeitig konkrete Vorschläge zu machen, die zu dessen Entwicklung beitragen können. Textabschnitte anderer Abschnitte wurden übernommen und an dieser Stelle zugeordnet.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Michael Weichert (KV Leipzig)

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 209 - 252:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen Zukunftsbranchen und Projekte fördern, die für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts entscheidend sein werden. GRÜNE Wirtschaftspolitik macht Unternehmerinnen und Unternehmer stark, die sozial und ökologisch nachhaltig handeln und das Gemeinwohl im Blick haben. Die Zugänge zur Förderung müssen für alle Branchen fair und transparent sein. ~~Ein geeignetes Mittel der Förderpolitik ist die Auflage~~ ~~revolvierender Fonds, die durch die Rückzahlungen erfolgreich~~ ~~geförderter~~ Um möglichst vielen Unternehmen ~~aufgefüllt werden können.~~ ~~Neue oder spezifische Branchen~~ helfen zu können, sollen Fördermittel mehr und mehr als rückzahlbare Darlehen ausgereicht werden. Branchen wie die Kultur- und Kreativwirtschaft oder der ~~Dienstleistungsbereich brauchen adäquate Hilfen beim Zugang zu~~ ~~Förderung. Die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner müssen über~~ ~~spezifische Qualifikationen in allen Branchen verfügen, auch in~~ ~~innovativen oder alternativen Wirtschaftsbereichen.~~ Viele Dienstleistungssektor dürfen bei der Vergabe von Fördermitteln gegenüber technologieorientierten Unternehmen nicht benachteiligt werden. Viele sinnvolle Förderprogramme werden deshalb nicht in Anspruch genommen, weil sie zu bürokratisch und zu kompliziert in der Beantragung und Handhabung sind. Besonders kleine, mittelständische und Start-up-Unternehmen brauchen unbürokratische Förderung oder Hilfe bei der Antragstellung. Wir wollen, dass die EU-Förderprogramme innovative und Nachhaltigkeit fördernde Projekte unterstützt, dass die Verfahren vereinfacht und die

Auszahlungsfristen für bereits bewilligte und abgerechnete Mittel auf maximal ein halbes Jahr begrenzt werden.

Begründung

1. Der Begriff "revolvierende Fonds" ist für die Allgemeinheit kaum verständlich. Mit einem rückzahlbaren Darlehen weiss statt dessen jeder etwas anzufangen.
2. Präzisierung unserer Forderung, Unternehmen die nicht technologieorientiert sind, bei der Förderung nicht zu benachteiligen. Es geht weniger um Beratungsmöglichkeiten als ganz knallhart um den Zugang zu Fördertöpfen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Michael Weichert (KV Leipzig)

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 209 - 252:

Viele sinnvolle Förderprogramme werden deshalb nicht in Anspruch genommen, weil sie zu bürokratisch und zu kompliziert in der Beantragung und Handhabung sind. Besonders kleine, mittelständische und Start-up-Unternehmen brauchen unbürokratische Förderung oder Hilfe bei der Antragstellung. Wir wollen, dass die EU-Förderprogramme innovative in Sachsen 1:1 umgesetzt und nicht durch unnötige Zusatzaufgaben des Landes verkompliziert werden und ~~Nachhaltigkeit fördernde Projekte unterstützt,~~ dass ~~die Verfahren vereinfacht und~~ die Auszahlungsfristen für bereits bewilligte und abgerechnete Mittel auf maximal ein halbes Jahr begrenzt werden. Wir setzen uns außerdem für die Wiedereinführung von Pauschalen bei der Abrechnung der Fördermittel ein.

Begründung

Mit den EU-Förderprogrammen lassen sich bereits heute durchaus Projekte fördern, die der Nachhaltigkeit dienen. Der Punkt ist vielmehr, welche Prioritäten setzen die sächsischen Ministerien mit ihren Richtlinien vor Ort. Es ist bekannt, dass Sachsen EU-Programme zusätzlich verkompliziert, was ein deutliches Plus an (eigentlich unnötiger) Bürokratie zur Folge hat. Die Wiedereinführung von Pauschalen (z.B. Gemeinkostenpauschale) bei der Projektförderung verringert ebenfalls deutlich den bürokratischen Aufwand und war bis vor einigen Jahren funktionierender Standard in Sachsen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Michael Weichert (KV Leipzig)

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 209 - 252:

~~Es~~GRÜNES Ziel ist ~~sinnvoll, sich vernetzende~~es, den Anteil
~~forschender~~ Unternehmen in ~~Form einer~~
~~Verbundprojekteförderung~~Sachsen zu fördern. Dabei ~~muss~~erhöhen. Dazu
~~ist~~ es aber die freie Wahl der Unternehmen bleiben, ob sie auf
eigenes Wachstum setzen oder Clusterstrategien. ~~GRÜNES Ziel ist es,~~
~~Ausgaben für Forschung~~sinnvoll, Unternehmenswachstum und ~~Entwicklung~~
~~auf mehrere Schultern~~Kooperationen besonders zu ~~verteilen.~~ Auch
ganze Wertschöpfungsketten ~~gemeinsam abzuschöpfen~~unterstützen, z.B.
durch die Finanzierung des Managements von Clustern und ~~regional in~~
~~der Hand zu behalten,~~Verbundinitiativen oder durch die Unterstützung
von Unternehmenszusammenschlüssen. Zentral ist ein wichtiger
~~Zweck~~auch die Bereitstellung oder Vermittlung von ~~Vernetzung.~~
~~BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Partner von Gründerinnen und Gründern~~
~~sein. Dazu bedarf~~Wagniskapital, insbesondere, wenn es ~~leichterer~~
Zugänge zu Gründungskapital, kompetenter Beratung, Lotsendiensten,
einer guten Evaluation als langfristig angelegte Begleitung für
junge Unternehmerinnen und Unternehmer und einer entschiedenen
Entbürokratisierung. Eine enge Verzahnung von Hochschulen und
Gründungsförderung ist entscheidend, um jungen Absolventinnen und
Absolventen den Start in die Selbstständigkeit zu erleichtern. Dies
darf nicht nur für technische Studiengänge gelten, sondern besonders
auch für innovative Ideen aus den Bereichen Kreativwirtschaft,
DienstleistungSchließung und Soziales. Hierfür müssen alle
öffentlichen Akteure zum Beispiel in der Sächsischen Aufbaubank
spezielles Know How auch für neue Branchen weiterentwickeln.Stärkung

regionaler Wertschöpfungsketten geht.

Begründung

Zunächst soll an dieser Stelle deutlich herausgestellt werden, was das konkrete Ziel grüner Wirtschaftsförderung sein soll: Der Anteil forschender Unternehmen soll erhöht werden. Derzeit forschen und entwickeln reichlich 900 der insgesamt mehr als 150.000 sächsischen Unternehmen regelmäßig. Wie wollen wir das machen? Die Herausforderung ist nur lösbar, wenn es uns gelingt, dass Sachsens Unternehmen wachsen, so dass sie die kritische Größe erreichen, ab der sie überhaupt die Potentiale für eigne FuE-Tätigkeit besitzen. Wo das nicht möglich ist, helfen Kooperationen, die Defizite zu überwinden. Anschließend werden drei Maßnahmen (Verbundinitiativen, Unterstützung von Zusammenschlüssen, Wagniskapital) angeführt, mit denen wir unterstützen wollen.

Andere Inhalte des Absatzes gehen nicht verloren, sondern werden im nächsten Kapitel ergänzt, wo sie besser hineinpassen.

B1-Ä253-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Michael Weichert (KV Leipzig)

Gegenstand: **Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken**

Im Absatz von Zeile 253 - 275:

Kleinteiligkeit als Chance nutzen - Innovationen ermöglichen

Begründung

Es ist sinnvoll die Absätze "Kleinteiligkeit als Chance nutzen" und "Innovation ermöglichen" in einem Absatz zusammenzufassen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Michael Weichert (KV Leipzig)

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 253 - 275:

~~Grüne Wirtschaftspolitik unterstützt die Europäische Charta für Kleinunternehmen aus dem Jahr 2000.~~

~~Sächsische Unternehmen sollen nachhaltig wachsen. Deshalb wollen wir Kooperationen, sinnvolle Fusionen und das Bilden von Konsortien für kapitalintensive Projekte vorrangig fördern. Große Projekte besonders im Bereich neue Energiewirtschaft~~
Wir unterstützen diese Betriebe dabei, ihre innovativen Ideen, Produkte, Technologien oder ~~Materialinnovation brauchen Anschubhilfe. Förderprogramme müssen mehr als bisher Branchenecluster berücksichtigen und Wertschöpfungsketten stärken. Zentral~~
Dienstleistungen zu verwirklichen. Dies ist auch nicht unbedingt eine Frage der Höhe von Fördermitteln. Erfolg entsteht oft durch die Bereitstellung einer Marktpotenzialanalyse, die Neudeutung von Produkten, neue Marketingideen, das Bereitstellen von neuen Dienstleistungen oder ~~Vermittlung~~
durch innovative handwerkliche Lösungen beim Umsetzen von ~~Wagniskapital.~~

~~Die Industrie und Handelskammern~~
Alltagsaufgaben. Nicht nur technologieorientierte Branchen stehen im Fokus grüner Politik in ~~Sachsen müssen ihre Vernetzungs-~~
Sachsen. Wir setzen uns ebenso für das moderne Handwerk, die Kultur- und ~~Lotse~~
funktion stärker wahrnehmen und sich daran auch messen lassen. Die Pflichtmitgliedschaft der Unternehmen in der IHK muss sich auch in anderen Tätigkeitsfeldern als der Wahrung des dualen Ausbildungssystems auszahlen. Dafür sollten
Kreativwirtschaft, die ~~IHKs noch aktiver als bisher die Bedürfnisse von Unternehmen nach~~

~~Vernetzung~~Gesundheitswirtschaft und ~~Weiterbildung erfassenden~~
Sozial- und ~~bedienen. Andernfalls muss das Modell der~~
~~Pflichtmitgliedschaft grundsätzlich in Frage gestellt~~
~~werden.~~Bildungsbereich als Innovationsmotoren ein.

Begründung

Wer kennt den Inhalt der Europäischen Charta für Kleinunternehmen aus dem Jahr 2000? Besser ist es, zu beschreiben was wir konkret wollen, nämlich die Unterstützung unserer Betriebe, damit diese ihre innovativen Ideen, Produkte, Technologien oder Dienstleistungen verwirklichen können. Aus dem restlichen Absatz wurden Redundanzen zu anderen Absätzen entfernt. Außerdem wurde der Inhalt des Absatzes "Innovation ermöglichen" kurz und knapp integriert. Das Thema IHK würde in den von mir neu vorgeschlagenen Absatz "Unternehmer braucht das Land" besser passen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden)

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 253 - 275:

Die Industrie- und Handelskammern in Sachsen müssen ihre Vernetzungs- und Lotsenfunktion stärker wahrnehmen und sich daran auch messen lassen. Die Pflichtmitgliedschaft der Unternehmen in der IHK muss sich auch in anderen Tätigkeitsfeldern als der Wahrung des dualen Ausbildungssystems auszahlen. Dafür sollten die IHKs noch aktiver als bisher die Bedürfnisse von ~~Unternehmen~~Unternehmen, insbesondere von kleinen und mittelständischen Unternehmen, nach Vernetzung und Weiterbildung erfassen und bedienen. Andernfalls muss das Modell der Pflichtmitgliedschaft grundsätzlich in Frage gestellt werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

B1-Ä276-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Michael Weichert (KV Leipzig)

Gegenstand: **Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken**

Im Absatz von Zeile 276 - 289:

Streichen:

~~Innovation ermöglichen~~

Begründung

Es ist sinnvoll die Absätze "Kleinteiligkeit als Chance nutzen" und "Innovation ermöglichen" in einem Absatz zusammenzufassen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Michael Weichert (KV Leipzig)

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 276 - 289:

Streichen:

~~Angesichts knapper werdender öffentlicher Mittel müssen vor allem die betrieblichen Anstrengungen für Forschung und Entwicklung offensiv gestützt werden. Dies ist nicht unbedingt eine Frage der Höhe von Fördergeldern. Oft entsteht Innovation durch die Förderung einer Marktpotenzialanalyse, die Neudeutung von Produkten, neue Marketingideen, das Bereitstellen von neuen Dienstleistungen oder durch innovative handwerkliche Lösungen beim Umsetzen von Alltagsaufgaben. Wichtig für Innovation sind dabei auch nicht mehr nur die klassischen Branchen im High Tech Bereich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen setzen sich für die gleichwertige Behandlung aller Formen von Innovation ein und nehmen Branchen wie das moderne Handwerk, die Kultur und Kreativwirtschaft, die Gesundheitswirtschaft und den Sozial- und Bildungsbereich als Innovationsmotoren ernst.~~

Begründung

Der Absatz "Innovation ermöglichen" kann in den vorherigen Absatz integriert werden.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Michael Weichert (KV Leipzig)

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 290 - 306:

Die großen Verwerfungen auf internationalen Märkten haben wir nicht in der Hand. Umso entscheidender ist, was hier vor Ort in unseren Regionen passiert. Stärkung und Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe und deren Vernetzung untereinander helfen sächsischen Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen, insbesondere in strukturschwachen ländlichen Regionen und während Krisenzeiten. Die besten Ideen dazu entstehen vor Ort. Deshalb wollen wir mittels Regionalbudgets die Eigenverantwortung der Regionen stärken und die AkteurInnen motivieren, selbst aktiv zu werden - überregional vernetzt und gut evaluiert. ~~Dabei~~

Wir setzen uns für Regionalagenturen ein, die regionale Unternehmen vernetzen, gemeinsame Projekte initiieren, Lücken in regionalen Wertschöpfungsketten aufspüren und diese durch die Unterstützung von Neugründungen und Geschäftserweiterungen schließen helfen. Mit der Unterstützung von Regionalmarken als Marketinginstrument und zur Qualitätssicherung können wir viel erreichen—

= Arbeitsplätze entstehen vor Ort und bleiben langfristig erhalten, wir werden unabhängiger von überregionalen Preisdiktaten, kurze Transport- und Arbeitswege schonen Kosten und die Umwelt, Regionen und ihre regionale Marken schaffen Identität. Ihren Beitrag für regionale Wirtschaftskreisläufe können auch Regionalgeld-, Handels- und Tauschnetze schaffen.

Begründung

Die Unterstützung regionaler Marken und Regionalagenturen sind zwei Beispiele, die es Lesern des Wahlprogrammes ermöglichen, grünes Engagement für die regionale Wirtschaft verständlich zu machen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden), Victor Vincze (KV Dresden)

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 328 - 372:

Darüber hinaus sehen wir die aktive Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten, Älteren sowie Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt als wichtige arbeitsmarktpolitische Aufgabe. Der öffentliche Dienst ~~kann~~hat dafür als Arbeitgeber eine ~~Vorbildfunktion wahrnehmen. In kleinen~~Vorbildfunktion. Für kleine und mittleren~~mittlere~~ Unternehmen ~~kann für~~müssen die Vorteile einer vielfältigen Belegschaft ~~geworben~~aufgezeigt werden. Gleichzeitig muss sich der Arbeitsmarkt mit seinen Regeln und Strukturen insgesamt verändern und wieder humanistischer werden, wenn wir eine offene, inklusive Arbeitsgesellschaft erreichen wollen.

Ausgrenzungen von Menschen mit Behinderungen ~~können~~sind mit funktionierenden Alternativen zu den Werkstätten für behinderte Menschen ~~beendet werden.~~zu beenden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern wirksame Instrumente in Sachsen wie ein Budget für Arbeit, den Ausbau von Integrationsbetrieben, die Qualifizierung unterstützter Beschäftigung und Arbeitsassistenz im allgemeinen Arbeitsmarkt sowie die Weiterentwicklung persönlicher Budgets für die berufliche und gesellschaftliche Teilhabe. Wir ermutigen Unternehmen, insbesondere mehr junge Menschen mit Behinderungen auszubilden. Wir setzen uns für die Einrichtung einer zentralen Vermittlungsagentur ein, die gezielt Menschen mit Behinderungen in Berufe ihrer Qualifikation vermittelt.

Begründung

Das kleine Wörtchen 'können' verrät unsere eigene Unsicherheit in Bezug auf unsere Positionen und Überzeugungen, an denen wir teilweise seit Jahren arbeiten und die wir stets überzeugend nach außen vertreten. Wir sollten nun nicht den Fehler machen und aus der letzten Bundestagswahl die Lehre ziehen, nicht mehr klare Aussagen und gesellschaftspolitische Ziele zu formulieren.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Jürgen Kasek (KV Leipzig)

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 328 - 372:

Neu hinzufügen:

Die vielfach rechtswidrige Praxis der Jobcenter im Bereich der Sanktionen wollen wir beenden. Sanktionen führen nicht zu einer besseren Integration von Arbeitssuchenden sondern zur einer Stigmatisierung. Im Bereich des Sozialbetruges wollen wir eine Ombudsstelle einrichten und verhindern das Bagatellfälle auch weiterhin als Straftat bewertet werden.

Begründung

Die aufgenommen Formulierung nimmt das Problem der Sanktionspraxis mit auf und bildet zudem eine Forderung der Fraktion aus dem Jahr 2011 ab. Gerade in Leipzig ist die Sanktionsquote überdurchschnittlich hoch. Fälle des Leistungsbetruges auch in Höhe von wenigen 100 € werden bislang konsequent als Straftat mit stigmatisierenden Folgen (Vorstrafe, Eintrag polizeil. Führungszeugnis) gewertet auch wenn keine kriminelle Energie vorhanden ist. Hier gilt es Abhilfe zu schaffen und der weiteren Diskriminierung zu begegnen. Zur Frage ob Sanktionen ein Weg zu weniger Arbeitslosigkeit sind, verweise ich auf folgenden Beitrag: <http://www.l-iz.de/Leben/Gesellschaft/2013/04/Sanktionen-ein-Weg-zu-weniger-Arbeitslosigkeit-47873.html>

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Miro Jennerjahn (KV Leipzig Land)

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 328 - 372:

Neu hinzufügen:

Attraktive Arbeitsbedingungen für sächsische ArbeitnehmerInnen
Von einer gerechten Arbeitsmarktpolitik profitieren alle: Die
Arbeitgeber durch motivierte und hochqualifizierte Beschäftigte, die
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch faire und sichere
Arbeitsplätze und der Freistaat Sachsen als attraktives
Bundesland. Wir GRÜNE wollen attraktive Rahmenbedingungen für
qualifizierte Fachkräfte schaffen - im ländlichen Raum genauso wie
in den Ballungszentren. Dazu müssen die eigenen Potenziale der
Regionen mobilisiert werden. GRÜNE Wirtschaftspolitik hat sich
diesem Ziel verpflichtet. Innovative mittelständische Unternehmen
sind ein wichtiges Standbein der sächsischen Wirtschaft. Um im
Wettbewerb bestehen zu können brauchen sie fähige und qualifizierte
ArbeitnehmerInnen. Diese sind nur zu gewinnen, wenn es uns gelingt,
die Qualität der Arbeitsplätze zu erhöhen, indem zum Beispiel für
gute Arbeit faire Löhne gezahlt werden und Maßnahmen ergriffen
werden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und
die Gesundheit der ArbeitnehmerInnen zu fördern.
Gute Arbeitsleistungen über die gesamte Dauer eines gesunden
Erwerbslebens entstehen nur in einer menschlichen Arbeitskultur.
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Unternehmen und Staat müssen der
gesundheitlichen Vorsorge und einem menschlichen Arbeitsumfeld daher
mehr Bedeutung zumessen. Hierzu wollen wir GRÜNE ein integriertes
Handlungskonzept zur Verbesserung des gesetzlich vorgeschriebenen
Arbeitsschutzes, der Arbeitssicherheit und der Gesundheitsförderung,

der Sozialberatung sowie des betriebliches Gesundheitsmanagement in Zusammenarbeit mit sächsischen Unternehmen entwickeln. Der Freistaat ist selbst Arbeitgeber und hat mit gutem Beispiel voranzugehen. Angestellte des Freistaates Sachsen, insbesondere im Gesundheitswesen, als Lehrer und Erzieher sowie im Polizeidienst, sind besonderen physischen und psychischen Belastungen ausgesetzt. Um sie zu entlasten wollen wir eine verpflichtende organisatorische Gesundheitsförderung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Krankenhäusern sowie in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen ein. In der Schulaufsicht streben wir eine Institutionalisierung des Themas "Lehrergesundheit" an und wollen darüber hinaus die Anzahl der Abordnungen von Lehrkräften durch stärkere personelle Selbstständigkeit der Schulen und durch ein dichteres Schulnetz verringern. In der sächsischen Polizei werden wir den Aufbau eines flächendeckenden sozialpsychologischen Dienstes, mit mindestens einem Vertreter in jeder Polizeidienststelle, zur Vor- und Nachbereitung von Einsätzen, die mit Gewalt verbunden sind zielstrebig vorantreiben. Durch diese Maßnahmen und ein gemeinsam zu erarbeitendes Gesamtkonzept kann negativen Stress am Arbeitsplatz abgebaut und die Gesundheit der ArbeitnehmerInnen verbessert werden.

Ein großer Teil des Aufschwungs am sächsischen Arbeitsmarkt ist dem massiven Ausbau der Leiharbeit zuzuschreiben. Leiharbeitskräfte verdienen im Durchschnitt 35 bis 45 Prozent weniger als die Stammbeslegschaft. Die Jobs in der Leiharbeit sind zudem in der Regel befristet. Wir GRÜNE wollen, dass die Leiharbeit wieder zu einem sozialverträglichen Instrument zum Abfedern von Auftragsspitzen wird. Hierzu setzen wir uns für "gleichen Lohn für gleiche Arbeit" ab dem ersten Tag im Betrieb ein! Zudem wollen wir die Quote der Leiharbeit in einem Unternehmen auf maximal 10 Prozent begrenzen, um so dem Missbrauch von Leiharbeit von Anfang an einen Riegel vorzuschieben.

Zwischen Arbeits- und Privatleben sollte ein ausgewogenes Verhältnis herrschen (Work-Life-Balance). Ziel ist es, über den gesamten Lebensweg hinweg für Familie, private Interessen oder bürgergesellschaftliches Engagement ausreichend Spielraum zu schaffen. Wir wollen, dass sächsische Männer und Frauen selbstverständlich Auszeiten oder Arbeitszeitverkürzungen in Anspruch nehmen können, ohne dadurch Nachteile in ihrem Berufsleben oder bei ihren Karrierechancen zu erfahren. Notwendig ist eine andere Anerkennungskultur von Arbeit, die neben der Erwerbsarbeit geleistet wird. Nicht die Dauer der Anwesenheit am Arbeitsplatz steht im Vordergrund, vielmehr sollte ein Mix von Home-Office und Anwesenheitspflicht am Arbeitsplatz ermöglicht werden und das Arbeitsergebnis in den Fokus gerückt werden. Zur Work-Life-Balance gehört auch der Aspekt der altersgerechten Arbeit. Wir GRÜNE setzen

uns für ältere ArbeitnehmerInnen ein, indem wir die Weiterentwicklung und den Ausbau der Möglichkeiten zur selbstbestimmten Arbeitszeitplanung durch Langzeitkonten, Teilzeioptionen oder temporäre Freistellungen im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft im Freistaat Sachsen vorantreiben.

Begründung

Neben den wichtigen und richtigen Forderungen, diejenigen zu unterstützen, deren Zugang zum Arbeitsmarkt erschwert oder fast gar nicht gegeben ist, sollten wir auch die Bedingungen derjenigen beachten, die in Arbeit stehen und für eine humane Ausgestaltung der Arbeitsplätze werben. Insbesondere die Möglichkeiten für Arbeitsplätze, die unmittelbar im Verantwortungsbereich der Staatsregierung stehen, sollten genutzt werden, damit der Freistaat mit gutem Beispiel voran geht.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Jürgen Kasek (KV Leipzig)

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 328 - 372:

Neu hinzufügen:

Von der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt haben Langzeitarbeitssuchende kaum profitiert. Vielen Langzeitarbeitssuchenden ist der Weg in den ersten Arbeitsmarkt weiterhin versperrt, da sie oftmals bei Unternehmen aufgrund längerer Arbeitslosigkeit von Anfang an durchs Raster fallen. Das wollen wir ändern:

o Aktivierungs- und Anpassungsqualifizierung von Langzeitarbeitslosen muss stärker bei Unternehmen angesiedelt und in den Unternehmen von der öffentlichen Hand gefördert werden. Die Fortbildung in Bildungsträgern bringt für die Reintegration in Erwerbsarbeit zu wenig. Sind die Langzeitarbeitslosen 1 Jahr nach Ende der Fortbildung in Arbeit erhalten die Unternehmen, die ausgebildet haben einen Bonus.

o Bei der Bildung Muss der Entwicklung der sozialen Kompetenz und der Vermittlung juristischer Grundkenntnisse stärker gefördert werden. Ziel ist es den Arbeitslosen zu helfen aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und ihre Rechte besser wahrzunehmen und durchzusetzen.

o Förderung öffentlicher Beschäftigung bei gemeinnützigen Trägern. Die Dauer der geförderten Beschäftigung ist unbefristet solange die Arbeitslosenquote in der Region (Kreisfreie Stadt oder Kreis) höher als 5% ist. Die Arbeitszeit beträgt 30 Stunden, Dazu kommen 6 Stunden arbeitsbezogene Fortbildung. Besonders förderwürdig sind

Träger, die Tätigkeiten anbieten,

§ bei denen die vorhandenen Erfahrungen und Qualifikationen
möglichst umfassend gefördert werden

§ enger Kontakt mit normal Beschäftigten und ehrenamtlich Tätigen
sichert

§ das Selbstvertrauen stärken

§ soziale Kompetenz fördern

§ Achtung und Anerkennung durch Kollegen und Bekannte fördern

Träger, die möglichst viele Geförderte auf den ersten Arbeitsmarkt
vermitteln sind besonders förderwürdig.

o Gemeinsam mit den Gewerkschaften müssen die Rahmenbedingungen für
atypisch Beschäftigte so verbessert werden, daß möglichst viele von
ihnen der Übergang in Normalarbeitsverhältnisse gelingt.

Insbesondere bei Teilzeit gibt es nicht nur Beschäftigte, die gern
Vollzeit arbeiten würden (etwa 1/3), sondern auch eine Nachfrage
(besonders bei Familien mit Kindern mit gutem Haushalteinkommen)

nach Verkürzung der Arbeitszeit, die gegenwärtig von den Unternehmen
nicht befriedigt werden kann. Sei es, weil mit Teilzeit erhebliche
Nachteile verbunden sind (schlechtere Karrierechancen, weniger
attraktive Arbeitsaufgaben, höheres Risiko, betriebsbedingt
gekündigt zu werden) oder weil das die Arbeitsorganisation nicht
zuläßt. Hier sollten die Tarifpartner unterstützt werden Lösungen zu
finden und zu fördern (Ausbau flexibler Arbeitszeitmodelle, um trotz
Teilzeit zu sichern, daß genügend Beschäftigte da sind, wenn
Arbeitsspitzen anstehen, gleiche Aufstiegschancen und vergleichbare
Arbeitsinhalte für Teilzeitbeschäftigte, das Recht jederzeit in
Vollzeit zurückzukehren und verlängerte Kündigungsfristen verbunden
mit dem Angebot im Fall einer betriebsbedingten Kündigung bis zum
Ausscheiden aus dem Unternehmen Vollzeit zu arbeiten. Mit sinkender
Arbeitszeit steigt die Produktivität und es wird mehr Zeit für
selbständige Fortbildung und die Suche nach kreativen
Problemlösungen verwendet. Das kommt den Unternehmen unmittelbar zu
gute. Auch deshalb sollten alle Wünsche nach Arbeitszeitverkürzung
erfüllt werden und die Politik sollte das durch günstige
Rahmenbedingungen fördern.

o Für Leiharbeiter muß ohne Ausnahme gelten: Gleicher Lohn für
gleiche Arbeit und gleiche Leistung.

o An den Universitäten und Forschungseinrichtungen fordern wir,
befristete Arbeitsverhältnisse auf mindestens 5 Jahre festzulegen.
Der Anteil von unbefristet angestelltem wissenschaftlichen Personal
an den Universitäten muß erhöht werden. Auf vielen
Forschungsgebieten sind für Spitzenleistungen langjährige Erfahrung
und volle Konzentration auf den Forschungsschwerpunkt nötig. Das
wird eingeschränkt, wenn durch zu kurze Befristung ein Teil der
Arbeitskapazität vom ersten Tag an auf die Suche nach

Anschlußstellen abgelenkt wird.

Begründung

Der bisherige Formulierungsvorschlag enthält außer schönen Worten keinerlei konkrete Vorschläge und klammert die Situation von Langzeitarbeitssuchenden aus. Der unterbreitete Vorschlag macht deutliche Verbesserungsvorschläge, die konkret wirken und grüne Kompetenz auf dem Feld der Arbeitsmarktpolitik, wie sie auch in der Publikation der Landtagsfraktion angedeutet werden, aufzeigt.

UnterstützerInnen

Leonhard Kasek (KV Leipzig)

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: KV Zwickau

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 388 - 419:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass sich die Jobcenter in Sachsen in erster Linie als Dienstleister für die Arbeitsuchenden verstehen: Diese Rolle erfordert ausreichendes und gut qualifiziertes Personal und in vielen Fällen ein gut organisiertes Beschwerde- und Konfliktmanagement. Wir halten ~~eine unabhängige Beratung~~ die Einführung einer Bagatellgrenze im Klageverfahren vor dem Sozialgericht für ein geeignetes Mittel, ~~teure um Sozialgerichte zu entlasten, Kosten zu reduzieren~~ und ~~die Betroffenen belastende juristische Auseinandersetzungen~~ schnellere Entscheidungen für Betroffene zu vermeiden. ~~Entsprechende Angebote soll der Freistaat unterstützen.~~ ermöglichen. Die Kommunen müssen in ihrer Verantwortung für die Jobcenter gestärkt werden. Die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose müssen verbessert werden, indem das Erlangen anerkannter Berufsabschlüsse gefördert wird. Eine flächendeckende Weiterbildungsberatung für Arbeitslose und geringqualifizierte Beschäftigte sollte im Rahmen der Sozialgesetzgebung ermöglicht werden. Für Menschen, die keine Chance auf Vermittlung haben, brauchen wir einen Sozialen Arbeitsmarkt, der langfristig neue Perspektiven durch sinnstiftende sozialversicherungspflichtige Beschäftigung schafft. In der EU-Strukturfondsperiode 2014-2020 werden Sozialunternehmen über den Europäischen Sozialfonds erstmals förderfähig. Sachsen soll diese Fördermöglichkeit nutzen.

UnterstützerInnen

- Bernd Voigt (KV Zwickau)
- Axel Barth (KV Zwickau)
- Axel Barth

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Gerhard Sonntag (KV Zwickau)

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 388 - 419:

Die Vielzahl an Widersprüchen zu Bescheiden und an Klagen vor Sozialgerichten zeigen, dass bürokratische Anforderungen und die Bescheide nur wenig transparent sind. ~~Oft erscheinen Sanktionen willkürlich.~~ Wir wollen ~~unabhängige Ombudsstellen einrichten, die sich mit Beschwerden und unklaren Rechtsauslegungen befassen, um so die Sozialgerichte zu entlasten und die sozialen Bürgerrechte auf eine Änderung der Betroffenen zu garantieren. Die gesetzlich normierten Sanktionstatbestände hinwirken.~~

Die individuellen Folgen von und Problemlagen bei Erwerbslosigkeit sind vielfältig. Wir brauchen daher eine von den Sozialleistungsträgern unabhängige qualifizierte Beratung für Betroffene und die Bereitstellung individueller psychosozialer Hilfen.

Begründung

Über Rechtsauslegung insbesondere von unbestimmten Rechtsbegriffen können nur Gerichte entscheiden, in letzter Instanz das Bundessozialgericht, insofern wird die Einrichtung von Ombudsstellen nicht den gewünschten Effekt bringen. Wenn die Auffassung besteht, dass die gültigen Sanktionsregeln zu hart sind, muss auf den Gesetzgeber über Landesministerrunde/ Bundesrat eingewirkt werden.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Sachsen

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 388 - 419:

Die Vielzahl an Widersprüchen zu Bescheiden und an Klagen vor Sozialgerichten zeigen, dass bürokratische Anforderungen und die Bescheide nur wenig transparent sind. Oft erscheinen Sanktionen willkürlich. Wir wollen unabhängige Ombudsstellen einrichten, die sich mit Beschwerden und unklaren Rechtsauslegungen befassen, um so die Sozialgerichte zu entlasten und die sozialen Bürgerrechte der Betroffenen zu garantieren. Die individuellen Folgen von und Problemlagen bei Erwerbslosigkeit sind vielfältig. Wir brauchen daher eine von den Sozialleistungsträgern unabhängige qualifizierte Beratung für Betroffene und die Bereitstellung individueller psychosozialer Hilfen. Wünschenswert ist auf der anderen Seite ein derart organisierter Arbeitsmarkt, auf dem alle Menschen eine ihren Talenten und Bedürfnissen entsprechende Arbeitsstelle finden können und wollen. Davon sind wir allerdings weit entfernt: Auch wenn Teilnahme am wirtschaftlichen Leben ein natürliches menschliches Bedürfnis ist, meinen wir nicht, dass zu arbeiten eine übergeordnete Pflicht wäre. Eine solche Ansicht schwächt die Position der ArbeitnehmerInnen in ihrem Kampf um Wertschätzung, angemessene Entlohnung und angemessene Arbeitsbedingungen.

Begründung

In einem Absatz unter dem Titel „Arbeitsuchende verdienen Respekt und Unterstützung“ ist es

durchaus angebracht, ein Leitbild zu skizzieren, dass das Verhältnis von Erwerbsarbeit, ArbeitnehmerInnen, ihren Arbeitsbedingungen und deren Entlohnung beschreibt.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Jürgen Kasek (KV Leipzig), Maria Arkadieff (KV Leipzig)

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 388 - 419:

Neu hinzufügen:

Absatz einfügen:

„Arbeit um jeden Preis“ widerspricht dem Kern unserer Prinzipien. Unsere sozialen Forderungen haben nicht allein das Ziel, die Schieflage auf dem Arbeitsmarkt zu korrigieren, sondern verweisen darüber hinaus auf das Ideal einer gerechten Gesellschaft. In den letzten Jahren sind zugunsten einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes immer wieder Entscheidungen getroffen worden, die dazu geführt haben, dass der Leiharbeitssektor ausgebaut und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung abgebaut wurde. Mit der Erklärung der Industrie und Wirtschaft, dass Arbeitsplätze verloren gehen, ist Deutschland zum Niedriglohnland in Europa umgebaut worden.

Den systematischen Einfluss von Großkonzernen auf politische Entscheidung wollen wir begrenzen. Wirtschaftliche Interessen sind stets der Sorge um das Gemeinwohl unterzuordnen.

Prozesse der Umverteilung nach oben zeigen, dass in diesem Land längst das Gegenteil der Fall ist. Dort, wo „die Wirtschaft“ profitiert, profitieren nicht unbedingt die Menschen. Das wirtschaftlich-politische Paradigma der letzten Jahre artikuliert sich deutlich im Satz „Sozial ist, was Arbeit schafft.“ Sozial ist nach unserer Ansicht, was die kulturelle und soziale Weiterentwicklung der Gesellschaft unterstützt und Teilhabe aller Menschen an diesen Entwicklungen ermöglicht.

Deshalb messen wir bestimmten Maßnahmen grundlegende und zukunftsweisende Bedeutung bei: Einhaltung des Mindestlohns, Modernisierung des Vergaberechts und der Arbeitsweise der Jobcenter. Die Position der ArbeitnehmerInnen zu stärken ist der einzige Weg. Unsere Verbündeten sind regionale Unternehmen, die enge partnerschaftliche Beziehungen zu ihrer Belegschaft führen oder aber größere Unternehmen, die Arbeitnehmer nicht etwa als Arbeitsmaterial sehen, sondern ihrer Belegschaft langfristig verpflichtet sind.

Begründung

Deutschland ist zum Niedriglohnland in Europa geworden, was als Frage der Ehrlichkeit offen thematisiert werden sollte. Zudem werden grundlegende Fragestellungen kurz thematisiert und darüber hinaus deutlich gemacht, dass wir als Grüne eine andere Vorstellung des Arbeitsmarktes haben.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Jürgen Kasek (KV Leipzig)

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 420 - 431:

Sachsen **solldarf** kein Billiglohnland bleiben. ~~Wir wollen diese Strategie der Staatsregierung beenden, weil sie Sachsen nicht nach vorne bringt. Wir setzen uns bundesweit für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro ein.~~ Mit einem Landesmindestlohngesetz kann der Mindestlohn für die Beschäftigten des Freistaates und der Kommunen wie auch für die Beschäftigten von Unternehmen, die von Aufträgen der öffentlichen Hand leben, garantiert werden. Zuwendungen und Versorgungsverträge sollen so gestaltet werden, dass Mindestlöhne auch tatsächlich bezahlt werden können. Eine paritätisch durch ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen besetzte Landesmindestlohnkommission kann nähere Bestimmungen zur Höhe des Mindestlohns aushandeln.

Begründung

Auch die Bundesregierung hat mittlerweile den Mindestlohn in Höhe von 8,50 € beschlossen auch wenn die Einführung auf sich warten lässt. Es ist davon auszugehen, dass es ausreichen Grund gibt das zu kritisieren und Fehlstellen bei der Verabschiedung deutlich werden. Der Hinweis darauf, so wie bislang enthalten, dass wir uns bundesweit für einen gesetzlichen Mindestlohn stark machen ist jedenfalls obsolet und daher zu streichen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Gerhard Sonntag (KV Zwickau)

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 420 - 431:

Sachsen soll kein Billiglohnland bleiben. Wir wollen diese Strategie der Staatsregierung beenden, weil sie Sachsen nicht nach vorne bringt. Wir setzen uns bundesweit für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro sowie die Einführung eines Flexibilitäts-Bonus für Leiharbeiter ein. Mit einem Landesmindestlohngesetz kann der Mindestlohn für die Beschäftigten des Freistaates und der Kommunen wie auch für die Beschäftigten von Unternehmen, die von Aufträgen der öffentlichen Hand leben, garantiert werden. Zuwendungen und Versorgungsverträge sollen so gestaltet werden, dass Mindestlöhne auch tatsächlich bezahlt werden können. Eine paritätisch durch ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen besetzte Landesmindestlohnkommission kann nähere Bestimmungen zur Höhe des Mindestlohns aushandeln.

Begründung

Die Leiharbeit wird auch zukünftig unverzichtbar sein. Leiharbeiter sind selbst bei Einführung eines Mindestlohnes schlechter gestellt als Stammarbeiter. Von sozialen Leistungen des Unternehmens sind Leiharbeiter meist ausgeschlossen. Auch Leistungsentgelte und Sonderzuwendungen gehen meist nur an die Stammebelegschaft. Durch den ständigen Wechsel der Arbeitsplätze ist auch die Planung von Urlaub, freien Tagen oder Veranstaltungen schwer möglich. Das führt zu einer Verdrängung an den Rand der Gesellschaft. Deshalb sollte eine Leiharbeiter wenigsten finanziell für die zusätzlichen Erschwernisse entschädigt werden.

Ein Nebeneffekt dieser Veränderung ist auch die Verteuerung des Leiharbeiters im Unternehmen. Dadurch könnte die Leiharbeit zurückgedrängt werden.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 457 - 486:

Der sächsische Tourismus hat viel zu bieten. Die Besonderheit von einzigartigen Landschaften, Kulturstädten und industrieller Geschichte locken jedes Jahr mehr Menschen nach Sachsen. Der Tourismus zählt zu den größten Arbeitgebern im Freistaat. Zukunftsfähige Tourismuspolitik verbindet die Bedürfnisse der Gäste und der lokalen Bevölkerung mit denen des Natur- und Umweltschutzes. Nachhaltigkeit im Tourismus ist ein nationaler und internationaler Wettbewerbsvorteil. Wir wollen eine auskömmliche Finanzierung von Pflege und Erhalt der charakteristischen Natur- und Kulturlandschaften in Sachsen. Dafür brauchen wir Verbündete wie die naturnah wirtschaftenden LandwirtInnen, Obst- und WeinbäuerInnen sowie die Nichtregierungsorganisationen, die Natur- und Umweltbildung anbieten. ~~Genause~~
Genauso wichtig ist es, die Lücken im touristischen Wegenetz in Sachsen zu schließen: eine einheitliche Ausschilderung, Wegeführung zu Attraktionen und Versorgungs- und Beherbergungseinrichtungen, Qualitätsservice, Berücksichtigung von Aktivurlaubswünschen und verbesserter, vertakteter öffentlicher Verkehr, sowohl innerhalb der Regionen als auch zu den Regionen hin. BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN fördern den Kinder- und Jugendreisesektor und achten auf familienfreundliche und kostengünstige Unterkünfte, damit auch kinderreiche Familien bei uns in Sachsen Urlaub machen können. Hier bietet Sachsen vor allem in den ländlichen Räumen großes Entwicklungspotenzial. Die Zusammenarbeit der öffentlichen und der privaten Hand muss verbessert werden. In der kommenden Legislatur wird Förderung vor

allem bei der überbetrieblichen Infrastruktur, der einzelbetrieblichen Risikominderung, bei Qualifizierung, Innovation und Vernetzungsaufgaben benötigt. Nachhaltige Tourismusregionen tragen erheblich zu einer dauerhaften Wertschöpfung und zum Wohlstand der Bevölkerung bei und sind gleichzeitig Impulsgeber für eine zukunftsfeste Regionalentwicklung.

Grenzübergreifende Zusammenarbeit stärken und erleichtern

In den vergangenen Jahren wurden mit Unterstützung europäischer Förderprogramme (Interreg) zahlreiche grenzübergreifende Projekte zwischen Schulen, Unternehmen, Tourismusanbietern, Kommunen und Vereinen mit Sitz in Sachsen, Tschechien und Polen durchgeführt. Gemeinsam werden Probleme grenzübergreifend angegangen, zB um in strukturschwachen Regionen die gemeinsame Nutzung technischer und sozialer Infrastrukturen zu verbessern oder den gemeinsamen Einsatz von Rettungsdiensten zu koordinieren.

Auch in der neuen Förderperiode 2014-2020 wird die interregionale, grenzübergreifende Zusammenarbeit fortgesetzt. Wir fordern, die Programme zu entbürokratisieren und den Verwaltungsaufwand zu verringern. Insbesondere Projektträger aus der Vereinslandschaft sollen Pauschalen abrechnen und bei Bedarf auf eine Vorfinanzierung der Projektmittel zugreifen können. Die Auszahlung bewilligter und abgerechneter Fördermittel soll nicht länger als sechs Monate dauern - im Vergleich zu jetzt zwei bis Jahren Bearbeitungszeit wäre das ein großer Fortschritt.

Begründung

Das Thema fehlte bislang und hier scheint es eine passende Stelle zu finden. Wir setzen uns für Bürokratieabbau bei INTERREG-Programmen ein, weil die Gefahr besteht, dass mehr Schaden als Nutzen entsteht, wenn Vereine in ihrer Existenz bedroht werden weil sie über Jahre auf geplante und vorgestreckte Fördermittel warten müssen - nur weil die Prüfung durch die Förderbank so lange dauert.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden), Victor Vincze (KV Dresden)

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

Im Absatz von Zeile 457 - 486:

Der sächsische Tourismus hat viel zu bieten. Die Besonderheit von einzigartigen Landschaften, Kulturstädten und industrieller Geschichte locken jedes Jahr mehr Menschen nach Sachsen. Der Tourismus zählt zu den größten Arbeitgebern im Freistaat. Zukunftsfähige Tourismuspolitik verbindet die Bedürfnisse der Gäste und der lokalen Bevölkerung mit denen des Natur- und Umweltschutzes. Nachhaltigkeit im Tourismus ist ein nationaler und internationaler Wettbewerbsvorteil. Wir wollen eine auskömmliche Finanzierung von Pflege und Erhalt der charakteristischen Natur- und Kulturlandschaften in Sachsen. Dafür brauchen wir Verbündete wie die naturnah wirtschaftenden LandwirtInnen, Obst- und WeinbäuerInnen sowie die Nichtregierungsorganisationen, die Natur- und Umweltbildung anbieten. Genauso wichtig ist es, die Lücken im touristischen Wegenetz in Sachsen zu schließen: eine einheitliche Ausschilderung, Wegeführung zu Attraktionen und Versorgungs- und Beherbergungseinrichtungen, Qualitätsservice, Schaffung von barrierefreien Zugängen, Berücksichtigung von Aktivurlaubswünschen und verbesserter, vertakteter öffentlicher Verkehr, sowohl innerhalb der Regionen als auch zu den Regionen hin. BÜNDNIS90/DIEGRÜNEN fördern den Kinder- und Jugendreisesektor und achten auf familienfreundliche und kostengünstige Unterkünfte, damit auch kinderreiche Familien bei uns in Sachsen Urlaub machen können. Hier bietet Sachsen vor allem in den ländlichen Räumen großes Entwicklungspotenzial. Die Zusammenarbeit der öffentlichen und der privaten Hand muss verbessert werden. In der kommenden Legislatur

wird Förderung vor allem bei der überbetrieblichen Infrastruktur, der einzelbetrieblichen Risikominderung, bei Qualifizierung, Innovation und Vernetzungsaufgaben benötigt. Nachhaltige Tourismusregionen tragen erheblich zu einer dauerhaften Wertschöpfung und zum Wohlstand der Bevölkerung bei und sind gleichzeitig Impulsgeber für eine zukunftsfeste Regionalentwicklung.

Begründung

Barrierefreiheit im Tourismus ist ein wichtiges Ziel, damit auch behinderte Menschen (und ihre Angehörige) einen genussvollen und erholsamen Urlaub erleben.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Uwe Kaettniß (KV Erzgebirge)

Gegenstand: Klimaschutz vorantreiben

Im Absatz von Zeile 509 - 526:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein sächsisches Klimaschutzgesetz einführen, das das verbindliche Ziel vorschreibt, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 auf eine Tonne pro Kopf zu vermindern. In diesem Gesetz sollen Etappenziele für die Jahre 2020 und 2030 benannt werden. Ziel ist die Energieversorgung in Sachsen vollständig auf erneuerbare Energien im Strom-, Wärme- und Kraftstoffbereich umzustellen. Wir setzen uns für ~~gesetzliche Regeln~~ einigen klaren gesetzlichen Rahmen zum Stopp ~~neuer Tagebaue~~ neuer, sowie ~~zum Auslaufen des Braunkohletagebaus und der Kohleverstromung~~ Erweiterung bestehender Braunkohletagebaue ein. Unser Ziel ist die Beendigung der Energiegewinnung aus Braunkohle. Teilziele und Maßnahmen für die einzelnen Emissionssektoren sollen in einem unter öffentlicher Beteiligung transparent erarbeiteten Klimaschutzplan festgelegt werden. Die Landesverwaltung soll klimaneutral werden: Das bedeutet, dass die Behörden bei ihrem Strom-, Wärme- oder Kraftstoffverbrauch keine Treibhausgasemissionen verursachen oder diese durch Aufbau von CO₂-Speichern (etwa Bindung in Wald oder Humus) ausgleichen. Die Kommunen brauchen Unterstützung bei der Aufstellung kommunaler Klimaschutzpläne.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: Klimaschutz vorantreiben

Im Absatz von Zeile 509 - 526:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein sächsisches Klimaschutzgesetz einführen, das das verbindliche Ziel vorschreibt, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 auf eine Tonne pro Kopf zu vermindern. In diesem Gesetz sollen Etappenziele für die Jahre 2020 und 2030 benannt werden. Ziel ist die Energieversorgung in Sachsen vollständig auf erneuerbare Energien im Strom-, Wärme- und Kraftstoffbereich umzustellen. Wir setzen uns für gesetzliche Regeln zum Stopp neuer Tagebaue sowie zum Auslaufen des Braunkohletagebaus und der Kohleverstromung ein. Teilziele und Maßnahmen für die einzelnen Emissionssektoren sollen in einem unter öffentlicher Beteiligung transparent erarbeiteten Klimaschutzplan festgelegt werden. Die Landesverwaltung soll klimaneutral werden: Das bedeutet, dass die Behörden bei ihrem Strom-, Wärme- oder Kraftstoffverbrauch keine Treibhausgasemissionen verursachen oder diese durch Aufbau von CO₂-Speichern (etwa Bindung in Wald oder Humus) ausgleichen. Die Kommunen brauchen fachliche und finanzielle Unterstützung bei der Aufstellung und Umsetzung kommunaler Klimaschutzpläne.

B2-Ä528-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: Klimaschutz vorantreiben

Im Absatz von Zeile 527 - 537:

Die Anforderungen des Klimaschutzes, der Klimaanpassungsmaßnahmen, des Ausbaus der erneuerbaren Energien und des effizienten Energieeinsatzes sollen in Landesförderprogrammen als Bewilligungskriterium berücksichtigt werden.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Gisela Kallenbach (KV Leipzig)

Gegenstand: Klimaschutz vorantreiben

Im Absatz von Zeile 527 - 537:

~~In Sachsen ist bereits durch die EU-Verordnungen in der EU-Förderperiodenächsten Förderperiode verpflichtet, im Operationellen Programm 2014-2020-muss Sachsen mindestens 20% der Mittel-im-so genannten Operationellen Programm des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) für-den Klimaschutz einsetzen-einzusetzen. Es genügt aber nicht, diese Vorgabe zu erfüllen.~~ Wir fordern ~~in diesem Zusammenhang, zudem, alle klimaschädlichen Subventionen, zB. den massiven Neubau von Staatsstraßen mit EU-Mitteln zu streichen. Wir fordern,~~ dass ~~Subventionen in dezentrale Energieerzeugung und -speicherung, in intelligente Verteilersysteme für den Straßenbau aus Fördermitteln gesenkt werden~~ Erneuerbare Energien investiert wird. Kommunale Energiegenossenschaften in der Startphase zu unterstützen, ist ein guter praktischer Beitrag im Sinne der Energiewende und ~~an anderer Stelle klimaverträglich eingesetzt werden. verbessert deren Akzeptanz in der Bevölkerung.~~

Begründung

Die 20% Mindestquote des Fördermitteleinsatzes im EFRE für Klimaschutz ist durch die EU vorgegeben, unser Programm muss darüber hinaus gehende Forderungen aufmachen. Im OP-Entwurf sind bereits 23% der Mittel für Klimaschutz eingeplant, Knackpunkt ist und bleibt der Straßenbau, der viele sinnvolle Maßnahmen in anderen bereichen konterkariert.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ländliche Räume, Landwirtschaft und Forst

Gegenstand: **Sachsens Energiewende: 100 Prozent
erneuerbar, gerecht und sicher**

Im Absatz von Zeile 539 - 580:

Die erneuerbaren Energien haben sich in den letzten Jahren viel besser entwickelt, als selbst wir GRÜNEN das zu hoffen gewagt hatten. Die Energiewende ist für uns ein gesellschaftliches Projekt, das nur dann gelingen kann, wenn es ~~gerecht~~gerecht, nachhaltig und naturverträglich gestaltet wird. Deswegen verfolgen wir Vorteile und mögliche Belastungen von Natur und Landschaft durch die Energiewende aufmerksam.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ländliche Räume, Landwirtschaft und Forst

Gegenstand: Sachsens Energiewende: 100 Prozent
erneuerbar, gerecht und sicher

Im Absatz von Zeile 581 - 598:

Wir wollen im Landesentwicklungsplan das Ziel verankern, bis 2020 zwischen 30 und 50 Prozent des sächsischen Strombedarfs durch Windkraft zu decken. Wir befürworten die Ausweisung neuer Eignungs- und Vorranggebiete für Windkraft. GRÜNES Ziel ist es, ein bis zwei Prozent der Landesfläche als Windenergiefläche vorzuhalten. Dabei sollen Siedlungsabstandsflächen beachtet und die betroffenen BürgerInnen und Gemeinden einbezogen werden. Windkraftanlagen in Wäldern aufzustellen ist in Sachsen nicht notwendig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen zuverlässige Rahmenbedingungen für den landschafts- und naturverträglichen Ausbau der Windenergie schaffen. Dazu gehört auch das Festlegen von Taburäumen zum Schutz von Natur und ~~Landschaft~~. Landschaft, wie Naturschutzgebiete, Nationalparks und Natura 2000-Gebiete. Ein großes Potenzial sehen wir darin, kleinere und alte Windenergieanlagen durch höhere, leistungsfähigere und im Betrieb leisere Anlagen an denselben Standorten zu ersetzen (Repowering). Außerdem wollen wir das Erproben von Kleinwindanlagen fördern.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Jürgen Kasek (KV Leipzig)

Gegenstand: Sachsens Energiewende: 100 Prozent
erneuerbar, gerecht und sicher

Im Absatz von Zeile 599 - 604:

Wir ~~befürworten Kataster für Dächer, bauliche Anlagen und versiegelte Flächen, die sich für die Gewinnung~~wollen den Bau von Solarenergie eignen. ~~Die Verfahren für Genehmigung und Errichtung~~Photovoltaik, insbesondere von ~~Solaranlagen~~Selbstnutzern fördern. Voraussetzung dafür sind schnelle, unbürokratische Genehmigungsverfahren und ~~Kleinwindanlagen~~Solarkataster, die geeignete Flächen ausweisen. Ebenso wollen wir ~~unter Abwägung für den Bau~~ von ~~Anwohner- und Naturschutzinteressen soweit wie möglich entbürokratisieren.~~Anlagen durch zinsgütige Kredite mit gestaffelten Laufzeiten unterstützen.

Begründung

Die Überschrift befasst sich mit Photovoltaikanlagen im Text werden auch Kleinwindanlagen genannt was keinen Sinn macht und zu Verwirrung führt. Dass bei privaten Solaranlage außerdem Einwohnereinwände berücksichtigt werden ist schon heute im Hinblick auf die SächsBO und Art. 14 GG in einem Wort Blödsinn.

Selbstgenutzter Strom aus Photovoltaikanlagen ist heute schon billiger als Netzstrom. Daher sollte man Selbstnutzer auch nennen und deutlich machen, dass man Initiativen zur Errichtung von Photovoltaikanlagen in Genossenschaftsform oder GbR oder GmbH deutlich unterstützt

B3-Ä602-2

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: **Sachsens Energiewende: 100 Prozent
erneuerbar, gerecht und sicher**

Im Absatz von Zeile 599 - 604:

Wir ~~befürworten~~**fordern** Kataster für Dächer, bauliche Anlagen und versiegelte Flächen, die sich für die Gewinnung von Solarenergie eignen. Die Verfahren für Genehmigung und Errichtung von Solaranlagen und Kleinwindanlagen wollen wir unter Abwägung von Anwohner- und Naturschutzinteressen soweit wie möglich entbürokratisieren.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ländliche Räume, Landwirtschaft und Forst

Gegenstand: Sachsens Energiewende: 100 Prozent
erneuerbar, gerecht und sicher

Im Absatz von Zeile 605 - 617:

~~Wir wollen die energetische Verwertung~~Der Anbau von Biomasse auf ~~Kraft-Wärme-Kopplung und auf Reststoffe (also Biomasse, die anderweitig nicht verwertbar ist)~~ ausrichten. Biomasse Energiepflanzen darf ~~nur durch nachhaltige Anbaumethoden gewonnen werden~~ großflächige Monokulturen oder nicht in Flächenkonkurrenz mit dem Anbau von landwirtschaftlichen Kulturen zur Nahrungsmittelerzeugung stehen. Die weitere Ausdehnung und Intensivierung des Energiepflanzenanbaus sowie den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen ~~als Mittel der Biomassegewinnung~~ lehnen wir ab. ~~Biomassenutzung und Biogaserzeugung im ländlichen Raum müssen in~~ Die energetische Nutzung von Biomasse soll grundsätzlich auf die ~~landwirtschaftlichen Prozesse eingebunden bleiben. Der Anbau~~Verwertung von ~~Mais (landwirtschaftlichen) Rest- und Raps darf nicht in Konkurrenz zur Nahrungsmittelerzeugung stehen. Deshalb sind auch Subventionen für~~Abfallstoffen sowie aus ökologischer Sicht vorteilhaften Substraten ausgerichtet werden. Dazu ist die ~~Biogasgewinnung~~Förderung von Strom aus Energiepflanzen ~~maßvoll zu gestalten, damit die Pacht so auszugestalten, dass Kulturen mit positiveren Auswirkungen auf Naturhaushalt, Landschaftsbild und Kaufpreise für landwirtschaftliche Flächen~~biologische Vielfalt im Verhältnis zu intensiven Anbaukulturen konkurrenzfähiger werden. Vorhandene Reststoffpotenziale sind unter Beachtung von Entnahmegrenzen verstärkt in geeigneter Weise zu nutzen. Der Neubau von Biogasanlagen ohne verpflichtende Kraft-Wärme-Kopplung ist nicht

~~explodieren.~~akzeptabel.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Jürgen Kasek (KV Leipzig)

Gegenstand: Sachsens Energiewende: 100 Prozent
erneuerbar, gerecht und sicher

Im Absatz von Zeile 605 - 617:

Wir wollen die energetische Verwertung von Biomasse auf Kraft-Wärme-Kopplung und auf Reststoffe (also Biomasse, die anderweitig nicht verwertbar ist) ~~ausrichten. Biomasse~~ausrichten und die Forschung in diesem Bereich ausbauen. Energetisch verwertet werden darf nur Biomasse, die nicht anderweitig verwendet werden kann und durch nachhaltige Anbaumethoden gewonnen werden ~~—großflächige Monokulturen~~konnte. Monokulturen oder ~~den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen als Mittel der Biomassegewinnung~~Gentechnik lehnen wir ab.

Biomassenutzung und Biogaserzeugung im ländlichen Raum müssen in die landwirtschaftlichen Prozesse eingebunden bleiben. ~~Der Anbau von Mais und Raps darf nicht in Konkurrenz zur Nahrungsmittelerzeugung stehen. Deshalb sind auch Subventionen für die Biogasgewinnung aus Energiepflanzen maßvoll zu gestalten, damit die Pacht- und Kaufpreise für landwirtschaftliche Flächen nicht explodieren.~~

Begründung

Die direkte oder indirekte Nutzung von etwa 75 Prozent der oberirdischen Biomasse durch den Menschen in Deutschland bedeutet, dass die Bevölkerung hier bereits erheblich mehr Biomasse vereinnahmt als alle übrigen Lebewesen zusammen (alle Nicht-Nutztiere und Mikroorganismen). Angesichts dieser Tatsache scheint eine Ausweitung der Flächen für den Anbau von Energiepflanzen ökologisch fragwürdig. Sie dürfte im Widerspruch zu existierenden Vorschriften zum Schutz von

Biodiversität und Natur auf nicht landwirtschaftlich genutzten Flächen (BNatSchG) stehen. (vgl. Studie der Leopoldina Universität)

Die weitere Subventionierung des Anbaus von Energiepflanzen setzt falsche Anreize. Für Landwirte müsste es wirtschaftlich interessanter sein ökologische Landwirtschaft zu betreiben als Energiepflanzen anzubauen. Gegenwärtig ist dies andersrum. Forschung in diesem Bereich ist gleichwohl zu fördern.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Gerd Lippold (KV Leipzig Land)

Gegenstand: Sachsens Energiewende: 100 Prozent
erneuerbar, gerecht und sicher

Im Absatz von Zeile 618 - 637:

Deshalb fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Landesplan „Stromnetz Sachsen 2020“. Wir wollen Erdkabel als Regelalternative zu Freileitungen fördern. In Natura-2000- und Naturschutzgebieten sowie in Nationalparks sollen vor dem Verlegen von Erdkabeln oder Freileitungen Alternativen- und Verträglichkeitsprüfungen erfolgen. Neue Stromtrassen sollten nach Möglichkeit mit anderen linienhaften Infrastruktureinrichtungen (z.B. Straßen, Schienen etc.) gebündelt werden. Bei Hochspannungsfreileitungen und Mittelspannungsmasten ist der Vogelschutz entsprechend sicherzustellen.

~~Das Erfassen, Schaffen und Bereitstellen von Speichermöglichkeiten für Strom und Wärme ist als Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge zu definieren.~~ Sachsen muss sich auf Bundesebene für eine faire Kostenverteilung beim innerdeutschen Netzausbau einsetzen.

Begründung

Begründung für Streichung des Satzes:

Die Speichermöglichkeiten für Strom und Wärme werden ein bedeutendes Segment der Energiewirtschaft im Zeitalter von 100% EE sein (und bereits ab etwa 40% EE werden). Es ist schwer vorstellbar, dass wir tatsächlich in großer Breite alle Kommunen damit beauftragen wollen, Energiewirtschaft zu spielen – mit öffentlichen Mitteln. Kommunen können nicht die Mittel im erforderlichen Ausmaß bereitstellen. Außerdem würde das zu Marktverzerrungen führen. Niemand kennt heute genau genug den in einigen Jahren notwendigen Bedarf an Speichern. Am ehesten kennen ihn noch die Akteure der Energiewirtschaft. Auf keinen Fall aber einzelne Kommunen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Jürgen Kasek (KV Leipzig)

Gegenstand: Sachsens Energiewende: 100 Prozent
erneuerbar, gerecht und sicher

Im Absatz von Zeile 638 - 648:

Das Energieversorgungssystem der Zukunft unterscheidet sich erheblich von der bisherigen Praxis: Die Erzeugungsmarktstruktur wird mit einer steigenden Zahl von Kraftwerken dezentraler. Immer häufiger wird es Tageszeiten geben, in denen mehr Strom als benötigt aus erneuerbaren Energien produziert wird. Wir brauchen daher einen Mix aus dezentralen und zentralen Stromspeichern sowie Entwicklung und Einsatz neuer Speichertechnologien. Pilotprojekte für aussichtsreiche Speichertechnologien müssen unterstützt werden, Synergien mit der Automobilindustrie müssen aufgebaut werden. Gas-, Strom- und Wärmenetze sind intelligent zu einem stabilen Gesamtsystem mit Speichermöglichkeiten zu verzahnen. Zur Förderung von Speicherprojekten wollen wir Marktanreize setzen.

Begründung

Synergien müssen genutzt werden zB durch ein gemeinsames Marktanreizprogramm für Speicher nach dem Vorbild der Förderung von Wind- und Sonne: Der strompreis wird zeitabhängig (gibt es bereits zB in einigen Gegenden der USA): wenn Strom knapp ist, wird er teuer und wenn er im Überfluß vorhanden ist sehr billig. Dann kann man mit Speichern Geld verdienen: billiger Strom wird gespeichert und dann wenn er knapp und daher teuer ist ins Netz befördert. Das könnte langfristig sogar die Einspeisevergütung für Anlagen mit Schwerpunkt Selbstverbrauch ersetzen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Gerd Lippold

Gegenstand: Sachsens Energiewende: 100 Prozent
erneuerbar, gerecht und sicher

Im Absatz von Zeile 691 - 704:

Die billigste und umweltfreundlichste Energie ist die, die nicht verbraucht wird. Deshalb müssen Energieeffizienz und Energiesparen endlich Schwerpunkte der sächsischen Energiepolitik werden. Wir wollen mit einem Landesplan zur Ressourcen- und Energieeffizienz vor allem die sächsischen Unternehmen von steigenden Preisen für knapper werdende Rohstoffe und fossile Energieträger entlasten. In den operationellen Programmen zwischen Freistaat und EU, im Landeshaushalt und in Förderrichtlinien wollen wir die notwendigen Rahmenbedingungen für die ökologische Modernisierung der sächsischen Wirtschaft schaffen. ~~Unternehmen sollen für nachhaltiges~~Investitionsförderungen des Freistaates sind an Kriterien der Ressourcen- und ~~ressourceneffizientes Wirtschaften sensibilisiert werden. Wir wollen Innovationen für ein wirtschaftlich tragfähiges Wärmerecyclingsystem ermöglichen~~Energieeinsparung auszurichten. Dabei ist die komplette Wertschöpfungskette der Produktion und ~~in Pilotprojekten erproben.~~der komplette Lebenszyklus der Produkte zu betrachten.

Begründung

"Sensibilisieren" der Wirtschaft ist nicht genug. Wenn es um Fördergelder, um öffentliche Subventionen geht, kann, darf und soll der Staat als Geldgeber deutlich Steuerungswirkung entfalten. Ein Teil der Investitionsförderung ist bereits heute so konzipiert, dass regional, inhaltlich und mit Fokus

auf besonders wünschenswerte unternehmerische Aktivitäten gefördert wird. Die Verankerung von Kriterien ökologischen Wirtschaftens in diesen Förderkonzepten ist ein Ziel, das wir als Grüne schärfer beschreiben sollten als mit Sensibilisieren. Da nicht notwendigerweise die Einzelinvestition selbst zu verbesserter Ressourcen- und Energieeffizienz führt, sollte die Wirkungskette betrachtet werden. Wird z.B. ein PV-Modul mit einem neuen Prozeß hergestellt, der dramatisch kostengünstiger ist, aber etwas mehr Energie braucht als der Standardprozess, so wäre in der Wirkungskette wegen billigeren Solarstroms trotzdem Förderwürdigkeit gegeben.

Die Forderung nach spezieller Pilotprojektförderung für Wärmerecyclingsysteme führt im Wahlprogramm zu weit ins Detail. Wir müssten dann auch Pilotprojekte für viele andere Fachthemen im Strom- und Wärmerebereich und in der Abfallwirtschaft bereits ins Wahlprogramm schreiben. Es gibt auf dem Gebiet Wärmerecycling bereits eine Reihe anwendungsbereiter Technologien und Unternehmen, die sie kommerzialisieren. Warum sollten wir gezielt für genau diese Unternehmen staatliche Förderprogramme ins Wahlprogramm schreiben? Die Umsetzung in der Praxis ist in der Regel kein Problem der technischen Pilotphasenentwicklung, sondern ein Problem der Anpassung an konkrete Anwendungsfälle und ihrer Wirtschaftlichkeit.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: Sachsens Energiewende: 100 Prozent
erneuerbar, gerecht und sicher

Im Absatz von Zeile 705 - 719:

Der energetischen Sanierung von Gebäuden des Freistaates muss ein weitaus höherer Stellenwert als bisher eingeräumt werden. Dazu ist ein „Aktionsplan Sanierung“ aufzulegen, mit dem der Gebäudebestand des Freistaates in den nächsten 20 bis 25 Jahren auf einen ambitionierten energetischen Standard gebracht werden soll. Unser Ziel ist der Anstieg der jährlichen Sanierungsquote auf 3 Prozent. Wenn wir heute die Mittel für energetische Sanierung von Landesgebäuden erhöhen, sparen wir auf lange Sicht Energiekosten ein. Im Rahmen der Städtebauförderung sind quartiersbezogene Lösungen zur Energieversorgung in die Regelförderung einzubeziehen. Bei Sanierung und Neubau kommunaler Gebäude sind vorbildliche energetische Standards wie z. B. das Passivhaus besonders zu fördern. Auch Weiterbildung und verbesserte NutzerInnenkommunikation bedürfen der Förderung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen unterstützen die unabhängige Energieberatung von BürgerInnen und kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: Sachsens Energiewende: 100 Prozent
erneuerbar, gerecht und sicher

Im Absatz von Zeile 720 - 735:

Wir wollen ein Zuschussprogramm für die schnelle energetische Gebäudesanierung von Mietwohnungen. So wollen wir Investitionen in erneuerbare Energien, Fernwärme, Einsparttechnologien und Dämmung ermöglichen, ohne dass die Warmmiete steigt. Dabei soll sich die Höhe von Zuschüssen am im Einzelfall vermiedenen Kohlendioxidausstoß orientieren. Durch die energetische Sanierung von 30 Prozent des Mietwohnungsbestands (ca. 400.000 Wohnungen) in den nächsten zehn Jahren wollen wir den Ausstoß von jährlich 350.000 Tonnen klimaschädlichem Kohlendioxid vermeiden. Wir wollen innovative Instrumente wie die Refinanzierung von Investitionen aus den dadurch eingesparten Energiekosten und die dafür notwendigen Ausfallbürgschaften der Sächsischen Aufbaubank für Kommunen, Stadtwerke und Wohnungsgesellschaften ermöglichen. ~~Zudem wollen wir Anreize bei der Sanierung von Wohnungen mit einkommensschwachen MieterInnen setzen.~~

Begründung

Begründung: auf Landesebene schwer möglich, auf Bundesebene liessen sich soziale Härten durch ein Klimawohngeld ausgleichen bzw. durch Zahlung eines Klimabonus für energetisch sanierte Wohnungen an von ALG II-Bezieherinnen, usw.... auf Landesebene kämen wir aber bei Nachfragen ins Schwimmen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Martin Böttger (KV Zwickau)

Gegenstand: **Sachsens Energiewende: 100 Prozent
erneuerbar, gerecht und sicher**

Im Absatz von Zeile 720 - 735:

Neu hinzufügen:

Wir fordern die konsequente Durchsetzung der EU-Richtlinie zur Gebäudeenergieeffizienz.

Begründung

Diese Forderung schafft Rechtssicherheit für die Gebäudeeigentümer, Transparenz für Energieverbräuche, Kosten und mögliche Energieeinsparpotentiale. Mit dem Energieausweis werden auch Ratschläge für sinnvolle Sanierungs- und zukunftsfähige Modernisierungsmaßnahmen erteilt.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Philipp Schwarzbach (KV Görlitz)

Gegenstand: Sachsens Energiewende: 100 Prozent
erneuerbar, gerecht und sicher

Im Absatz von Zeile 736 - 751:

~~Kernenergie~~Bislang für Kernenergie und Kohleverstromung ~~werden bei der Energieversorgung von morgen keine Rolle mehr spielen. Die dafür bislang eingesetzten öffentlichen~~eingesetzte öffentliche Forschungsförderungsmittel sollen in die Forschungsbereiche der nuklearen Endlagerung und der Altlastenbehandlung fließen. Freiwerdende Forschungsmittel wollen wir zukunftsicher für die Energieforschung von erneuerbaren Energien, Energieeinsparung und -effizienz, Stromnetzmanagement und Speichertechnologien einsetzen.

Begründung

Die Beibehaltung öffentlicher Fördermittel in der Forschung fossiler und nuklearer Energien ist wichtig zur Kompetenzerhaltung in vielen sicherheitsrelevanten Branchen, bspw. im Bereich der nuklearen Sicherheit und Entsorgung.

Nur eine Forschung die unabhängig von industriellen Drittmittelgebern ist, ist in der Lage Schwachstellen in der Nukleartechnik aufzuzeigen und sie auch gegenüber anderen Ländern, die bislang Kernkraftwerke betreiben, zu kommunizieren. Letztendlich würde ein kompletter Rückzug der öffentlichen Hand aus der Forschung der nuklearen Sicherheit auch zu einem Mangel an Kenntnissen im Umgang mit radioaktiven Abfällen führen und die Sicherheit eines Atommüllendlagers unmöglich machen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: **Sachsens Energiewende: 100 Prozent
erneuerbar, gerecht und sicher**

Im Absatz von Zeile 775 - 794:

Die GRÜNEN wollen den Ausstieg aus der Atomenergie so schnell wie möglich verwirklichen. Auch in der sächsischen Energiepolitik muss es entsprechende Konsequenzen geben. Atomkraft soll endlich keine Option mehr im Energieprogramm der Staatsregierung für Sachsen sein. Öffentliche Einrichtungen sollen keinen Atomstrom mehr nutzen. Gegenüber unseren tschechischen Nachbarn werden wir uns dafür einsetzen, dass in Temelin keine neuen Reaktoren gebaut und dass die beiden bestehenden Reaktoren einer gründlichen internationalen Sicherheitsprüfung unterzogen werden. ~~Außerdem wollen wir uns für mehr grenzüberschreitende BürgerInnenbeteiligung bei der Planung und Genehmigung von neuen Atomanlagen einsetzen.~~

B3-Ä790-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Uwe Kaettniß (KV Erzgebirge)

Gegenstand: Sachsens Energiewende: 100 Prozent
erneuerbar, gerecht und sicher

Im Absatz von Zeile 775 - 794:

Neu hinzufügen:

Wir wollen eine sofortige Beendigung des Verkaufes oder sonstige Weitergabe von Uran aus dem sächsischen Sanierungsbergbau der Wismut GmbH an den internationalen Rohstoffmärkten erreichen. Wir sehen eine ethische Verpflichtung darin, die bei uns anfallenden Mengen an Uran als gefährlichen Abfall zu behandeln und werden uns auf Landes- und Bundesebene für eine Änderung der diesbezüglichen Firmenpolitik der Wismut einsetzen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Jürgen Kasek (KV Leipzig)

Gegenstand: Bergbau nachhaltig und naturgerecht gestalten

Im Absatz von Zeile 800 - 837:

Neu hinzufügen:

Der Abriß von Gemeinden und die Vertreibung von Menschen, wie sie durch die Landesregierung betrieben wird, entspricht dem Gedankengang Anfang des 20. Jahrhunderts und ist daher grundsätzlich zu verbieten.

Begründung

An dieser Stelle sollte man deutlich herausarbeiten, dass der Abriß von Gemeinden ein Anachronismus ist, der nicht ins 21. Jahrhundert gehört.

B5-Ä0-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Thomas Pilz (KV Görlitz)

Gegenstand: Unterwegs in Sachsen: Stadtentwicklung,
Infrastruktur und Mobilität in Stadt und Land

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Sachsen

Gegenstand: Unterwegs in Sachsen: Stadtentwicklung,
Infrastruktur und Mobilität in Stadt und Land

Im Absatz von Zeile 869 - 896:

Als Teil eines deutschlandweit notwendigen integralen Taktfahrplans wollen wir einen landesweiten integralen Taktfahrplan „Sachsentakt 21“ realisieren und mit den Nachbarländern verzahnen. Kern eines solchen Sachsentakts sind mindestens im Stundentakt verkehrende Züge, Fahrplanverdichtungen auf nachfragestarken Strecken, verbesserte Direktverbindungen sowie garantierte Anschlüsse mit kurzen Aufenthaltszeiten in den Umsteigeknoten. Dabei wollen wir eine kundenfreundliche ÖPNV-Anbindung sowohl in den städtischen Verdichtungsgebieten als auch im ländlichen Raum Sachsens sicherstellen. In einem ersten Schritt wollen wir die von der CDU/FDP-Koalition gekürzten Schienenverkehrsleistungen in den Tagesrandlagen, v.a. in den Abend- und Nachtstunden, wieder finanzieren und streben ein landesweites Nachtverkehrsnetz in den Wochenendnächten und vor Feiertagen unter Einbezug der S-Bahnen in den Verdichtungsräumen der Großstädte an. Mit dieser Qualitätssteigerung wollen wir die Zahl der Fahrgäste von Bus und Bahn in den nächsten zehn Jahren verdoppeln.

Begründung

Eine neue Mobilitätskultur mit einem besseren SPNV ist Schlüsselprojekt der GRÜNEN JUGEND Sachsen in den anstehenden Wahlkämpfen. Volle Straßenbahnen und Busse belegen in den Großstädten die hohe Fahrgastnachfrage gerade in den Wochenendnächten (Fr/Sa und Sa/So) und

vor Feiertagen. Als Antwort auf die außerordentlich steigenden Fahrgastzahlen im Freizeitverkehr nach Mitternacht sind zahlreiche deutsche Regionen dazu übergegangen, den regionalen Bahnbetrieb am Wochenende in den städtischen Nachtverkehr einzubetten. Zahlreiche deutsche Großstädte und Regionen haben einen 24-Stunden-Betrieb der S-Bahnen an Wochenenden eingeführt, so u.a. unter grüner Mitwirkung in der Regionsversammlung Hannover oder im Verband Region Stuttgart. Seit Dezember 2013 ist auch die S-Bahn in Leipzig/Halle an Wochenendnächten im Nachtbetrieb und in die städtischen Nachtverkehrsknoten eingebunden. Wir wollen die in Zeile 857f. beschriebene Rücknahme der Nahverkehrskürzungen vorrangig nutzen, um die gravierendsten Einschnitte wieder zu beheben: im Abend- und Nachtverkehr. Mit dem Aufbau eines öffentlichen Nachtverkehrs in die äußeren Stadtteile und über die Stadtgrenzen der Großstädte hinaus an Wochenendnächten wird der ÖPNV insbesondere für junge Menschen, aber nicht nur für diese, zu einer wirklichen Alternative zum Auto.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Martin Schmidt (KV Chemnitz), Petra Zais (KV Chemnitz),
Matthias Böhm (KV Görlitz), Brigitte Heymanns (KV Chemnitz)

Gegenstand: Unterwegs in Sachsen: Stadtentwicklung,
Infrastruktur und Mobilität in Stadt und Land

Im Absatz von Zeile 869 - 896:

In einem ersten Schritt wollen wir einen einheitlichen sachsenweiten Tarif einführen, der nicht nur in Nahverkehrszügen, sondern von Tür zur Tür, also auch in Straßenbahnen, Bussen und auf Fähren gilt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die stündliche Erreichbarkeit aller Orte Sachsen zwischen 4:30 Uhr und 24:00 Uhr werktags garantieren.

Die Planung der Infrastruktur muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden: Heute werden viel zu oft isolierte Einzelprestigeobjekte gebaut und erst danach der Fahrplan gemacht. Wir treten für eine vorausschauende Infrastrukturpolitik ein, die zuerst eine sachsenweite Fahrplanoptimierung konzipiert. Danach soll passgenau die Infrastruktur entwickelt werden. Schwerpunkt eines solchen netzorientierten Ausbaus sind dabei für uns z.Bsp. die Wiederanbindung Südwestsachsens an den Fernverkehr, die Elektrifizierung der Strecke Dresden-Görlitz, die durchgehende Elektrifizierung der Sachsen-Franken-Magistrale sowie der Ausbau der Strecke Görlitz-Cottbus.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Verkehr

Gegenstand: Unterwegs in Sachsen: Stadtentwicklung,
Infrastruktur und Mobilität in Stadt und Land

Im Absatz von Zeile 897 - 906:

~~Wir unterstützen angesichts~~ Der Sachsentakt 21 soll nicht nur bei Schienenstrecken Anwendung finden: Für viele Relationen - sowohl zwischen Zentren ohne Gleisanschluss als auch zur lokalen Feinerschließung - muss auf den Bus zurückgegriffen werden. Um sich in das Fahrplangefüge des Bahnverkehrs einzupassen, muss auch der ~~demografischen Entwicklung~~ Busverkehr bestimmte Anforderungen erfüllen: Taktbusse zwischen Bahnhöfen und Orten ohne Bahnanschluss schaffen stündliche attraktive Angebote. Bei schwacher Nachfrage unterstützen wir neue Lösungen, um das ÖPNV-Angebot zu vertretbaren Kosten leistungsfähig und ökologisch gestalten zu können. In sich entleerenden Regionen stärken wir sinnvolle Alternativen zum klassischen Linienverkehr mit großen Fahrzeugen und starrer Linienbindung. Dies können ~~z. B. stündliche Taktbusse zwischen Bahnhöfen und Orten ohne Bahnbindung,~~ z.B. Anrufbusse mit durch die Fahrgäste bestimmter Abfahrtszeit und Strecke, Kombibusse mit Personen- und Güterbeförderung oder auch ~~Bürgerbusmodelle und~~ Anrufsammeltaxis und Bürgerbusmodelle sein. So bleiben wir auch bis in den hintersten Winkel Sachsens mindestens stündlich mobil.

Begründung

Aus dem Programmforum vom 16.11.2013 wurde uns ausdrücklich mit auf den Weg gegeben, den Stundentakt auch für den übrigen ÖPNV in alle Ortschaften von SN festzuschreiben. Ferner sind

Taktbusse keine Alternativverkehre: Sie verkörpern ja gerade den klassischen Linienverkehr, müssen als Grundgerüst aber selbstverständlich auch auf den ländl. Raum übertragen werden.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Sebastian Walter (KV Mittelsachsen)

Gegenstand: Unterwegs in Sachsen: Stadtentwicklung,
Infrastruktur und Mobilität in Stadt und Land

Im Absatz von Zeile 897 - 906:

Wir unterstützen angesichts der demografischen Entwicklung neue Lösungen, um das ÖPNV-Angebot zu vertretbaren Kosten leistungsfähig und ökologisch gestalten zu können. In sich entleerenden Regionen stärken wir sinnvolle **bedarfsorientierte** Alternativen zum klassischen Linienverkehr mit großen Fahrzeugen und starrer Linienbindung. Dies können z. B. ~~stündliche Taktbusse zwischen Bahnhöfen und Orten ohne Bahnanbindung,~~ Anrufbusse mit durch die Fahrgäste **bestimmter bestimmbarer** Abfahrtszeit und Strecke, Kombibusse mit Personen- und Güterbeförderung oder auch Bürgerbusmodelle und Anrufsammeltaxis sein.

Begründung

Mit den „sinnvollen Alternativen zum klassischen Linienverkehr mit großen Fahrzeugen und starrer Linienbindung“ sind bedarfsorientierte Angebote des öffentlichen Verkehrs gemeint. „Stündliche Taktbusse zwischen Bahnhöfen und Orten ohne Bahnanbindung“ gehören in dieser Aufzählung definitiv nicht dazu, da diese ja klassischer Linienverkehr mit großen Fahrzeugen und starrer Linienbindung darstellen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Sachsen

Gegenstand: Unterwegs in Sachsen: Stadtentwicklung,
Infrastruktur und Mobilität in Stadt und Land

Im Absatz von Zeile 907 - 919:

Fuß- und Radverkehrsförderung ist preiswerter als die Förderung jedes anderen Verkehrsmittels, dabei umweltfreundlich, stadtverträglich und ein Beitrag zum Klimaschutz sowie zur Verbesserung der Umwelt- und Lebensqualität. Wir wollen den Anteil der in Sachsen mit dem Fahrrad zurückgelegten Wege bis zum Jahr 2025 auf 20 Prozent verdoppeln. Dafür wollen wir jährlich 15 Millionen Euro zur Radverkehrsförderung zu Lasten des Straßenneubaus in den Haushalt einstellen. Hiervon wollen wir verstärkt Maßnahmen zur Verknüpfung des Radverkehrs mit anderen Verkehrsträgern, so u.a. von Bike-and-Ride-Anlagen an ÖPNV-Schnittstellen finanzieren. Unser mittelfristiges Ziel sind bis 2020 jährliche Investitionen von zehn Euro pro Kopf in Sachsen für den Fahrradverkehr. Unser Ziel ist dabei die Entwicklung eines echten sächsischen Radwegenetzes, in dem touristische Routen mit Radwegen an Bundes- und Staatsstraßen verknüpft sind.

Begründung

Eine neue Mobilitätskultur mit besserem Radverkehr ist Schlüsselprojekt der GRÜNEN JUGEND Sachsen in den anstehenden Wahlkämpfen. Die Einstellung von 15 Mio. Euro jährlich in den Landeshaushalt ist zu begrüßen. Es ist jedoch wünschenswert, was sich die von uns anzusprechenden WählerInnen unter dieser Größenordnung an konkreten Ergebnissen für den Radverkehr vorzustellen haben. Angesichts der ganz offenkundig unzureichenden Fahrradstellplätze

an großen Bahnhöfen und ÖPNV-Knoten wollen wir eine verstärkte Förderung von Bike-and-Ride-Anlagen an Bahnhöfen oder großen Bushaltestellen als ein konkretes Ziel der Radverkehrsförderung des Freistaates benennen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Martin Schmidt (KV Chemnitz), Petra Zais (KV Chemnitz),
Matthias Böhm (KV Görlitz), Brigitte Heymanns (KV Chemnitz)

Gegenstand: Unterwegs in Sachsen: Stadtentwicklung,
Infrastruktur und Mobilität in Stadt und Land

Im Absatz von Zeile 907 - 919:

Fuß- und Radverkehrsförderung ist preiswerter als die Förderung jedes anderen Verkehrsmittels, dabei umweltfreundlich, stadtverträglich und ein Beitrag zum Klimaschutz sowie zur Verbesserung der Umwelt- und Lebensqualität. Wir wollen den Anteil der in Sachsen mit dem Fahrrad zurückgelegten Wege bis zum Jahr 2025 auf 20 Prozent verdoppeln. Dafür wollen wir jährlich 15 Millionen Euro zur Radverkehrsförderung zu Lasten des Straßenneubaus in den Haushalt einstellen. Unser mittelfristiges Ziel sind bis 2020 jährliche Investitionen von zehn Euro pro Kopf in Sachsen für den Fahrradverkehr. Unser Ziel ist dabei die Entwicklung eines echten sächsischen Radwegenetzes, in dem touristische Routen mit Radwegen an Bundes- und Staatsstraßen verknüpft sind. Der Fußverkehr ist die wichtigste Fortbewegungsart, da fast jeder Mensch laufen kann. Die Förderung des Fußverkehrs als ein Beitrag zur Umweltentlastung, Stärkung der örtlichen Wirtschaft und Erhöhung der Attraktivität einer Gemeinde setzt die Konzeption eines attraktiven engmaschigen Fußwegenetzes voraus. Wir fordern eine landesweite „Fußverkehrskonzeption“, die eine Bedarfsprüfung nach überörtlichen Fuß- und Wanderwegen, den Finanzbedarf der Kommunen zur Sanierung des innerstädtischen/-örtlichen Fußwegenetzes, die Überprüfung des rechtlichen Rahmens zum Thema Fußgängerüberquerungen und die Förderung von Fußgängerinformationen enthalten sollte. Ziel muss sein, den Anteil der Wege zu Fuß auf 35 Prozent im Jahr 2020 zu

steigern. In Sachsen soll es mindestens eine Modellkommune geben, in der alle Verkehrsschilder abgeschafft werden. Ziel soll es sein, das Konzept des „Shared Space“ („Geteilter Raum“) zu erproben. Intention des „Shared Space“ ist die Aufhebung der Trennung zwischen motorisiertem Individualverkehr, öffentlichem Personennahverkehr, Rad- und Fußverkehr.

Alle Verkehrsteilnehmer nutzen denselben Raum. Es gilt das Prinzip der gegenseitigen Rücksichtnahme. In verschiedenen Ländern funktioniert dieses Konzept bereits und führte zu einer Verminderung von Unfällen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden), Victor Vincze (KV Dresden)

Gegenstand: Unterwegs in Sachsen: Stadtentwicklung,
Infrastruktur und Mobilität in Stadt und Land

Im Absatz von Zeile 920 - 929:

~~Sinnvoller als ständig ein~~Für viele Menschen wird es zunehmend
sinnvoller und preiswerter, kein eigenes Auto ~~bereit~~ zu ~~halten, kann~~
~~es sein, Carsharing Angebote~~besitzen, sondern CarSharing-Angebote zu
nutzen. Carsharing-Anbieter sollen öffentliche Straßen als
Stellplätze verwenden können. Darüber hinaus wollen wir den
Landesbehörden und nachgeordneten Einrichtungen des Freistaates -
soweit möglich - die Nutzung von Carsharing-Angeboten ermöglichen
und die normalen Dienstfahrzeuge schrittweise auf Carsharing-
Angebote und beste verfügbare Technik umstellen.

Begründung

Es geht hier um die Menschen, welche zunehmend auf ein eigenes Auto verzichten und zum CarSharing wechseln. Das sollte dann auch so klar benannt und vorangestellt werden.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Martin Schmidt (KV Chemnitz), Petra Zais (KV Chemnitz),
Brigitte Heymanns (KV Chemnitz), Matthias Böhm (KV Görlitz)

Gegenstand: Unterwegs in Sachsen: Stadtentwicklung,
Infrastruktur und Mobilität in Stadt und Land

Im Absatz von Zeile 930 - 943:

Für einen besseren Schutz der Bevölkerung vor Lärm wollen wir einen flächendeckenden Lärmaktionsplan mit ernsthafter BürgerInnenbeteiligung. Für besonders laute Bahnabschnitte und Staatsstraßen brauchen wir Schallschutzmaßnahmen und ein Nachtflugverbot an Flughafenstandorten zwischen 22 und 6 Uhr. Wir setzen uns auch aus Lärmgründen für die Einführung eines generellen Tempolimits von 120 km/h auf sächsischen Autobahnen sowie von 100 km/h auf stadtnahen Abschnitten ein. Tempo 30 soll innerorts Regelgeschwindigkeit werden. Die Ausweisung von Abschnitten mit Tempo 50 soll durch Festlegung der Kommunen weiter möglich sein. Niedrigere Geschwindigkeiten innerhalb von Ortschaften verbessern die Sicherheit von FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen und schützen Kinder, ältere und behinderte Menschen. Im Bereich der Verkehrssicherheitsarbeit hinkt der Freistaat Sachsen um Jahre hinterher. Unsere Vision ist klar: Keine Verkehrstoten und Schwerverletzten durch den Straßenverkehr bis zum Jahr 2020. (Vision Zero) Zur Überprüfung der eingeleiteten Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit fordern wir auch in Sachsen die jährliche Erstellung eines Verkehrssicherheitsberichts. In den sächsischen Schulen sollte an die Stelle der „klassischen“ Verkehrserziehung für Grundschul Kinder eine umfassende Mobilitätserziehung nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins oder Berlins treten, die nicht darauf zielt, Kinder an den Automobilverkehr anzupassen, sondern umfassend

Themen aktiver wie passiver Verkehrssicherheit und eine gesundheits- und umweltbewusste Verkehrsmittelwahl zum Inhalt hat. Wir fordern hier eine offene Ausschreibung, um auch anderen Trägern als dem ADAC die Möglichkeit zu bieten, wirkliche Mobilitätserziehung in den Schulen zu leisten.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden), Victor Vincze (KV Dresden)

Gegenstand: Unterwegs in Sachsen: Stadtentwicklung, Infrastruktur und Mobilität in Stadt und Land

Im Absatz von Zeile 930 - 943:

Für einen besseren Schutz der Bevölkerung vor Lärm wollen wir einen flächendeckenden Lärmaktionsplan mit ernsthafter BürgerInnenbeteiligung. Für besonders laute Bahnabschnitte und Staatsstraßen brauchen wir Schallschutzmaßnahmen und ein Nachtflugverbot an Flughafenstandorten zwischen 22 und 6 Uhr. Wir setzen uns auch aus Lärmgründen für die Einführung eines generellen Tempolimits von 120 km/h auf sächsischen Autobahnen sowie von 100 km/h auf stadtnahen Abschnitten ein. Tempo 30 soll innerorts Regelgeschwindigkeit werden. Die Ausweisung von Abschnitten mit Tempo 50 soll durch Festlegung der Kommunen weiter möglich sein. Niedrigere Geschwindigkeiten innerhalb von Ortschaften verbessern die Sicherheit von FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen und schützen Kinder, ältere und behinderte Menschen. Für die Durchsetzung der Geschwindigkeitsbegrenzungen sollen mehr bauliche Maßnahmen wie Straßenverengungen oder Poller sowie Kontrollen erfolgen.

Begründung

Geschwindigkeitsbegrenzungen alleine helfen nicht den realen Verkehrsfluss zu verlangsamen. Die Einhaltung dessen sollte kontrolliert werden bzw. durch entsprechend bauliche Maßnahmen nachgeholfen bekommen. Eine Tempo-30-Zone ohne bauliche Veränderungen wirkt nicht so effektiv auf das Fahrverhalten wie sie es mit Pollern bspw. wäre.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Jürgen Kasek (KV Leipzig)

Gegenstand: Unterwegs in Sachsen: Stadtentwicklung, Infrastruktur und Mobilität in Stadt und Land

Im Absatz von Zeile 970 - 985:

Die Lebensqualität in den Wohnungen und Wohngebieten soll entsprechend der Bedürfnisse aller Altersgruppen verbessert werden. Barrierefreiheit und teilbare Wohnräume sind für junge Familien wie für alte Menschen wichtig. Kinderfreundliche Freiraumgestaltung muss zur Fördervoraussetzung werden. Modellprojekte für autofreies Wohnen werden wir besonders unterstützen. Dafür wollen wir den Zwang zum Schaffen von Stellplätzen bzw. zur Zahlung einer Stellplatzabgabe abschaffen. ~~Wohnungen müssen bezahlbar sein. Dabei geht es uns auch um preiswerte kleinere Wohnungen für ältere Menschen, die ihre selbstständige Lebensführung sichern.~~ Wir sind der Meinung, dass Wohnen kein Luxus sein darf. Wir wollen darum den Mieterschutz stärken und eine aktive, effiziente und zugleich um Wohnformen, die das Zusammenleben verschiedener Altersgruppen ermöglichen. phantasievolle Wohnungspolitik betreiben: Die soziale Mischung in den Stadtteilen wollen wir erhalten, statt sie zu zerstören. Wohnformen, die das Leben von Personen mit besonderem Hilfs- und Betreuungsbedarf erleichtern, sind in Abstimmung mit anderen Förderprogrammen auszubauen. ~~Der Freistaat muss die Kommunen dabei unterstützen, Strategien gegen soziale Trennung in den Stadtvierteln zu entwickeln.~~

Begründung

Der jetzt eingereichte Text ist weitergehender und dennoch in seiner Form und Formulierung knackiger und vor allen Dingen kürzer.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: Unterwegs in Sachsen: Stadtentwicklung,
Infrastruktur und Mobilität in Stadt und Land

Im Absatz von Zeile 970 - 985:

Die Lebensqualität in den Wohnungen und Wohngebieten soll entsprechend der Bedürfnisse aller Altersgruppen verbessert werden. Barrierefreiheit und teilbare Wohnräume sind für junge Familien wie für alte Menschen wichtig. Kinderfreundliche Freiraumgestaltung muss zur Fördervoraussetzung werden. Modellprojekte für autofreies Wohnen werden wir besonders unterstützen. Dafür wollen wir den Zwang zum Schaffen von Stellplätzen bzw. zur Zahlung einer Stellplatzabgabe abschaffen. Wohnungen müssen bezahlbar sein. Dabei geht es uns auch um preiswerte kleinere Wohnungen für ältere Menschen, die ihre selbstständige Lebensführung sichern, und zugleich um Wohnformen, die das Zusammenleben verschiedener Altersgruppen ermöglichen. Wohnformen, die das Leben von Personen mit besonderem Hilfs- und Betreuungsbedarf erleichtern, sind in Abstimmung mit anderen Förderprogrammen auszubauen. Der Freistaat muss die Kommunen ~~dabei~~ durch ein eigenes Landesprogramm „Steuerung Quartiermanagement“ unterstützen, Strategien gegen soziale Trennung in den Stadtvierteln zu entwickeln.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: Unterwegs in Sachsen: Stadtentwicklung,
Infrastruktur und Mobilität in Stadt und Land

Im Absatz von Zeile 970 - 985:

Neu hinzufügen:

Bezahlbarer Wohnraum darf kein Luxus werden
Wohnraum wird in den sächsischen Großstädten immer knapper und
teurer. Zunehmend macht sich der Mangel an bezahlbaren Wohnungen
besonders für Einkommensschwache, junge Menschen, Familien sowie
Studierende, Ältere und Menschen mit Behinderung bemerkbar.
Drastische Mietsteigerungen für Wohnungssuchende in den Großstädten
sind dabei bei Weitem kein alleiniges Problem von sogenannten
besseren Wohnlagen. Wir setzen uns dafür ein, die Obergrenze für
Preiserhöhungen bei Bestandsmieten abzusenken. Die Staatsregierung
muss in den von Mietsteigerungen aufgrund Wohnungsverknappung
besonders betroffenen sächsischen Ballungsräumen Gebiete ausweisen,
in denen die maximale Mieterhöhung innerhalb von drei Jahren auf
höchstens 15 statt der üblichen 20 Prozent begrenzt wird. Zusätzlich
wollen wir das Mietrecht weiter regionalisieren, um den Kommunen zu
ermöglichen, in Orten oder Stadtteilen mit hohem Verdrängungsdruck
Mietobergrenzen bei der Wiedervermietung einzuführen.

Begründung

bisher fehlten Aussagen zur Mietentwicklung

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Jürgen Kasek (KV Leipzig)

Gegenstand: Unterwegs in Sachsen: Stadtentwicklung, Infrastruktur und Mobilität in Stadt und Land

Im Absatz von Zeile 986 - 1029:

Die ~~städtischen~~ Schrumpfungsprozesse ~~in Sachsen~~ einanderseits als auch die Effekte der Urbanisierung eröffnen Möglichkeiten für einen ~~nachhaltigen~~ ökologischen Stadtumbau. ~~Die~~ Die Stadt der kurzen Wege ist unser Ziel. Notwendig ist eine angemessene Dichte verknüpft mit möglichst viel Stadtgrün. GRÜNE Stadtentwicklungspolitik will die Kommunen in die Lage versetzen, den demografischen Wandel zu bewältigen und den Flächenverbrauch zu reduzieren. Innenstädte wollen wir stärken. Dort, wo Rückbau notwendig wird, sollte er geordnet an den Rändern der Städte erfolgen - das gilt auch für Infrastrukturen wie Straßen und Leitungen. Durch ein Landesprogramm „Steuerung Stadtentwicklung“ wollen wir sächsische Klein- und Mittelstädte im Bereich Städtebauförderung beraten. Wir treten dafür ein, dass der Freistaat den Kommunen mehr Entscheidungshoheit beim Einsatz von Fördermitteln für nachhaltige Stadtentwicklung überträgt.

Begründung

Der bisher bestehende Satz erweckt den Eindruck, dass es in Sachsen nur Schrumpfungsprozesse gibt. Tatsächlich wachsen aber die urbanen Ballungsräume Leipzig und Dresden seit geraumer Zeit, zum einen bedingt durch den anhaltenden Effekt der Landflucht und zum anderen durch ein inzwischen eingetretenen Geburtenüberschuss. Der Satz ist daher entsprechend zu ändern.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: Unterwegs in Sachsen: Stadtentwicklung,
Infrastruktur und Mobilität in Stadt und Land

Im Absatz von Zeile 986 - 1029:

Die ~~städtischen~~ Schrumpfungsprozesse v.a. in ~~Sachsen~~ den sächsischen Klein- und Mittelstädten eröffnen Möglichkeiten für einen nachhaltigen ökologischen Stadtumbau. Die Stadt der kurzen Wege ist unser Ziel. Notwendig ist eine angemessene Dichte verknüpft mit möglichst viel Stadtgrün. GRÜNE Stadtentwicklungspolitik will die Kommunen in die Lage versetzen, den demografischen Wandel zu bewältigen und den Flächenverbrauch zu reduzieren. Innenstädte wollen wir stärken. Dort, wo Rückbau notwendig wird, sollte er geordnet an den Rändern der Städte erfolgen - das gilt auch für Infrastrukturen wie Straßen und Leitungen. Durch ein Landesprogramm „Steuerung Stadtentwicklung“ wollen wir sächsische Klein- und Mittelstädte im Bereich Städtebauförderung beraten. Wir treten dafür ein, dass der Freistaat den Kommunen mehr Entscheidungshoheit beim Einsatz von Fördermitteln für nachhaltige Stadtentwicklung überträgt.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: **Unterwegs in Sachsen: Stadtentwicklung,
Infrastruktur und Mobilität in Stadt und Land**

Im Absatz von Zeile 986 - 1029:

Es gilt, das bereits vorhandene Wissen über die Möglichkeiten von Selbstnutzungsinitiativen von Brachflächen, alternative Konzepte der Zwischen- und Umnutzung (beispielsweise so genannte Wächterhäuser) bekannt zu machen und Beratung zu fördern. Wir unterstützen Baugemeinschaften sowie die Gründung stadtteilorientierter Genossenschaften als wertvollen Beitrag für qualitativ hochwertiges Bauen und eine Aufwertung des sozialen Umfelds. Denkmalpflege ist eine Form nachhaltigen Bauens, weil bestehende Substanz weitergenutzt und der Siedlungsraum nicht ausgeweitet wird. Dennoch kommt es ständig zu weiteren Verlusten unseres historischen Erbes. Insbesondere die Gruppe der technischen Denkmale, aber auch viele Schlösser, Gutshäuser und ländliche Bauten befinden sich in einem bedrohlichen Zustand. Um die sächsische Denkmallandschaft zu erhalten, unterstützen wir die Vernetzung und Einrichtung von Denkmaldatenbanken für potenzielle Investoren. Engagierte private Denkmaleigentümer wollen wir stärker finanziell fördern, das Sächsische Denkmalschutzgesetz gegen die fortgesetzten Angriffe von CDU und FDP in seiner Qualität erhalten.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Sachsen

Gegenstand: Unterwegs in Sachsen: Stadtentwicklung,
Infrastruktur und Mobilität in Stadt und Land

Im Absatz von Zeile 1041 - 1062:

Der Zugang zu schnellem Internet ist eine Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Wie bei der Post- oder Stromversorgung soll daher jede Bürgerin und jeder Bürger einen rechtlichen Anspruch auf einen Breitbandanschluss haben. Förderprogramme müssen eine echte Grundversorgung herstellen und dürfen die ländlichen Räume nicht benachteiligen. Dabei kann ein funkbasierter Internetzugang nur eine Zwischenlösung sein. Angesichts zu erwartender erhöhter Anforderungen an die Kapazitäten und unter der Maßgabe, Netzneutralität zu erreichen, liegt es in der Verantwortung des Freistaates, den Breitbandausbau zu fördern. Wir sehen daher den Ausbau der digitalen Infrastruktur in Sachsen als eine Schlüsselaufgabe zur Entwicklung des Freistaates an und wollen eine Breitbandoffensive anschieben. Dazu gehört eine bessere Unterstützung von Kooperationen zwischen kommunalen Versorgungsunternehmen und Telekommunikationsunternehmen, das Verfügbarmachen von Daten über bereits vorhandene Infrastruktur und erfolgreiche Tiefbauarbeiten sowie langfristige Finanzierungsmöglichkeiten zu zinsgünstigen Konditionen.

Begründung

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur mit Breitbandausbau und Freifunk ist ein Schlüsselprojekt der

GRÜNEN JUGEND Sachsen für die anstehenden Wahlkämpfe. Mit dieser Passage wollen wir die Bedeutung einer guten Breitbandversorgung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Sachsens unterstreichen. Die Koordination darf nicht allein den Städten und Gemeinden überlassen werden; gerade in ländlichen Regionen ist es in vielen Fällen aus wirtschaftlichen Gründen sinnvoller, dass übergeordnete Ebenen Koordinationsaufgaben in der Breitbandentwicklung übernehmen, um gemeindeübergreifende Lösungen zu erreichen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Uwe Kaettniß (KV Erzgebirge)

Gegenstand: Unterwegs in Sachsen: Stadtentwicklung, Infrastruktur und Mobilität in Stadt und Land

Im Absatz von Zeile 1041 - 1062:

Neu hinzufügen:

Die ländlichen Regionen stärken!

In Sachsen gibt es seit vielen Jahren eine sehr unterschiedliche Entwicklung der drei Großstädte und der ländlichen Räume: während die urbanen Zentren in Hinsicht auf Bevölkerung und Wirtschaft prosperieren, sind viele ländlichen Regionen von einer zukunftsfähigen Entwicklung abgehängt.

Die nachteilige demografische Entwicklung der ländlichen Regionen wird durch die weiterhin hohe Abwanderung junger Menschen in die großen Städte verstärkt. Insbesondere der Mangel an Fachkräften im Erwerbsalter wird zu einem grundlegenden Problem für die Wirtschaft in den peripheren Landkreisen. Alleine für das Erzgebirge prognostizieren Wirtschaftsverbände und Kammern einen ungedeckten Bedarf von 50.000 Arbeitskräften in den nächsten 10 Jahren. Auf diese Herausforderungen hat die schwarz-gelbe Politik keine adäquaten Antworten gefunden. Sie erschöpfte sich bisher in den untauglichen und daher ergebnislosen Versuchen mit immer neuen Infrastrukturerweiterungen bei Straßen und Gewerbegebieten den Schrumpfungsprozessen entgegenzuwirken.

Wir wollen die ländlichen Räume stärken, indem wir die Lebensverhältnisse mit den Mitteln der Politik attraktiv gestalten. Dies umfasst viele Bereiche des sozialen und kulturellen Lebens auf dem Lande: von der wohnortnahen Schule bis zur Finanzierung kultureller Angebote. Zu diesen Zukunftsfragen wollen wir im Dialog

mit Landkreisen und Kommunen, mit der Bevölkerung und mit Fachleuten ein neues Leitbild für die ländlichen Räume erarbeiten, welches sich aktiv den Konsequenzen der demografischen, der industriellen und soziokulturellen Entwicklung stellt und dessen Ziel es ist, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu garantieren. Bausteine in diesem Leitbild sind für uns die Entwicklung des Tourismus zu einer tragenden Säule der Erwerbswirtschaft sowie der städtebauliche und infrastrukturelle Umbau der schrumpfenden Landkommunen. Die Bewahrung und bewusste Nutzung des kulturhistorischen Erbes wird zu diesem Leitbild gehören und spiegelt sich heute schon in der Unterstützung der Weltkulturerbe-Initiative im Erzgebirge.

Begründung

Im vorliegenden Programmentwurf gibt es in mehreren fachpolitischen Details Bezüge zu den Problemstellungen des ländlichen Raumes, ohne das jedoch eine direkte Ansprache an die Wähler der ländlichen Regionen vorhanden ist. Da es aber der politische Anspruch von Bündnis90/Die Grünen in Sachsen ist für alle Menschen des Landes Angebote zu unterbreiten, sollten wir auch programmatisch explizit auf die ländlichen Räume zugehen, nicht zuletzt um unser Wählerpotential dort besser zu erreichen als bisher. Der vorliegende ÄA-Text stützt sich im Wesentlichen auf eine Textpassage des Meißner Beschlusses aus dem Jahr 2011, ist also Beschlusslage der Partei.

Weitere Begründung mündlich.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Thomas Pilz (KV Görlitz)

Gegenstand: Unterwegs in Sachsen: Stadtentwicklung, Infrastruktur und Mobilität in Stadt und Land

Im Absatz von Zeile 1041 - 1062:

Neu hinzufügen:

Ländliche Räume verstehen - und stärken

Ländliche Räume stellen für Bündnis 90/ Die Grünen in Sachsen ein Querschnittsfeld dar. Im Zuge des demografischen Übergangs müssen ihre Potenziale gestärkt anstatt ihre vermeintlich kollektive Strukturschwäche betont werden. Wir wollen einen Umbruch in der Behandlung ländlicher Räume voranbringen und sie nicht weiter als Entwicklungsland begreifen. Wir fördern Selbstorganisation und kreative Lösungsansätze, wo die Strukturanpassungsmaßnahmen von schwarz-gelb ihre Spuren hinterlassen haben.

Die Förderpolitik der ländlichen Räume muß grundlegend neu gestaltet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass gute Ideen und Projekte eine Prozessförderung bekommen statt wie bisher eine Projektförderung, die auf eine einschränkende Zeitdauer festgelegt ist. Im Rahmen dieser Prozessförderung gehören Coaching und Mentoring der vor Ort Aktiven dazu, um Nachhaltigkeit besser zu sichern als das bei klassischen Förderprogrammen oft der Fall ist. Gemeinnützigkeit und Wirtschaftlichkeit dürfen sich nicht mehr ausschließen sondern sind als Sicherung nachhaltiger Strukturen gewollt.

Wir machen uns stark für mehr Gestaltungsspielraum für die Kommunen der ländlichen Räume. Kommunen im ländlichen Raum sollen für Eigeninitiative und Bürgerpartizipation Anerkennung und Hilfestellungen erhalten. Aus Handlungszwang durch Landesregularien soll Handlungsmotivation durch De-Regulierung erwachsen.

So fördern wir die Mobilität in den ländlichen Räumen, in dem wir kleinteiligere, flexiblere Angebote fördern (Anrufbusse, Kleinbusse u. ä.) und die Elektromobilität an zentralen Punkten voranbringen. Im Bereich der Landwirtschaft setzen wir uns für kleinere Strukturen und Flächen ein. Verpächter von Flächen sollen in Form von Zuschüssen belohnt werden, wenn sie in die Pachtverträge Umweltstandards und naturschutzfördernde Verbindlichkeiten hinein nehmen. Landwirte sollen kostenfreie Beratungen im Bereich integrierende Landwirtschaft erhalten und ökologische Betriebsweisen durch finanzielle Entlastungen belohnt werden. Wir fördern die traditionelle Bestäubung von Kulturpflanzen durch Unterstützung der Imker und setzen uns für ein Entschädigungsgesetz bei Verlusten durch Pestizideinsatz ein.

Um den Tourismus als Wirtschaftskraft in den ländlichen Räumen voranzubringen, unterstützen wir weiche Instrumente wie die Erarbeitung von Kommunikationsstrategien und Weiterbildungen für Verwaltung und lokale Akteure.

Im Bereich Bildung sind wir der festen Überzeugung: eine Stunde Fahrtzeit pro Fahrtweg ist nicht zumutbar für Schulkinder. Wir fördern explizit weiter den Aufbau Freier Schulen und deren Gleichberechtigung. Das sächsische Bildungssystem verträgt qualitative Konkurrenz, um aus dem starren Verharren herauszufinden. Bildung und soziale Arbeit sind für uns miteinander verbunden im ländlichen Raum - der Abbau von Jugend- und Sozialarbeit muß ein Ende finden und darf nicht an denselben Teilern festgemacht werden, die für Städte gelten. Die Kommunen müsse auch hier besser ausgestattete werden, um Angebote unterstützen zu können, die dem Nachwuchs vor Ort gut tut.

In den ländlichen Räumen muß im Bereich Arbeitsmarkt anders agiert werden als in den Städten. Die Förderung moderner Arbeitswelten (junger Start-Ups, Kreativer, Internetberufe, Akademiker, Freiberufler) muß durch den konsequenten Ausbau des schnellen Internets sowie weitere Unterstützungsmaßnahmen geschehen. Ansiedlungsmaßnahmen sog. Zukunftsbranchen brauchen eine neue Förderrichtlinie, welche die bisherige zur Förderung der Ansiedlung produzierenden Gewerbes in Gewerbegebieten der Kommunen, ablöst und gezielt auf die Innenentwicklung der Zentren im ländlichen Raum fokussiert.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden), Victor Vincze (KV Dresden),
Gesine Märtens (KV Leipzig)

Gegenstand: GRÜNE Haushaltspolitik: zukunftsfähig,
nachhaltig und gerecht

Im Absatz von Zeile 1070 - 1087:

Wir wollen, dass künftig langfristige Auswirkungen bei Investitionen mitgedacht werden. Das bedeutet, dass vor Investitionsentscheidungen immer geprüft wird, welche finanziellen, wirtschaftlichen, ökologischen, gesundheitlichen und sozialen Langzeitfolgen die jeweilige Investition hat. Beispielsweise ~~sollten~~sind bei Investitionen in den Straßenbau Unterhaltskosten ~~oder~~sowie ökologische und gesundheitliche Folgekosten ~~berücksichtigt werden zu berücksichtigen.~~

Nicht nur sogenannte klassische Investitionen stärken Sachsens Zukunftsperspektive. Ausgaben für die Einstellung und Weiterbildung von ~~ErzieherInnen, LehrerInnen~~Erzieher*innen, Lehrer*innen oder Ausgaben für die Forschung ~~sollten~~dürfen nicht länger als konsumtiv klassifiziert und deswegen Straßenbauinvestitionen nachgeordnet werden. Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ~~gründet~~begründet sich nicht ~~allein~~ auf Beton. Vielmehr brauchen wir viele schlaue Köpfe, kreative, gut (aus)gebildete Menschen. Deshalb ~~soll auch geprüft werden, welchen Beitrag Investitionen zu Bildungsgerechtigkeit und wollen wir, dass mehr in Bildungsgerechtigkeit, Chancengleichheit, ~~zur~~in Barrierefreiheit und zur Gleichstellung von Frauen und Männern ~~leisten.~~investiert wird.~~

Begründung

Es ist seit Jahren erwiesen, dass sich Investitionen in Menschen und in eine barrierefreie Umwelt lohnen. Und es ist grüner Konsens, dass bspw. mehr in Bildung investiert werden muss, damit alle Kinder gleichermaßen Chancen bekommen auf ein späteres gutes Leben. In der Formulierung im Landtagswahlprogramm sind wir deutlich zu zahm und sagen auch darüber hinaus nicht, was wir nach dem Prüfen eigentlich mit dem Ergebnis machen wollen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: GRÜNE Haushaltspolitik: zukunftsfähig,
nachhaltig und gerecht

Im Absatz von Zeile 1070 - 1087:

Nicht nur klassische Investitionen stärken Sachsens Zukunftsperspektive. Ausgaben für die ~~Einstellung~~Aus- und Weiterbildung sowie Anstellung von ErzieherInnen, LehrerInnen oder Ausgaben für die Forschung sollten nicht länger als konsumtiv klassifiziert und deswegen Straßenbauinvestitionen nachgeordnet werden. Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes gründet sich nicht allein auf Beton. Vielmehr brauchen wir viele schlaue Köpfe. Deshalb soll auch geprüft werden, welchen Beitrag Investitionen zu Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit, zur Barrierefreiheit und zur Gleichstellung von Frauen und Männern leisten.

Begründung

Die Neubewertung von Bildungsausgaben ist erfreulich, aber greift an der Stelle zu kurz, wo nur auf "Einstellung und Weiterbildung" von ErzieherInnen und LehrerInnen verwiesen wird, nicht aber auf deren Ausbildung und der Wissenschaftsbereich in der Aufzählung fehlt.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: GRÜNE Haushaltspolitik: zukunftsfähig,
nachhaltig und gerecht

Im Absatz von Zeile 1088 - 1106:

Kurzfristigen positiven Effekten, die durch Schulden „erkauft“ werden, steht die eingeschränkte Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand in der Zukunft gegenüber. Wenn dem Staat die langfristige Handlungsfähigkeit genommen wird, dann ist das unsozial, insbesondere gegenüber kommenden Generationen. Wir wollen auch in Zukunft Steuergeld lieber für Kitas, Schulen, Hochschulen oder soziale Einrichtungen ausgeben statt für Zinsen, die die Banken kassieren. Deshalb haben wir die Einführung einer Schuldenbremse in die sächsische Verfassung unterstützt.

Sachsen Statt auf Schulden setzen wir auf eine intelligente Schwerpunktsetzung im Haushalt und auf sozial und wirtschaftlich ausgewogene Einnahmeverbesserungen auf Landes- und Bundesebene, um die Unterfinanzierung in Haushaltsbereichen wie Bildung schrittweise zu beenden. Sachsen ist immer noch weit von einer finanziellen Eigenständigkeit entfernt. Deshalb sind wir immer noch auf den Solidarpakt II angewiesen, der aber 2019 ausläuft. Wir unterstützen das Ziel, die finanzielle Eigenständigkeit Sachsens anzustreben. Wir machen aber auch keine unrealistischen Versprechungen und wollen, dass Sachsen bei der Gestaltung des Länderfinanzausgleichs in den kommenden Jahren gut verhandelt. Das bedeutet auch, dass wir nicht nur durch Haushaltsdisziplin glänzen dürfen, sondern dass wir empfangenes Geld in sinnvolle Investitionsprojekte stecken.

Begründung

ie in diesem Absatz zu Recht verfolgte Schwerpunktsetzung im Bildungsbereich kann angesichts der anhaltenden Unterfinanzierung von Kitas, Schulen und Hochschulen zum Teil durch eine entsprechende Schwerpunktsetzung im Haushalt realisiert werden. Zur Ehrlichkeit gehört jedoch auch, dass auch Einnahmeverbesserungen auf Landesebene (Grunderwerbssteuer) und Bundesebene (Einkommenssteuer) notwendig sind, um die im Programm angestrebten Verbesserungen im Bildungsbereich zu realisieren.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Haushalt und Finanzen

Gegenstand: GRÜNE Haushaltspolitik: zukunftsfähig,
nachhaltig und gerecht

Im Absatz von Zeile 1088 - 1106:

Kurzfristigen positiven Effekten, die durch Schulden „erkauft“ werden, steht die eingeschränkte Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand in der Zukunft gegenüber. Wenn dem Staat die langfristige Handlungsfähigkeit genommen wird, dann ist das unsozial, insbesondere gegenüber kommenden Generationen. Wir wollen auch in Zukunft Steuergeld lieber für Kitas, Schulen, Hochschulen oder soziale Einrichtungen ausgeben statt für Zinsen, die die Banken kassieren. Deshalb haben wir die Einführung einer Schuldenbremse in die sächsische Verfassung unterstützt. Eine Konsequenz der Schuldenbremse ist, dass klare Prioritäten gesetzt werden müssen. Wir wissen, dass nicht alle unsere Forderungen sofort umgesetzt werden können, sondern anhand einer Prioritätenliste in Abhängigkeit der finanziellen Möglichkeiten abgearbeitet werden müssen.

Begründung

Das Landtagswahlprogramm enthält insgesamt unsere Ziele und Angebote für Sachsen. Diese sind jedoch häufig mit erheblichen finanziellen Aufwendungen verbunden. Wenn wir es ernst damit meinen, dass Schulden nicht unserem Verständnis von Nachhaltigkeit entsprechen, ist es unabdingbar eindeutig darzulegen, dass nicht alle unserer Forderungen zeitgleich und zeitnah umgesetzt werden können. Dies hat nichts damit zu tun, uns von unseren Zielen zu verabschieden und nicht mehr mit aller Kraft für ihre Verwirklichung zu kämpfen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Haushalt und Finanzen

Gegenstand: GRÜNE Haushaltspolitik: zukunftsfähig,
nachhaltig und gerecht

Im Absatz von Zeile 1107 - 1121:

Der Haushalt des Freistaates wird nur alle zwei Jahre in Form eines Doppelhaushaltes beschlossen. Doppelhaushalte führen regelmäßig zu Nachtragshaushalten. Das schränkt die Möglichkeiten des Landtages, die Haushaltsführung des Landes effizient zu steuern und zu kontrollieren, ein. Aktuelle Entwicklungen können so nicht genügend berücksichtigt werden. Deshalb fordern wir eine jährliche Haushaltsaufstellung. Berechtigte, längerfristige Finanzierungsinteressen, insbesondere freier Initiativen und Vereine, wollen wir dabei durch geeignete Maßnahmen, z.B. Verpflichtungsermächtigungen, wahren.

Wir wollen mehr BürgerInnenbeteiligung bei der Haushaltsaufstellung auf Landesebene ermöglichen. BürgerInnen sollen die Möglichkeit erhalten, Vorschläge zum Haushalt zu machen und Stellung zum Haushalt zu ~~beziehen~~. beziehen

Begründung

Eine Reihe von Vereinen und Initiativen leisten wertvolle gesellschaftliche Arbeit in verschiedenen Bereichen. Deren finanzielle Absicherung darf sich durch die Rückkehr zur jährlichen Haushaltsaufstellung möglichst nicht verschlechtern.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Haushalt und Finanzen

Gegenstand: GRÜNE Haushaltspolitik: zukunftsfähig,
nachhaltig und gerecht

Im Absatz von Zeile 1122 - 1132:

Der Gleichmäßigkeitsgrundsatz sorgt dafür, dass der Freistaat und seine Kommunen finanzpolitisch „in einem Boot“ sitzen. Wir setzen uns dafür ein, dass sich der Freistaat aus dieser fairen Partnerschaft nicht herausmogelt, indem er außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs de facto kürzt. So hat der Freistaat beispielsweise die Kita-Finanzierung in Höhe von 1.875 Euro pro Kind und Jahr seit 2005 nicht mehr erhöht und lässt die Kommunen auf den Kostensteigerungen der letzten neun Jahre sitzen. Wir halten dies für falsch und wollen den bewährten partnerschaftlichen Geist des kommunalen Finanzausgleichs bewahren. Diesen wollen wir stärken und dafür bevormundende staatliche Förderprogramme abbauen. So schaffen wir mehr Transparenz und Entscheidungsrechte für kommunale Gremien und in Bürgerhaushalten.

Begründung

Kommunen tätigen Investitionen fasst nur noch, wenn es ein entsprechendes Förderprogramm gibt.
Vorteile:

- zielgerichtete Umsetzung übergeordneter politischer Ziele/Anreizsetzung
- für notwendig erachtete Investitionen werden flächendeckend angegangen - Vervielfachung des gewünschten Effektes auch und gerade durch Eigenmitteleinsatz
- Kontrolle der Mittelverwendung
- direkte Verfügbarkeit der Evaluierungsdaten aus den Verwendungsnachweisen

Nachteile:

- keine Rücksichtnahme auf Prioritäten vor Ort/ Verzerrung der Prioritätensetzung
- wenn Eigenanteil nicht aufgebracht werden kann, wird nicht investiert bzw. es werden die Schulden erhöht - Verschuldungsdruck wächst
- „Verzerrungen durch die notwendige Bürokratie“ (aus dem Wahlprogramm 2009)
- erheblicher Verwaltungsaufwand bei Zuwendungsgeber und -empfänger
- hoher Koordinierungsaufwand
- kaum Kontinuität und Verlässlichkeit bei Förderzielen
- Abwarteeffekt - potentieller Zuwendungsempfänger wartet auf geeignetes Förderprogramm und bleibt solange untätig
- Mitnahmeeffekte - Zuwendungsempfänger hätte die Maßnahme auch ohne Förderung umgesetzt
- Anreiznegierung - anstelle des Anreizes, neue Projekte zu kreieren, werden bereits geplante Projekte den Förderkriterien angepasst
- Unflexibilität und Unsicherheit aufgrund sachlicher und zeitlicher Bindung der Fördermittel (nur eigene Investitionsmittel des Freistaates sind automatisch in das neue Haushaltsjahr übertragbar, Zuwendungsmittel für kommunale Investitionen nur auf Antrag)
- „organisierte Verantwortungslosigkeit“ - alle Beteiligten betrachten nur ihren eigenen Finanzierungsanteil, keine Gesamtverantwortung/bei Fehlinvestitionen gegenseitige Schuldzuweisungen nicht ausgeschlossen und für Außenstehende kaum nachvollziehbar (Beispiel "Spaßbäder")
- unterschiedliche Förderprogramme für ein und denselben Grundsachverhalt
- Zuwendungsgeber kann "aus der Ferne" nur mit großem Prüfaufwand nachvollziehen, ob ein gefördertes Vorhaben wirklich sinnvoll ist
- notwendige Rechtskenntnisse für das Zuwendungsverfahren bindet Ressourcen bei Antragstellern und Zuwendungsgebern

Die Abwägung dieses Für und Wider spricht für ein Ende des "Teile und Herrsche" von Staat gegenüber den Kommunen. Die Entmündigung der demokratisch gewählten Kommunalparlamente muss auf das unvermeidbare Maß zurückgeschraubt werden.

C2-Ä1309-1 zu C2neu

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: Wir bewahren und schützen unsere Umwelt

Im Absatz von Zeile 1303 - 1317:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen, dass die Lärmkartierung und -aktionsplanung im Rahmen der EU-Richtlinien vollständig und insbesondere an den großen Verkehrsstrassen auch über die Landesgrenzen hinaus abgestimmt vorgenommen wird. Wir unterstützen Städte, die lärmindernde ~~Maßnahmen~~ Maßnahmen, wie innerstädtische Tempolimits oder andere geeignete Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in Innenstädten und Wohngebieten durchführen, indem wir die gesetzlichen Möglichkeiten dazu schaffen. Wir wollen mit einem Landesprogramm passive Schallschutzmaßnahmen für besonders laute Bahnabschnitte und Staatsstraßen fördern und nachträgliche Lärmschutzmaßnahmen unabhängig von Neu- und Umbauten beschleunigen.

C2-Ä1319-1 zu C2neu

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Jürgen Kasek (KV Leipzig)

Gegenstand: Wir bewahren und schützen unsere Umwelt

Im Absatz von Zeile 1318 - 1328:

Der ~~Straßenverkehr, insbesondere der Schwerlastverkehr~~Straßenverkehr ist ein Hauptverursacher der Luftbelastung durch ~~Stickstoffdioxid~~Feinstaub und ~~Feinstaub~~. ~~Die Umsetzung der EU-Feinstaubrichtlinie wurde bislang, trotz der enormen gesundheitlichen Risiken, nicht konsequent verfolgt.~~Stickoxide. Wir wollen flächendeckend wirkungsvolle Aktions- und ~~Luftreinhaltepläne, und mit technischen als auch nichttechnischen Maßnahmen, wie~~Luftreinhaltepläne in strikter Umsetzung der ~~Verminderung des Schwerlastverkehrs auf der Straße, dazu beitragen, dass die Eu-Grenzwerte eingehalten werden.~~EU-Vorgaben. Erstellung und Umsetzung sollen fachlich begleitet und finanziell gefördert werden. ~~Die Individualklagerechte~~Auch die Verbrennung von Holz in Kleinfeueranlagen führt zu einer deutlichen Belastung der Betroffenen wollen wir stärken. Luft mit Feinstaub und giftigen Kohlenwasserstoffen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch für Kleinfeueranlagen Emmissionsgrenzwerte festgesetzt werden, verbunden mit der Pflicht die Anlage nachzurüsten oder stillzulegen, wenn die Grenzwerte nicht eingehalten werden. Der Schutz der Gesundheit hat für uns Vorrang vor dem Interesse der Betreiber durch die Holzverbrennung Heizkosten zu senken.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Jens Bitzka (KV Bautzen)

Gegenstand: Wir bewahren und schützen unsere Umwelt

Im Absatz von Zeile 1318 - 1328:

Der ~~Straßenverkehr, insbesondere der Schwerlastverkehr~~ Straßenverkehr ist ein Hauptverursacher der Luftbelastung durch ~~Stickstoffdioxid~~ Feinstaub und ~~Feinstaub~~ Stickoxide. Die Umsetzung der EU-Feinstaubrichtlinie wurde ~~bislang, trotz der enormen gesundheitlichen Risiken, nicht konsequent verfolgt.~~ durch die schwarz-gelbe Koalition nur halbherzig begleitet. CDU und FDP machten bspw. gemeinsam Front gegen die Stadt Leipzig, als diese eine Umweltzone einführte.

Wir wollen flächendeckend wirkungsvolle Aktions- und ~~Luftreinhaltepläne, und mit technischen als auch nichttechnischen Maßnahmen, wie der Verminderung des Schwerlastverkehrs~~ auf Luftreinhaltepläne in strikter Umsetzung der ~~Straße, dazu beitragen, dass die Eu Grenzwerte eingehalten werden.~~ EU-Vorgaben. Erstellung und Umsetzung sollen fachlich begleitet und finanziell gefördert werden. ~~Die Individualklagerechte der Betroffenen wollen wir stärken.~~

Rauchmelderpflicht auch in Sachsen
Jährlich gibt es in Deutschland rund 500 Brandtote, 5000 Brandverletzte mit Langzeitschäden und über eine Milliarde Euro an Brandschäden im Privatbereich. Deshalb ist in den meisten Bundesländern die Installation von Rauchmeldern gesetzlich vorgeschrieben. In Sachsen ist die Landeregierung aber gegen eine Rauchmelderpflicht. Wir unterstützen die Forderung des Landesfeuerwehrverbandes Rauchmelder endlich auch in Sachsen zur Pflicht zu machen.

C2-Ä1331-1 zu C2neu

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: Wir bewahren und schützen unsere Umwelt

Im Absatz von Zeile 1329 - 1329:

Neu hinzufügen:

Durch die Verbreitung von drahtlosen Empfangsgeräten erhöht sich die elektromagnetische Strahlung. Wir wollen im Sinne eines vorbeugenden Gesundheitsschutzes dafür sorgen, dass die Belastungen durch Elektromog möglichst minimiert und Grenzwerte durchgesetzt und überprüft werden. Wir wollen die Information und Beteiligung von Gemeinden und Öffentlichkeit vor Baubeginn einer Funksendeanlage sicherstellen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: Wir bewahren und schützen unsere Umwelt

Im Absatz von Zeile 1329 - 1329:

Neu hinzufügen:

Durch die Verbreitung von drahtlosen Empfangsgeräten erhöht sich die elektromagnetische Strahlung. Wir wollen im Sinne eines vorbeugenden Gesundheitsschutzes dafür sorgen, dass die Belastungen durch Elektromog möglichst minimiert und Grenzwerte durchgesetzt werden. Wir wollen die Information und Beteiligung von Gemeinden und Öffentlichkeit vor Baubeginn einer Funksendeanlage sicherstellen. Lichtverschmutzung reduzieren
„Der schleichende „Verlust der Nacht“ ist vielen Städtern auch in Sachsen erst langsam bewusst geworden: Erst konnten sie die Milchstraße nicht mehr sehen, dann verschwanden auch die helleren Sterne in den Lichtglocken über unseren Städten. Und diese Lichtglocken reichen weit in das Umland und wirken stark auf die belebte Natur ein. Nachtaktive Tiere wie Insekten, Vögel, Säugetiere geraten „aus dem Takt“, viele verenden an Lampen und Laternen, Vögel verlieren die Orientierung auf ihrem Zug in den Süden oder zerschellen an hell erleuchtende Fassaden. Unabhängig davon, dass die unnötig helle Beleuchtung der öffentlichen Räume eine enorme Energie- und somit Geldverschwendung ist, hat die Lichtverschmutzung auch erhebliche Konsequenzen für uns Menschen. Denn sie führt - wie der Lärm - zu Schlafstörungen und Depressionen und fördert durch die Unterdrückung des Hormons Melatonin bestimmte Arten von Krebs. Wir setzen uns deshalb für eine Unterbrechung der Außenbeleuchtung von Gebäuden und das Betreiben von großen Leuchtreklamen in der Zeit zwischen 00:00 Uhr und 6:00 Uhr ein. Die Umstellung der Straßenbeleuchtung in den Kommunen auf energiesparende und

naturschutzgerechte (warmgelbe) Leuchtmittel wollen wir fördern. Die Genehmigungsmöglichkeiten für den Betrieb von Diskobeamern wollen wir im Landesbaurecht deutlich erschweren.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: Wir bewahren und schützen unsere Umwelt

Im Absatz von Zeile 1330 - 1347:

Oberste Priorität hat für uns die Müllvermeidung. Durch Rohstoffeffizienz, Verbrauchsreduktion, Recycling und Förderung langlebiger, intelligent konzipierter und wiederverwendbarer Produkte wollen wir die Grundlagen für eine künftige Wirtschafts- und Produktionsweise schaffen, bei der weitestgehend kein Abfall mehr entsteht und in der die notwendigen Materialien und Wertstoffe immer besser Kreisläufen geführt werden. Wir stehen für eine konsequente Kontrolle von Abfallanlagen und Mülldeponien. Deponien, die nicht den Standards der Abfallablagerungsverordnung entsprechen und das Grundwasser gefährden, müssen geschlossen werden. Wir wollen eine verstärkte staatliche ~~Fach- und Rechtsaufsicht~~Aufsicht aller abfallrechtlich relevanten Aktivitäten und eine bessere Kontrolle der sächsischen Deponien auf sachgemäße Sanierung und Betreibung. Wir fordern die lückenlose Aufklärung der Mängel in der Abfallüberwachung. Müllimporte nach Sachsen lehnen wir ab.

Umweltbildung

Wir wollen, daß sich mehr Menschen für Arten- und Biotopvielfalt engagieren. Eine Voraussetzung ist dafür der Ausbau einer anspruchsvollen Umweltbildung u.a. an den Schulen des Freistaates mit mehr praxisbezogener Ökologie in den Lehrpläne; mehr Exkursionen und Freilandexperimenten; spezieller Förderung z.B. von Schüler-Arbeitsgemeinschaften "Naturschutz" und einer Qualifizierung und Sensibilisierung der Lehrer und Lehrerinnen. Wir setzen uns für ~~die Rechte~~eine zuverlässige Finanzierung der ~~Kommunen ein, die~~Abfallentsorgungsträger von außerschulischen Umweltbildungsangeboten ein. Umweltbildung darf sich nicht nur auf Kinder und ~~-verwertung~~

~~nachhaltig, wirtschaftlich optimal~~ Jugendliche als Zielgruppen beschränken. Diese Thematik muß in viel stärkerem Maße als bisher an den Sächsischen Hochschulen und bürgernah zu organisieren. den Einrichtungen der Berufsausbildung verankert werden. Dies betrifft auch die politische Erwachsenenbildung, z.B. bei der Landeszentrale für Politische Bildung.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Jürgen Kasek (KV Leipzig)

Gegenstand: Respektvoller Umgang mit dem Leben der Tiere

Im Absatz von Zeile 1364 - 1384:

~~Grüne~~GRÜNE Jagdpolitik zielt auf die nachhaltige ~~Hege und Pflege des Waldes und der darin~~Nutzung wild ~~lebenden Tiere~~lebender, in ihrem Bestand nicht gefährdeter Tierarten ab. Alle einheimischen Wildtierarten wollen wir in geeigneten Lebensräumen erhalten bzw. ihre Wiederansiedlung fördern. Deshalb ist konsequente Bestandsregulierung des Schalen- und des Schwarzwilds ebenso Bestandteil GRÜNER Jagdpolitik wie Schonzeiten und der Schutz von bedrohten Tierarten, die nicht bejagt werden dürfen. Die Liste der jagdbaren Tierarten im Jagdgesetz wollen wir entsprechend eng begrenzen. Alle dann nicht mehr gelisteten Tierarten sollten ausschließlich dem Naturschutzgesetz unterliegen. Wir lehnen die jagdrechtliche Einordnung des Wolfes grundsätzlich ab. Der Wolf gehörte lange Zeit zu den in Sachsen heimischen Tieren, wanderte selbstständig wieder in seine ursprüngliche Heimat ein und bedarf des besonderen Schutzes.

Neu hinzufügen:

Verwilderte Haustiere wie Hunde und Katzen stellen eine Gefahr für andere zum Teil geschützte Tierarten dar und stören das ökologische Gleichgewicht. Wir setzen uns dafür ein, dass verwilderte Haustiere unverzüglich, mit der Kostenlast des vormaligen Eigentümers, wieder eingefangen werden und das Ökosystem nicht stören.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: Landwirtschaft im Einklang mit der Natur

Im Absatz von Zeile 1399 - 1428:

~~Ackerböden sind lebendige Ökosysteme, in denen~~Für eine Vielfalt von Organismen zusammen wirkt. Nur so kann~~nachhaltige und soziale Landwirtschaft Auch die sächsische Landwirtschaft befindet sich in einem dramatischen Strukturwandel, das Höfesterben entzieht dem ländlichen Raum mehr und mehr die Existenzgrundlage. Die landwirtschaftliche Produktion steht stark im Fokus der Boden Öffentlichkeit und oft in der Kritik, ob es um illegalen Antibiotikaeinsatz in der Mast, falsch deklarierte Bioeier oder tierquälerische Haltungsformen geht. Junge Menschen, selbst erneuern, nur so ist ein gesundes Wachstum von Pflanzen möglich. Nachhaltig~~wenn sie vom Hof stammen, streben in die Städte und langfristig verantwortbar~~in weniger anstrengende Berufe. In 70% aller sächsischen Betriebe~~ist daher nur der ökologische Landbau, weil nur er die Lebensfähigkeit~~Nachfolgefrage ungeklärt. Dauersubventionen speisen bis zu 50% des Bodens für die Zukunft sichert~~Betriebsgewinns. Die schwierige Situation der Frauen auf den Höfen und ihre Mehrfachbelastung als Ehefrau, Arbeitnehmerin in anderen Firmen und Mitarbeiterin auf Dauer ausreichend gesunde Nahrungsmittel erzeugen kann. In Sachsen werden derzeit nur vier Prozent~~dem Hof wird zwar registriert aber als unvermeidlich hingenommen. Der Umbau der landwirtschaftlichen Fläche ökologisch bewirtschaftet. Während die sächsischen VerbraucherInnen immer mehr Bio-Produkte kaufen, kann deren Nachfrage bisher bei weitem~~intensiven Landwirtschaft in eine naturverträglichere und soziale Landwirtschaft ist daher alternativlos. Bündnis 90/Die Grünen setzen~~nicht durch die regionale Produktion gedeckt werden.~~

~~Mehr ökologisch bewirtschaftete Flächen sind sowohl durch Umstellen vorhandener Landwirtschaftsunternehmen~~nur auf ~~ökologischen Landbau~~ als einen Ausbau der Ökolandwirtschaft sondern auch ~~durch Neugründung ökologisch wirtschaftender Betriebe möglich.~~

~~BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN~~auf nachhaltigere Bewirtschaftung in Sachsenkonventionellen Betrieben. Wir wollen eine umwelterhaltende Pflanzenproduktion, eine artgerechte Tierhaltung, und wir wollen eine soziale Landwirtschaft, die bäuerliche, ökologische Landwirtschaft unterstützen ohne Selbstausbeutung und fördern. Einseitig auf Leistungsmerkmale überzüchtete, genetisch besonders krankheitsanfällige Kulturpflanzensorten und Nutztierassen ohne Subventionen existieren kann.

Boden als Grundlage unserer Ernährung Unsere Böden sind einem hohen Nutzungsdruck ausgesetzt. Sie müssen zuvorderst unserer Ernährung dienen. Der vielfach geforderte Ersatz von synthetischen Düngern, Antibiotika Futtermittelimporten (v.a.D. gentechnisch verändertes Soja) durch heimische Futterpflanzen wird zu einer weiteren Flächennachfrage führen. Daher sind Überlegungen über eine Ausdehnung der energetischen und dem Einsatzstofflichen Nutzung von Pestiziden abhängig. Das Ziel „Klasse statt Masse“ muss bei Agrarprodukten zurückzustellen. Boden ist zudem zum Spekulationsobjekt geworden. In Sachsen sind rd. 70% Pachtland, und die große Nachfrage insbesondere nach Bioenergie und die EU-Flächenprämien haben zu einem starken Anstieg der Züchtung Pachtpreise geführt. Branchenfremde, finanzkräftige Investoren kaufen derzeit Ackerland auf, um Pachtbedingungen diktieren und Auswahlhohe Renditen einstreichen zu können. Daher fordern Bündnis 90/Die Grünen eine Verschärfung des Grundstückverkehrsgesetzes und den Erwerb der Sortenrestlichen BVVG-Flächen durch den Freistaat Sachsen, damit diese für eine ökologische Bewirtschaftung, für Hofgründungen und Rassen ansetzen.

~~BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen ermutigen erweiterungen oder als Ausgleich z.B. für Überflutungsflächen zum Naturschutz in Hochwasserschutz weiterverpachtet werden können.~~

Für eine Ökologisierung der Landwirtschaft. Wir wollenLandwirtschaft Der Boden kann uns nur ernähren, solange er ein landesfinanziertes Naturschutz Förderprogramm installieren, mit dem Maßnahmen flexibel, unbürokratisch lebendiges Ökosystem ist. Der ökologische Landbau sichert in besonderem Maße die Lebensfähigkeit des Bodens für unsere Zukunft, er ist das Vorbild zur Produktion hochwertiger Lebensmittel unter Einhaltung strenger Naturschutz- und ohne Vorfinanzierung umgesetzt Tierschutzkriterien und trägt zur Agrobiodiversität bei. Die große Nachfrage nach „Bioprodukten“ kann jedoch durch die heimische Produktion nicht gedeckt werden, denn in Sachsen werden können. Wir wollen alle über nur 4% der Flächen ökologisch bewirtschaftet. Die Vergabepaxis bei Agrarfördermittel

in Sachsen soll sich an ökologischen und sozialen Kriterien orientieren und insbesondere eine Kreislaufwirtschaft und die
~~gegebenen EU-Kontrollen hinausgehenden zusätzlichen sächsischen bürokratischen Schikanen abschaffen.~~
~~Wir~~Regionalwirtschaft stärken. Wir fordern ~~verbandsunabhängige, qualifizierte Beratungsangebote für Fragen~~eine verlässliche finanzielle Förderung bei der ~~ökologischen~~Umstellung auf Ökolandwirtschaft, verstärkte Beratungsangebote zu regionaler
Erzeugung, Verarbeitung und ~~Produktvermarktung für sächsische Betriebe. Das kann z. B. mithilfe der Errichtung~~Produktvermarktung.
Dazu gehört die Einrichtung eines Kompetenzzentrums Ökolandbau Sachsen ~~geschehen.~~und einer Professur für ökologische Tierhaltung.
Die bisherige Agrarförderung bevorzugt personalextensive Großbetriebe, deshalb begrüßen wir die Bindung eines Teils der Fördergelder an ökologische Kriterien. Darüber hinaus fordern wir Obergrenzen bei den Flächenprämien in Abhängigkeit von der Zahl der Arbeitskräfte je Betrieb.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Jürgen Kasek (KV Leipzig)

Gegenstand: Landwirtschaft im Einklang mit der Natur

Im Absatz von Zeile 1399 - 1428:

Ackerböden sind lebendige Ökosysteme, in denen eine Vielfalt von Organismen zusammen wirkt. Nur so kann sich der Boden selbst erneuern, nur so ist ein gesundes Wachstum von Pflanzen möglich. Nachhaltig Konventionell genutzte Böden verlieren pro Jahr 1 bis 2 % ihres Humusgehaltes und laugen aus. Auch die voranschreitende Bodenerosion durch Wind und Wetter stellt ein Problem dar, dass wir durch ökologisch, nachhaltige Anbautechniken lösen wollen. Trotz aller Fortschritte bei der Verminderung der Überversorgung der Böden mit Stickstoff wird immer noch zuviel ausgebracht. Humusabbau einerseits und Überdüngung andererseits führt zu Eutrophierung der Böden, gefährdet die Artenvielfalt und das Grundwasser. Um den Stickstoffeintrag zu vermindern wollen wir den Biolandbau stärken, Gewässerschutzstreifen festlegen, entlang von Naturschutzgebieten Schutzstreifen lassen und den Eintrag von Abwasser und Gülle aus Biogasanlagen begrenzen. Nachhaltig und langfristig verantwortbar ist ~~daher~~ nur der ökologische Landbau, weil nur er die Lebensfähigkeit des Bodens für die Zukunft sichert und auf Dauer ausreichend gesunde Nahrungsmittel erzeugen kann. In Sachsen werden derzeit nur vier Prozent der landwirtschaftlichen Fläche ökologisch bewirtschaftet. Während die sächsischen VerbraucherInnen immer mehr Bio-Produkte kaufen, kann deren Nachfrage bisher bei weitem nicht durch die regionale Produktion gedeckt werden. Mehr ökologisch bewirtschaftete Flächen sind sowohl durch Umstellen vorhandener Landwirtschaftsunternehmen auf ökologischen Landbau als auch durch Neugründung ökologisch wirtschaftender Betriebe möglich.

BÜNDNIS

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen die bäuerliche, ökologische Landwirtschaft unterstützen und fördern. Einseitig auf Leistungsmerkmale überzüchtete, genetisch besonders krankheitsanfällige Kulturpflanzensorten und Nutztierassen sind von synthetischen Düngern, Antibiotika und dem Einsatz von Pestiziden abhängig. Das Ziel „Klasse statt Masse“ muss bei der Züchtung und Auswahl der Sorten und Rassen ansetzen. Um den Artenreichtum in der Agrarflur zu fördern wollen wir Leitarten in Zusammenarbeit mit Naturschutzverbänden und Fachwissenschaftlern definieren.

Begründung

Die Überdüngung und Eutrophierung der Böden stellt ein schwerwiegendes Problem der Landwirtschaft dar und muss stärker als bislang thematisiert werden. Hier zeigt sich das der Schutz von Boden in 2 unterschiedlichen Kapiteln nicht zielführend ist.

UnterstützerInnen

Leonhard Kasek (KV Leipzig)

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: Landwirtschaft im Einklang mit der Natur

Im Absatz von Zeile 1429 - 1450:

~~Raus aus der Gentechnik!~~

~~Der~~ Keine Agrogentechnik in Sachsen Der Anbau ~~genmanipulierter gentechnisch veränderter~~ Kulturpflanzen ist mit unkalkulierbaren Risiken ~~verbunden. Deshalb lehnen die meisten Menschen in Sachsen deren Anbau ab. Agro-Gentechnik befördert weltweit Monokulturen~~ verbunden und ~~gefährdet Umwelt, Arbeitsplätze und die gentechnikfreie Produktion. Sie bedroht die Wahlfreiheit der VerbraucherInnen, sich für gentechnikfreie und ökologische Lebensmittel entscheiden zu können. Haupteinfallstor für die Agro-Gentechnik sind gentechnisch veränderte Futtermittel. Agro-Gentechnik macht LandwirtInnen noch abhängiger~~ Landwirte von wenigen weltweit agierenden ~~Konzernen.~~

~~BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine agrogentechnikfreie Land-~~ Chemie- und Lebensmittelwirtschaft in Sachsen. Saatgutkonzernen abhängig. Wir wollen, dass ~~der Anbau genmanipulierter Pflanzen in Sachsen~~ ihr Anbau dauerhaft ausgeschlossen bleibt und lehnen ~~daher~~ auch ~~jegliche Züchtung genmanipulierter~~ eine Züchtungsförderung von gentechnisch veränderten Pflanzen und Tieren ab. Wir ~~setzen uns darüber hinaus für~~ unterstützen alle Initiativen zu gentechnikfreien Regionen. Ein Problem stellen die importierten Futtermittel aus gentechnisch veränderten Pflanzen dar, besonders Soja. Deshalb wollen wir eine ~~transparente Kennzeichnung gentechnischer Veränderungen~~ Kennzeichnungspflicht bei ~~in den Handel kommenden Produkten ein,~~ Handelswaren, auch für tierische Produkte, bei ~~Fleisch, Milch und Käse von Tieren, die mit deren Erzeugung gentechnisch veränderten Erzeugnissen gefüttert~~ veränderte

Futtermittel eingesetzt wurden. ~~Der~~Wir wollen den Anbau einheimischer ~~Eiweißfutterpflanzen,~~Eiweißfutterpflanzen wie ~~der~~ Ackerbohne und Futtererbse ~~wollen wir wiederbeleben.~~ ~~Wir unterstützen Initiativen~~wiederbeleben, die Züchtung einer für ~~gentechnikfreie Regionen und Kommunen.~~den Anbau in Sachsen geeigneten, gentechnikfreien Sojabohne soll wieder aufgenommen werden. Mit dem ~~Netzwerk gentechnikfreier Regionen beitreten.~~Anbau dieser heimischen Pflanzen können nicht nur Importe zurück gedrängt werden. Sie tragen als Leguminosen durch ihre Symbiose mit Knöllchenbakterien zur Stickstoffanreicherung im Boden bei und bereichern die Fruchtfolgen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: Landwirtschaft im Einklang mit der Natur

Im Absatz von Zeile 1451 - 1463:

~~Pestizideinsätze reduzieren~~

~~Der~~Pestizideinsatz reduzieren Der hohe Pestizideinsatz in der Landwirtschaft ist eine der Hauptursachen für den Rückgang der biologischen Vielfalt in der Agrarlandschaft. Agrochemikalien gefährden viele Arten, sie bedrohen alleine in Sachsen 13 ~~Biotoptypen. Langzeitfolgen können dabei noch gar nicht abgeschätzt werden. Angesichts der Tatsache, dass heute über 40 Prozent der Ackerflächen mindestens einmal im Jahr mit,~~Biotoptypen, und sie sind auch eine Gefahr für die Menschen. Wir wollen daher insbesondere den ~~Menschen gefährlichen,~~flächenhaften Einsatz von Totalherbiziden ~~(Unkrautbekämpfungsmittel) behandelt werden, fordern wir den größtmöglichen Verzicht auf Pestizide.~~(insbesondere Glyphosaten wie Roundup) zurück drängen und setzen uns zum Schutz der Bienen für ein endgültiges Verbot von Neonicotinoiden ein. Wir wollen erreichen, dass in der sächsischen Landwirtschaft ~~nur noch~~möglichst wenige Agrochemikalien eingesetzt werden, deren ~~Unbedenklichkeit,~~Unbedenklichkeit zudem auch für Arten und ~~Lebensräume,~~Lebensräume von den Herstellern zweifelsfrei nachgewiesen ist.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ländliche Räume, Landwirtschaft und Forst

Gegenstand: Landwirtschaft im Einklang mit der Natur

Im Absatz von Zeile 1464 - 1513:

~~Schluss mit der industriellen~~

~~Massentierhaltung!~~ Artgerechte Nutztierhaltung fördern

Tiere sollten stets ~~unter~~ art- und ~~verhaltensgerechten~~ Bedingungen ~~verhaltensgerecht~~ gehalten werden. ~~Industrieartige Großställe, in denen Legehennen, Masttiere und geflügel, In~~ Massentierhaltungsanlagen, aber auch ~~Milchkühe auf engstem Raum~~ gehalten werden, können ~~art- und verhaltensgerechter Tierhaltung~~ in keiner Weise gerecht werden. Gerade weil die Landwirtschaft staatlich subventioniert ist, ~~fordern immer mehr Menschen~~ tiergerechte ~~kleinen~~ und ~~umweltverträglichen~~ mittleren Betrieben werden Nutztiere dagegen all zu oft unter artfremden und zum Teil unwürdigen Bedingungen ~~ein. Aufgrund~~ gehalten. Tierquälerische Praktiken wie das betäubungslose Kupieren der ~~erhöhten Belastung durch Transporte, Gerüche, Staub~~ Schwänze oder Kastrieren von Ferkeln, das Schnabelkürzen bei Legehennen, das millionenfache Töten männlicher Eintagsküken oder das Enthornen von Kälbern sind leider gängige Praxis und müssen endlich verboten werden. Wir fordern ein Umdenken in der Tierzucht, weg von Spitzenleistungen, Qualzuchten und Turbomast, hin zu Lebensleistung und ~~Keime~~ Langlebigkeit. Die Haltungsformen sollen sich an den ~~Standorten solcher Großanlagen~~ regt sich zudem Bedürfnissen der ~~wachsende Widerstand~~ Tiere und nicht an der Gewinnmaximierung der Betriebe orientieren. Wir GRÜNE wollen alle Formen der Anbindehaltung baldmöglichst abschaffen, ohne Übergangsfristen zu verlängern. Wir brauchen am Tierwohl orientierte Regeln für Bestandsobergrenzen, Besatzdichten und Platzangebote, sowie eine konsequente Durchsetzung des Verbotes des

Antibiotikaeinsatzes in der Tiermast. Bei der Schlachtung und dem Transport sollen durch AnwohnerInnen. Es wachsen strengere Kontrollen bestehende Tierschutzvorschriften eingehalten werden. Um Transportzeiten zu minimieren, brauchen wir kleinere, dezentrale Schlachthöfe, die Bedenken, dass außerdem die regionale Wirtschaftskraft stärken. Tierschutzlabel wie „Neuland“ oder die Tierschutzlabel des Deutschen Tierschutzbundes bieten wichtige Anreize, die Haltungsbedingungen unserer Nutztiere auch in konventionellen Betrieben zu verbessern. Aber das gibt es nicht zum Nulltarif: Qualitätsfleisch aus artgerechter Tierhaltung zu Discountpreisen ist ein Widerspruch in sich.

Schluss mit der industriellen Massentierhaltung!

Industrielle Großstallanlagen, in denen Nutztiere wie Legehennen, Mastgeflügel und Schweine in großer Zahl und auf engem Raum gehalten werden, widersprechen einer artgerechten Tierhaltung. Derartige Tierfabriken beeinträchtigen zudem das Orts- und Landschaftsbild beeinträchtigen Landschaftsbild, und sie stellen die Funktion der ländlichen Räume als Erholungs- und Tourismusgebiete infrage stellen. Sachsen in Frage. Die AnwohnerInnen wehren sich gegen hohe Belastungen durch Transportlärm, Gerüche, Staubemissionen und Keime. Weil die Landwirtschaft hoch subventioniert wird, haben die Menschen das gute Recht, dafür umweltverträgliche und tiergerechte Bedingungen einzufordern. Sachsen hat aber ausgerechnet dagegen die Errichtung neuer Massentieranlagen von Massentierhaltungsanlagen durch z. T. branchenfremde Investoren mit öffentlichen Fördermitteln massiv unterstützt. Oft sind unterstützt, obwohl diese Anlagen zudem oftmals nicht einmal in die einheimische heimische Landwirtschaft integriert.

Wir integriert sind. Wir sächsischen GRÜNEN wollen die pauschale fordern ein Ende aller Förderprogramme für solche Massentierhaltungsanlagen. Eine Förderung der Massentierhaltung durch eine nachhaltige, soll sich ausschließlich an tierschutzgerechten, ökologischen und tierschutzgerechten nachhaltigen Kriterien orientierte Förderung ablösen.

Das Abgabeverbot von Antibiotika zu bloßen Wachstumszwecken orientieren. Der Privilegierung derartiger Anlagen im Außenbereich muss besser kontrolliert werden. Tiere sollen nur dann mit Medikamenten behandelt im Baugesetzbuch ein Riegel vorgeschoben werden, wenn sie krank sind. Ein Kontrollmechanismus, um den restriktiven Antibiotikaeinsatz sicherzustellen ist z. flankiert durch strenge bauliche Auflagen (z. B. die Stärkung der Amtsveterinäre durch entsprechende der Aus- und Weiterbildung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beim Brandschutz) in Sachsen fordern, dass Richtlinien für eine Mindestzeitspanne der Mast aufgestellt werden,

~~die sich an den natürlichen Wachstumszeiten der jeweiligen Arten orientieren. Die künstliche Verkürzung der Aufzucht bzw. Mastdauer durch Qualzucht oder einseitige Fütterung mit Kraftfutter muss beendet werden. Nachhaltige Landwirtschaft bedeutet auch, dass die Lebensleistung von Nutztieren Vorrang vor der Jahresleistung haben muss. Das heißt, dass Zuchtformen **Landesbauordnung** und Haltungssysteme zu bevorzugen sind, die zwar eine geringere Jahresleistung haben, bei denen aber Legehennen länger als ein Jahr legen und Milchkühe länger als drei Jahre gemolken werden können. Tierquälerei Praktiken wie die Schwanzamputation bei Schweinen, das Schnabelkürzen bei Legehennen oder das Töten männlicher Eintagsküken müssen beendet werden. Bei Schlachtung und Transport der Tiere muss der Tierschutz konsequent eingehalten werden. Wir wollen auch erreichen, dass die Transportzeiten der Tiere minimiert werden. In großen, zentral verorteten Schlachthöfen besteht darüber hinaus immer die Gefahr, dass sich gefährliche Keime ausbreiten. Unterhalb der Schwelle zum Ökolandbau sollen für konventionelle Tierzuchtbetriebe unterschiedliche Stufen der Haltung definiert und bei den Erzeugnissen leicht erkennbar angegeben werden. Bei Hühnereiern ist dies seit Jahren der Fall. Ein erster Schritt sind die Tierschutzlabel des Deutschen Tierschutzbundes. Damit werden auch konventionelle Züchter angeregt, ihre Tiere unter möglichst guten Bedingungen zu halten. **im Bundesimmissionsschutzgesetz.**~~

C5-Ä1523-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: Mit dem Wasser leben

Im Absatz von Zeile 1517 - 1538:

Auen sind einzigartige Lebensräume. In Sachsen gibt es diese natürlichen Flussauenlandschaften kaum noch. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein umfassendes und konsequent umzusetzendes Deichrückverlegungsprogramm und breite Pufferzonen zwischen landwirtschaftlich genutzten Flächen und Auwäldern bzw. Gewässerufeln schaffen. Die Bodenbearbeitung ~~soll nur noch bodenschonend, mit einem weitgehenden Verzicht auf Schwarzbrache~~ muss bodenschonend und bodenerhaltend erfolgen. Wegen ihrer starken Anfälligkeit für Wind- und Wassererosion sind vegetationsfrei gehaltene Brachen dabei weitestgehend durch Grünbrachen zu ersetzen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: Mit dem Wasser leben

Im Absatz von Zeile 1517 - 1538:

Quellen und Bachoberläufe können durch Rückbau landwirtschaftlicher Drainagesysteme renaturiert werden. Den Gebirgsbächen wollen wir mehr Raum geben. Wasserkraftausbau muss im Einklang mit Naturschutz stehen, indem Mindestmengen an Wasser im ursprünglichen Flussverlauf und funktionstüchtige Fischtreppen gewährleistet werden. Naturnahe Ufergehölze sind als stabilisierende Elemente zu erhalten. Durch ein landesweites Renaturierungsprogramm wollen wir eine gute ökologische Gewässerqualität in Sachsen erreichen.

Wasserqualität und Abwasserbehandlung

Auch wenn sich die Qualität der Gewässer in Sachsen in den letzten zwei Jahrzehnten erheblich verbessert hat, führen Abwässer und Oberflächenabflüsse immer noch zu ~~erheblichen Schäden. In den noch immer zu starken Belastungen von Stand- und Fließgewässern.~~ Hinzukommen erhebliche Belastungen durch Nitrate und Phosphate aus der Landwirtschaft, Versauerungen insbesondere in Gebirgsbächen ~~beeinträchtigt die Versauerung viele Organismen erheblich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die EU-Wasserrahmenrichtlinie~~ und -flüssen, aber auch zunehmende Verunreinigungen durch ~~konsequent umsetzen. Durch ein landesweites Renaturierungsprogramm wollen wir~~ Medikamente, Antibiotika aus der Landwirtschaft oder andere chemische Verbindungen, die ~~chemischen~~ in Kläranlagen nicht herausgefiltert werden können. Wir wollen an den Belastungsquellen ~~reduzieren~~ ansetzen und setzen dabei u.a. auf eine gute Gewässerqualität in Sachsen erreichen. konsequente Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Wir setzen uns für eine konsequente Vermeidungsstrategie z.B. beim Einsatz von Streusalzen ein und

fordern, dass für nicht verbrauchte Medikamente eine Rücknahmepflicht seitens der Apotheken (wieder)eingeführt wird. Um den chemischen Zustand unserer Gewässer zu verbessern, sind eine Extensivierung der Landwirtschaft, die Einführung von mindestens zehn Meter breiten Gewässerschutzstreifen sowie eine Reduzierung der Belastung aus Industrieanlagen, Haushalten und Altlastenverdachtsflächen notwendig.

Die Abwasserbeseitigungskonzepte müssen an die demografische Entwicklung sowie an die regional sehr unterschiedliche Verteilung der Bevölkerung angepasst werden. Wir setzen im ländlichen Raum auf dezentrale Lösungen, wie grundstücksbezogene Kleinkläranlagen oder dezentrale Gruppenanlagen. Auch Ausnahmen beim Anschluss- und Benutzungszwang müssen für abgelegene Wohneinheiten möglich werden. Einzelfallprüfungen sind unerlässlich.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Jürgen Kasek (KV Leipzig)

Gegenstand: Mit dem Wasser leben

Im Absatz von Zeile 1539 - 1578:

Die vergangenen Jahre zeigten eine klimabedingte Häufung von Extremwetterereignissen, insbesondere von regionalen Starkregenfällen und Hochwasser. ~~Mauern~~ Sowohl die Berichte des IPCC als auch die Analyse des Landesamtes für Umwelt und Geologie machen deutlich, dass in den nächsten Jahren mit einer Zunahme von Extremwetterereignissen zu rechnen ist.

Mauern und Dämme immer nur höher zu bauen, hilft nicht weiter. Zu schnell abfließende Niederschläge tragen zu gefährlich hohen Wasserständen flussabwärts bei. Wir wollen eine Neuausrichtung hin zu Hochwasserschutz auf der gesamten Fläche und einer Anpassung der menschlichen Nutzung von Bach- und Flussauen. Um Hochwassergefahren wirksam zu verringern, muss den Flüssen mehr Raum gegeben werden. Die Obere bzw. Mittlere Elbe hat bis heute bereits 76 Prozent ihrer Überschwemmungsflächen verloren. Mit gravierenden Folgen: Die Fließgeschwindigkeit erhöht sich, die Hochwasserscheitel fallen höher aus und treten eher ein.

Begründung

Ein Ausblick auf die Zukunft, zumal die Prognosen deutlich sind, ist notwendig um die absolute Notwendigkeit des Handelns zu verdeutlichen. Nur die Reflektion ist noch keine Erklärung für die Zukunft.

C5-Ä1581-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: Mit dem Wasser leben

Im Absatz von Zeile 1539 - 1578:

Der Freistaat muss Maßnahmen zur dezentralen ortsnahen Versickerung und Regenwasserrückhaltung auf den Grundstücken fördern. Städtische Auen sind als naturbelassene Erholungsgebiete, als Frischluftschneisen und als Überschwemmungsflächen zu nutzen. Kommunen und Privatpersonen müssen bei der Verlagerung von Wohn- und Gewerbenutzung aus mehrfach überfluteten Bereichen und beim Rückbau von Infrastruktur in besonders gefährdeten Gebieten unterstützt werden. Dazu schlagen wir die Verwendung von jährlich 2 Millionen Euro für einen Fonds zur Förderung der privaten Eigenvorsorge vor.

C5-Ä1598-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Ökologie

Gegenstand: Mit dem Wasser leben

Im Absatz von Zeile 1579 - 1595:

Wir fordern die sofortige Planung, Finanzierung und Errichtung von Reinigungsanlagen für die Spreezuflüsse und schnellstmögliche Maßnahmen zur deutlichen Verringerung von Eisenockereinträgen aus stillgelegten Tagebauen sowie Sulfateinträgen aus den in Betrieb befindlichen Tagebauen. Die Maßgaben nach dem Bundesberggesetz für den Betrieb und die Sanierung von Tagebauen müssen eingehalten, die bestehenden ~~Betriebspläne~~ Hauptbetriebspläne im Turnus von 2 Jahren und die bestehenden Rahmenbetriebspläne im Turnus von 10 Jahren überprüft, möglicherweise geändert und ergänzt werden.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden), Victor Vincze (KV Dresden)

Gegenstand: Teilhabe für alle: Sozialpolitik in Vielfalt

Im Absatz von Zeile 1630 - 1649:

Wir wollen als wesentliches Element der sozialräumlichen Planung lokale Gemeinwesenzzentren einrichten. Dafür können die bereits vorhandenen Strukturen von gut erreichbaren Stadtteilzentren, Gesundheitszentren, Familienzentren, Kitas, Mehrgenerationenhäusern oder Einrichtungen der Behinderten – und Jugendhilfe erhalten und weiterentwickelt werden. So kann gerade für den ländlichen Raum ein leichter, barrierefreier Zugang zu Hilfsangeboten sowie die Einbindung in lokale Netzwerke ermöglicht werden. Wir wissen, dass dafür ein umfassender Ausbau von barrierefreien Zugängen nötig ist und hier noch viel investiert werden muss.

Begründung

Wir sollten im Blick behalten, dass viele Räume nicht oder nur schlecht erreichbar sind für viele Menschen. Mit Blick auf den demografischen Wandel auch und gerade in ländlichen Räumen sollte daher hier ein besonderes Augenmerk hingelegt werden, wenn wir Orte für alle Menschen schaffen wollen.

D1-Ä1744-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Anne Lehmann (KV Dresden)

Gegenstand: Teilhabe für alle: Sozialpolitik in Vielfalt

Im Absatz von Zeile 1728 - 1753:

Streichen:

~~Auf der Ebene von Bundesgesetzen wird Kindern und Jugendlichen ein Anspruch auf Erholung zugebilligt. Dieses sinnvolle Element der Jugendarbeit muss in Sachsen weiterhin so gefördert werden, dass Erholungsmaßnahmen bzw. Ferienlager allen Kindern und Familien offenstehen.~~

Begründung

Absatz ist doppelt.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden), Victor Vincze (KV Dresden)

Gegenstand: Teilhabe für alle: Sozialpolitik in Vielfalt

Im Absatz von Zeile 1824 - 1881:

Die Pflege von alten Menschen, Kranken und der ersten Generation älterer Menschen mit Behinderungen stellt eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen der kommenden Jahre dar. Es bedarf struktureller Änderungen in diesem Bereich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen setzen sich insbesondere für die Verbesserung der lokal organisierten häuslichen Versorgung ein. Pflegende Angehörige brauchen mehr Unterstützung. Wir setzen uns deshalb für eine Pflegebegleitung ein.

Begründung

Es geht hier nicht pauschal um behinderte Menschen, sondern vorrangig jene, die Pflege brauchen -und dies überwiegend aus Altersgründen. Das sollte so klar und spezifisch benannt werden. Weiter Begründung ggf. mündlich.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Jürgen Kasek (KV Leipzig)

Gegenstand: Teilhabe für alle: Sozialpolitik in Vielfalt

Im Absatz von Zeile 1890 - 1907:

~~Suchtkrankenhilfe Drogen und Prävention stärken~~

~~Im Bereich Suchthilfe~~

~~Alkohol, Zigaretten, illegale Drogen wie Crystal, Heroin, Cannabinoide oder Glücksspiel — Sucht hat viele Gesichter. Im Mittelpunkt grüner Drogenpolitik steht der ambulanten Suchtkrankenhilfe wird ständig gekürzt. Ein Fachkraftschlüssel, Gedanke der Fachempfehlungen entspricht, ist immer noch nicht erreicht. Diese Einsparungen bei Eigenverantwortlichkeit des Handelns und der Suchtprävention ziehen erhebliche Folgekosten Aufklärung.~~

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wollen den Vielfältigen Suchtformen durch

Aufklärung begegnen. Daher setzen wir uns für das Gesundheitssystem nach sich. Nicht zuletzt die ansteigenden Zahleneine bedarfsgerechte Ausstattung von Delikten im Zusammenhang mit

Betäubungsmittelmissbrauch unterstreichen Beratungsangeboten ein.

Dazu zählen auch mobile Angebote, die dringende Notwendigkeit eines Landessuchthilfeplanes. Seit 2009 steigt die Zahl Aufklärung dort betreiben, wo Suchtgefahren entstehen, sowie Angebote der Crystal-KonsumentInnen als Hilfesuchende in den Suchtberatungsstellen in Sachsen drastisch an. Betroffen sind über die Hälfte aller Suchtberatungsstellen in Sachsen. Das sächsische

Suchthilfesystem akzeptierenden Sozialarbeit. Voraussetzung dafür ist damit überlastet. Zudem werden die bestehenden Hilfsangebote den Bedürfnissen der Crystal KonsumentInnen nicht gerecht, da diese schwerer inein Landessuchthilfeplan, der Suchtberatung zu erreichen sind als andere Abhängigkeitskranke. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in

~~Sachsen~~ eine Suchtberatungsstruktur aufbaut und kontinuierlich steuert und eine ausreichende Finanzierung dieser Angebote. Wir wollen innovative Modellprojekte zur Suchthilfe wie die Suchtprävention stärken kontrollierte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige und ~~eine Suchtberatungsstruktur in Sachsen aufbauen,~~ die ~~mithilfe eines Landessuchthilfeplans kontinuierlich gesteuert wird.~~ kontrollierte Abgabe von Cannabinoiden prüfen und unterstützen.

Begründung

Der jetzt unterbreitete Vorschlag vollzieht den Text, wie er auch in den Kommunalwahlprogrammen von Leipzig und Dresden zu finden ist nach und legt den Schwerpunkt auf Aufklärung und Eigenverantwortlichkeit. Insgesamt ist er kürzer und prägnanter. Das abstellen auf Crystal als Hauptproblem ist zwar nachvollziehbar wird aber der dynamischen Angebotsstruktur nicht gerecht, da der Drogenmarkt in ständiger Bewegung ist. Gerade in Leipzig etwa sind auch Ampethamine, neben dem angesprochen Methamphetamin und der Arzneimittelmisbrauch durch etwa Flunitrazepan als Problemstelle zu nennen. Zu den genannten Betäubungsmitteln kommen zudem in regelmäßigen Abständen neue hinzu, so dass keine starke Fokussierung vorgenommen werden sollte und das Problem eher abstrakt beschrieben werden sollte. Zweifellos müssen dabei auch Modellprojekte wie sie in Karlsruhe, Hamburg, Berlin und Bremen laufen auch für Sachsen in Erwägung gezogen werden.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Anne Lehmann (KV Dresden)

Gegenstand: Teilhabe für alle: Sozialpolitik in Vielfalt

Im Absatz von Zeile 1890 - 1907:

~~Suchtkrankenhilfe Drogen und Prävention stärken~~

~~Im Bereich der ambulanten Suchtkrankenhilfe wird ständig gekürzt. Ein Fachkraftschlüssel, der Fachempfehlungen entspricht, ist immer noch nicht erreicht. Diese Einsparungen bei der Suchtprävention ziehen erhebliche Folgekosten für das Gesundheitssystem nach sich. Nicht zuletzt die ansteigenden Zahlen von Delikten im Zusammenhang mit Betäubungsmittelmissbrauch unterstreichen die dringende Notwendigkeit eines Landessuchthilfeplanes. Suchthilfe~~

~~Alkohol, Zigaretten, illegale Drogen wie Crystal, Heroin, Cannabinoide oder Glücksspiel — Sucht hat viele Gesichter.~~

Seit 2009 steigt die Zahl der Crystal-KonsumentInnen als Hilfesuchende in den Suchtberatungsstellen in Sachsen drastisch an. ~~Betroffen sind über die Hälfte aller Suchtberatungsstellen in Sachsen.~~

Das sächsische Suchthilfesystem ist damit überlastet. Zudem werden die bestehenden Hilfsangebote den Bedürfnissen der Crystal-KonsumentInnen nicht gerecht, da diese schwerer in der Suchtberatung zu erreichen sind als andere Abhängigkeitskranke.

BÜNDNIS ~~90/DIE90/ DIE~~ GRÜNEN wollen den Vielfältigen Suchtformen durch Aufklärung begegnen und in Sachsen ~~wollen~~ die Suchtprävention stärken und eine Suchtberatungsstruktur ~~in Sachsen~~ aufbauen, die mithilfe eines Landessuchthilfeplans kontinuierlich gesteuert wird.

Dazu zählen auch mobile Angebote, die Aufklärung dort betreiben, wo Suchtgefahren entstehen, sowie Angebote der akzeptierenden Sozialarbeit. Im Mittelpunkt grüner Drogenpolitik steht der Gedanke der Eigenverantwortlichkeit des Handelns und der Aufklärung. Wir wollen innovative Modellprojekte zur Suchthilfe wie die

kontrollierte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige und die kontrollierte Abgabe von Cannabinoiden prüfen und unterstützen.

Begründung

In den sächsischen Suchtberatungsstellen ist bis Oktober 2013 der Hilfebedarf von Crystalabhängigen um weitere 37 Prozent im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Dieser Anstieg hat negative Auswirkungen auf die Arbeit in den Sucht- und Beratungsstellen. Denn die ebenso wichtige Beratung zu anderen Süchten (wie zum Beispiel Alkohol oder Glücksspiel) kommt folglich zu kurz. Des Weiteren ist in den Bereichen Jugendhilfe, Suchtkrankenhilfe, Schule und Jobcenter ein erhöhter Beratungsbedarf festzustellen. Vor allem in den Arbeitsfeldern der Jugendsozialarbeit stellen kognitive und psychische Langzeitfolgen von KonsumentInnen legaler und illegaler Drogen eine neue Herausforderung für Fachkräfte dar. Das Thema Crystal brennt in Sachsen und gerade die Landkreise (wie das Vogtland) stehen dabei vor Problemen. Durch Krankheit und Arbeitsunfähigkeit drohen große Belastungen für die Sozialkassen, zumal die Droge von der Grenzregion immer weiter ins Landesinnere ausstrahlt.

D1-Ä1987-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Andrea Rößner (KV Zwickau)

Gegenstand: Teilhabe für alle: Sozialpolitik in Vielfalt

Im Absatz von Zeile 1970 - 1986:

Der öffentliche Gesundheitsdienst muss gestärkt werden. ~~Die~~Dies kann jedoch nur durch eine Schaffung zusätzlicher Stellen ~~müssen tariflich attraktiver für Ärztinnen und Ärzte werden, sonst haben die Kommunen und Landkreise keine Möglichkeit mehr, ihren Personalbedarf an Ärzten zu decken.~~realisiert werden.

Begründung

Das Gehaltsgefüge in dieser Gruppe wird bereits überdurchschnittlich honoriert. Der ständig steigende Arbeitsaufwand von Amtsärzten kann nur durch mehr Personal abgedeckt werden und nicht durch höhere Gehälter

D1-Ä2038-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden), Victor Vincze (KV Dresden)

Gegenstand: Teilhabe für alle: Sozialpolitik in Vielfalt

Im Absatz von Zeile 2013 - 2041:

Streichen:

~~Wir Grünen fordern die Einführung einer Behandlungsvereinbarung für Menschen mit psychischen Erkrankungen. Betroffene haben so die Möglichkeit im Zustand voller Einwilligungsfähigkeit ihre Selbstbestimmtheit zu wahren.~~

Begründung

Absatz doppelt.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden)

Gegenstand: Teilhabe für alle: Sozialpolitik in Vielfalt

Im Absatz von Zeile 2042 - 2065:

Zu einem selbstbestimmten Leben für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen gehört auch das Recht auf ein Leben in der Gemeinschaft in den eigenen vier Wänden. Dafür notwendige Hilfemaßnahmen müssen am individuellen Bedarf ausgerichtet werden. Für uns gilt die Maxime „ambulant vor stationär“. Deshalb wollen wir ambulante Wohngemeinschaften für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen und Unterstützungs- und Pflegebedarf fördern. Dies setzt ein Angebot ambulanter und inklusiver Wohnformen, Unterstützung zum eigenständigen Wohnen und selbstbestimmten Leben und die Förderung von persönlicher Assistenz voraus, ergänzt durch Beratungs- und Unterstützungsangebote für **behinderte** Erwachsene, die ~~wegen ihrer Behinderung noch~~ bei ihren Eltern leben. Menschen mit Behinderungen sind ExpertInnen in ihren eigenen Angelegenheiten, deswegen unterstützen wir eine Wohn- und Lebensberatung von behinderten Menschen für behinderte Menschen.

Begründung

Die Formulierung "wegen" oder "trotz" stellt Behinderung immer als etwas besonders zu betonendes heraus, was aber oftmals nicht angemessen ist. Deshalb diese schlichte Formulierung, die mit dem Faktum 'Behinderung' anders umgeht, weil sie eine "Defizit"-Formulierung wie die hier ursprüngliche Fassung meidet.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Martin Schmidt (KV Chemnitz)

Gegenstand: Teilhabe für alle: Sozialpolitik in Vielfalt

Im Absatz von Zeile 2066 - 2078:

Die Förderung des Breitensports ist der Schwerpunkt GRÜNER Landessportpolitik. So gilt es insbesondere, Angebote im ländlichen Raum sicherzustellen. In den Großstädten treten wir für einen Sporthallenneubau ein. Hierfür werden wir ein Sonderprogramm des Landes auflegen. Auch in die Sportpolitik müssen Generationen-, Geschlechter- und Kultursensibilität Einzug halten. Zu berücksichtigen sind auch die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen: Auch im Sport bedarf es barrierefreier Angebote. Der Bau und die Gestaltung von Sportstätten und die Ausrichtung der Sportförderung können der Vielfalt in unserer Gesellschaft gerecht werden. Die künftige Landesregierung soll Möglichkeiten finden, auch solche Sportangebote zu fördern, die nicht innerhalb der klassischen Vereins- und Verbandsstrukturen, sondern durch freie Gruppen und lokale Initiativen organisiert werden.

Begründung

Bereits heute fehlen in Dresden, Leipzig, Chemnitz und Zwickau Turnhallenkapazitäten. Gerade im Winter trainieren bis zu 50 Menschen in einer Halle. In den Ballsportarten ist damit ein qualifizierter Trainingsbetrieb sehr schwer möglich. Die Nachfrage nach Hallenzeiten wird in diesen Städte aber weiter ansteigen. Wir sehen hier dringenden Handlungsbedarf.

D1-Ä2079-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden), Victor Vincze (KV Dresden)

Gegenstand: Teilhabe für alle: Sozialpolitik in Vielfalt

Im Absatz von Zeile 2066 - 2078:

Die Förderung des Breitensports ist der Schwerpunkt GRÜNER Landessportpolitik. So gilt es insbesondere, Angebote im ländlichen Raum sicherzustellen. Auch in die Sportpolitik müssen Generationen-, Geschlechter- und Kultursensibilität Einzug halten. Zu berücksichtigen sind auch die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen: Auch im Sport bedarf es barrierefreier Angebote. Der Bau und die Gestaltung von Sportstätten und die Ausrichtung der Sportförderung **könnenmüssen** der Vielfalt in unserer Gesellschaft gerecht werden. Die künftige Landesregierung soll Möglichkeiten finden, auch solche Sportangebote zu fördern, die nicht innerhalb der klassischen Vereins- und Verbandsstrukturen, sondern durch freie Gruppen und lokale Initiativen organisiert werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

D1-Ä2083-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Hendrik Schmidl, KV Chemnitz

Gegenstand: Teilhabe für alle: Sozialpolitik in Vielfalt

Im Absatz von Zeile 2066 - 2078:

Die Förderung des Breitensports ist der Schwerpunkt GRÜNER Landessportpolitik. So gilt es insbesondere, Angebote im ländlichen Raum sicherzustellen. Auch in die Sportpolitik müssen Generationen-, Geschlechter- und Kultursensibilität Einzug halten. Zu berücksichtigen sind auch die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen: Auch im Sport bedarf es barrierefreier Angebote. Der Bau und die Gestaltung von Sportstätten und die Ausrichtung der Sportförderung können der Vielfalt in unserer Gesellschaft gerecht werden. Die künftige Landesregierung soll Möglichkeiten finden, auch solche Sportangebote zu fördern, die nicht innerhalb der klassischen Vereins- und Verbandsstrukturen, sondern durch freie Gruppen und lokale Initiativen organisiert werden. Auch olympische Spiele im Sommer und Winter wollen wir in Sachsen dezentral (Dresden, Leipzig, Chemnitz usw.) austragen, da diese ja ohnehin irgendwo stattfinden und die Umwelt und Menschen schädigen, stehen wir für Menschen und Natur schonende Spiele und sind für die ersten Grünen Spiele.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Gerhard Sonntag (KV Zwickau)

Gegenstand: Teilhabe für alle: Sozialpolitik in Vielfalt

Im Absatz von Zeile 2091 - 2115:

Die vergangenen Jahre waren gekennzeichnet durch zahlreiche Skandale und Offenlegungen von Verbrauchertäuschungen. Wir fordern, dass die Zugabe von Inhaltsstoffen auf Verpackungen und in Produktbeschreibungen klar benannt wird. Wir brauchen eine stärkere Kontrolldichte bei Lebensmitteln und dafür mehr LebensmittelkontrolleurInnen. ~~Die~~ Dazu muss auch eine Anpassung der Laborkapazität in der Landesuntersuchungsanstalt erfolgen. Die gentechnische Veränderung von Pflanzen und Tieren lehnen wir grundsätzlich ab.

Begründung

Die kommunalen Lebensmittelkontrolleure entnehmen nur Proben, bei erhöhter Kontrolldichte fällt auch eine höhere Probenanzahl an, die analytisch, mikrobiologisch in dafür ausgerichteten Laboren zusätzlich untersucht werden muss.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Geschlechterpolitik

Gegenstand: Selbstbestimmtes Leben braucht Freiheit und Sicherheit

Im Absatz von Zeile 2134 - 2170:

Eine gut aufgestellte Polizei spiegelt den Querschnitt der Bevölkerung wider und ist in ihr fest verankert. ~~Wir~~

Für eine bürgerinnennahe Polizei

Wir setzen uns dafür ein, dass der Frauenanteil bei der Polizei erhöht und insbesondere auch in Führungspositionen ausgebaut wird.

Dafür bedarf es spezieller Weiterbildungsangebote und

Mentoringprogramme für Frauen. Zugleich brauchen wir auch in

Sachsen ~~beispielsweise~~ mehr Polizeibedienstete mit

Migrationshintergrund, da diese im Regelfall besser mit dem sozialen Umfeld und den Lebensumständen von Migrantinnen und Migranten vertraut sind.

Begründung

Dieser so kurze Abschnitt, bestehend aus nur einem Satz wirkt losgelöst. Zugleich passt dieser Satz gut in den Abschnitt „Für eine bürgernahe Polizei“ (Kapitel „Selbstbestimmtes Leben braucht Freiheit und Sicherheit“). Die Anpassung des vorgesehenen Folgesatzes im Abschnitt „Für eine bürgernahe Polizei“ dient dem besseren Einfügen des verschobenen Satzes in jenem Abschnitt.

D2-Ä2210-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden)

Gegenstand: **Selbstbestimmtes Leben braucht Freiheit und Sicherheit**

Im Absatz von Zeile 2199 - 2210:

Polizistinnen und Polizisten müssen für verschiedene Formen von Gewalt, die gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit - wie Fremdenfeindlichkeit, **Rassismus**, Homo- und Trans*phobie oder Behindertenfeindlichkeit - entspringt, sensibilisiert und zu einem vorurteilsfreien Umgang mit den Opfern befähigt werden.

Begründung

erfolgt mündlich.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Innocent Töpfer (KV Meißen), Jens Bitzka (KV Bautzen)

Gegenstand: Selbstbestimmtes Leben braucht Freiheit und Sicherheit

Im Absatz von Zeile 2347 - 2401:

Neu hinzufügen:

Rauchmelderpflicht für Sachsen
Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Sachsen unterstützen die Ansicht des Landesfeuerwehrverbands, dass eine Rauchmelderpflicht für Wohnräume auch in Sachsen umgesetzt werden muss.
Rauchmelder signalisieren den BewohnerInnen von Gebäuden im Notfall frühzeitig, dass ein Brand entsteht. Gerade in der Nacht, wenn der menschliche Geruchssinn kaum funktioniert, retten Rauchmelder damit zahlreiche Menschen vor dem Erstickungstod.
Sachsen ist, neben Berlin und Brandenburg, das letzte Bundesland in dem es keine entsprechende Regelung gibt. CDU und FDP haben in der vergangenen Legislatur aus einem falsch verstandenen Freiheitsbegriff heraus immer wieder eine gesetzliche Pflicht zur Installation von Rauchmeldern verhindert.
Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Sachsen fordern einen Gesetzentwurf der vorsieht Miet- und Eigentumswohnungen, Unterkünfte und Beherbergungsbetriebe mit Rauchmeldern auszustatten.

Begründung

Mit dem vorliegenden Änderungsantrag folgen wir der Beschlusslage unserer anderen

Landesverbände.

In Baden-Württemberg wurde die Rauchmelderpflicht durch grün-rot verankert.
Weitere Begründung folgt mündlich.

D2-Ä2413-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden), Victor Vincze (KV Dresden)

Gegenstand: Selbstbestimmtes Leben braucht Freiheit und Sicherheit

Im Absatz von Zeile 2402 - 2448:

Mit einem sächsischen Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Vorurteilen und Ängsten, aber auch Diskriminierung und Gewalt gegenüber gleichgeschlechtlich liebenden, trans* und intergeschlechtlichen Menschen entgegenwirken. Dabei sollen ausdrücklich auch unterschiedliche Bedürfnisse in Bezug auf Geschlecht, Alter, Einwanderungshintergrund, Behinderung oder ~~etwa~~ Religion Beachtung finden. Wir sprechen uns für eine kontinuierliche Förderung (im Sinne der Planungssicherheit) der Organisationen zur Beratungs- und Bildungsarbeit im Bereich Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle (LSBTTI) aus. Bei der Erarbeitung des Aktionsplans sind die Organisationen aus dem LSBTTI-Bereich einzubeziehen. Wir wollen ehrenamtliche LSBTTI-Projekte fördern und ausreichende Beratungsangebote für alle Altersgruppen ermöglichen. Dies gilt vor allem auch für die ländlichen Räume.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden), Victor Vincze (KV Dresden)

Gegenstand: **Selbstbestimmtes Leben braucht Freiheit und Sicherheit**

Im Absatz von Zeile 2402 - 2448:

Mit einem sächsischen Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Vorurteilen und Ängsten, aber auch Diskriminierung und Gewalt gegenüber gleichgeschlechtlich liebenden, trans* und intergeschlechtlichen Menschen entgegenwirken. Dabei sollen ausdrücklich auch unterschiedliche Bedürfnisse in Bezug auf Geschlecht, Alter, Einwanderungshintergrund, Behinderung oder etwa Religion Beachtung finden. Wir sprechen uns für eine kontinuierliche **institutionelle** Förderung (im Sinne der Planungssicherheit) der Organisationen zur Beratungs- und Bildungsarbeit im Bereich Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle (LSBTII) aus. Bei der Erarbeitung des Aktionsplans sind die Organisationen aus dem LSBTII-Bereich einzubeziehen. Wir wollen ehrenamtliche LSBTII-Projekte fördern und ausreichende Beratungsangebote für alle Altersgruppen ermöglichen. Dies gilt vor allem auch für die ländlichen Räume.

Begründung

erfolgt mündlich.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden), Victor Vincze (KV Dresden)

Gegenstand: Selbstbestimmtes Leben braucht Freiheit und Sicherheit

Im Absatz von Zeile 2402 - 2448:

Das Thema Sexualaufklärung muss im Lehrplan modernisiert werden. An den Schulen soll fächerübergreifend die Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten thematisiert werden. Im Unterricht sollen ~~offen und ehrlich~~ die verschiedenen ~~Wirklichkeiten~~ Familienformen von „~~Familie~~“ ~~angesprochen und~~ Klein- bis Regenbogenfamilie besprochen werden. Nur so ~~das Entstehen von Vorurteilen~~ lernen junge Menschen, dass es vielfältige familiäre Wirklichkeiten gibt. Vorurteile sollen dadurch abgebaut bzw. verhindert werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

D2-Ä2429-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden), Victor Vincze (KV Dresden)

Gegenstand: **Selbstbestimmtes Leben braucht Freiheit und Sicherheit**

Im Absatz von Zeile 2402 - 2448:

Bei der Aus- und Weiterbildung von ErzieherInnen, LehrerInnen, SozialpädagogInnen und PflegerInnen sind auch die ~~besonderen~~ Bedürfnisse, die aus unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und Identitäten erwachsen, zu vermitteln. Wir sprechen uns für die Unterstützung von Forschungen zu sexueller Vielfalt aus. Aufklärung setzt voraus, zu wissen, wo Diskriminierung und Ausgrenzung stattfinden. Deshalb setzen wir uns für eine Förderung der Forschung zur gegenwärtigen Situation von LSBTTI in Sachsen ein.

Begründung

Das Wort 'besonders' ist überflüssig.

D2-Ä2433-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Katja Meier (KV Zwickau), Agnes Russo (KV Vogtland), Ulrike Bürgel (KV Dresden)

Gegenstand: Selbstbestimmtes Leben braucht Freiheit und Sicherheit

Im Absatz von Zeile 2402 - 2448:

Bei der Aus- und Weiterbildung von ErzieherInnen, LehrerInnen, SozialpädagogInnen und PflegerInnen sind auch die besonderen Bedürfnisse, die aus unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und Identitäten erwachsen, zu vermitteln. Wir sprechen uns für die Unterstützung von Forschungen zu sexueller Vielfalt aus. Aufklärung setzt voraus, zu wissen, wo Diskriminierung und **Ausgrenzung** **Ausgrenzung** stattfinden. Deshalb setzen wir uns für eine Förderung der Forschung zur gegenwärtigen Situation von LSBTTI in Sachsen ein.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden), Victor Vincze (KV Dresden)

Gegenstand: Selbstbestimmtes Leben braucht Freiheit und Sicherheit

Im Absatz von Zeile 2402 - 2448:

~~Wir wollen die volle rechtliche Gleichstellung von Lebenspartnerschaften in Sachsen erreichen und die letzten diskriminierenden Praktiken aus Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften tilgen.~~ Wir wollen die volle rechtliche Gleichstellung von Lebenspartnerschaften in Sachsen mit der Ehe erreichen und die letzten diskriminierenden Praktiken aus Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften tilgen. Die Anpassung soll dabei rückwirkend bis zur Eonführung der eingetragenen Lebenspartnerschaft gelten. Wir machen uns dafür stark, dass die sächsische Landesverfassung Gleichheit vor dem Gesetz und Schutz für Familie zukünftig unabhängig von der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität garantiert. Wir setzen uns dafür ein, Regenbogenfamilien und ihre Kinder rechtlich zu stärken und dazu Unterhalts- und Sorgerechtsregelungen zu entwickeln, die ihren Bedürfnissen entsprechen.

~~So genannte~~ Wir wollen, dass die Regelungen zur künstlichen Befruchtung und die finanzielle Förderung auch lesbischen Paaren ermöglicht wird. Wir wollen die diskriminierende Unterscheidung zwischen hetero- und homosexuellen Paaren endlich beenden.

Sogenannte Therapien, in denen Homosexualität angeblich "geheilt" werden kann, gefährden Menschen. Deshalb lehnen wir diese entschieden ab. Mit uns wird es keine staatliche Unterstützung dafür geben.

Begründung

Erfolgt mündlich.

D2-Ä2439-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Katja Meier (KV Zwickau), Agnes Russo (KV Vogtland), Ulrike Bürgel (KV Dresden)

Gegenstand: Selbstbestimmtes Leben braucht Freiheit und Sicherheit

Im Absatz von Zeile 2402 - 2448:

Wir wollen die volle rechtliche Gleichstellung von Lebenspartnerschaften in Sachsen ~~erreichen und die letzten diskriminierenden Praktiken aus Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften tilgen. Wir wollen die volle rechtliche Gleichstellung von Lebenspartnerschaften in Sachsen mit der Ehe~~ erreichen und die letzten diskriminierenden Praktiken aus Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften tilgen. Die Anpassung soll dabei rückwirkend bis zur Eonführung der eingetragenen Lebenspartnerschaft gelten. Wir machen uns dafür stark, dass die sächsische Landesverfassung Gleichheit vor dem Gesetz und Schutz für Familie zukünftig unabhängig von der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität garantiert. Wir setzen uns dafür ein, Regenbogenfamilien und ihre Kinder rechtlich zu stärken und dazu Unterhalts- und Sorgerechtsregelungen zu entwickeln, die ihren Bedürfnissen entsprechen.

Begründung

Dieser Satz ist doppelt enthalten.

D2-Ä2443-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Katja Meier (KV Zwickau), Agnes Russo (KV Vogtland), Ulrike Bürgel (KV Dresden)

Gegenstand: Selbstbestimmtes Leben braucht Freiheit und Sicherheit

Im Absatz von Zeile 2402 - 2448:

Wir wollen die volle rechtliche Gleichstellung von Lebenspartnerschaften in Sachsen erreichen und die letzten diskriminierenden Praktiken aus Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften tilgen. Wir wollen die volle rechtliche Gleichstellung von Lebenspartnerschaften in Sachsen mit der Ehe erreichen und die letzten diskriminierenden Praktiken aus Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften tilgen. Die Anpassung soll dabei **bedingungslos** rückwirkend bis zur ~~Einführung~~ **Einführung** der ~~eingetragenen Lebenspartnerschaft~~ **Lebenspartnerschaften** gelten. Wir machen uns dafür stark, dass die sächsische Landesverfassung Gleichheit vor dem Gesetz und Schutz für Familie zukünftig unabhängig von der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität garantiert. Wir setzen uns dafür ein, Regenbogenfamilien und ihre Kinder rechtlich zu stärken und dazu Unterhalts- und Sorgerechtsregelungen zu entwickeln, die ihren Bedürfnissen entsprechen.

Begründung

Die in Sachsen bisher gültige Regelung sieht vor, dass eine Rückwirkung nur auf Antrag Betroffener geltend gemacht wird. Nach der Urteilspraxis des BVGes ist jedoch eine rückwirkende

Gleichbehandlung mit Eheleuten ohne Antrag, also auf Initiative der Verwaltung geboten.

D2-Ä2444-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Katja Meier (KV Zwickau), Agnes Russo (KV Vogtland), Ulrike Bürgel (KV Dresden)

Gegenstand: Selbstbestimmtes Leben braucht Freiheit und Sicherheit

Im Absatz von Zeile 2402 - 2448:

Wir wollen die volle rechtliche Gleichstellung von Lebenspartnerschaften in Sachsen erreichen und die letzten diskriminierenden Praktiken aus Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften tilgen. Wir wollen die volle rechtliche Gleichstellung von Lebenspartnerschaften in Sachsen mit der Ehe erreichen und die letzten diskriminierenden Praktiken aus Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften tilgen. Die Anpassung soll dabei rückwirkend bis zur Eonführung der eingetragenen Lebenspartnerschaft gelten. Wir machen ~~uns~~uns dafür stark, dass die sächsische Landesverfassung Gleichheit vor dem Gesetz und Schutz für Familie zukünftig unabhängig von der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität garantiert. Wir setzen uns dafür ein, Regenbogenfamilien und ihre Kinder rechtlich zu stärken und dazu Unterhalts- und Sorgerechtsregelungen zu entwickeln, die ihren Bedürfnissen entsprechen.

D3-Ä0-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Jürgen Kasek (KV Leipzig), Diana Ayeh (KV Leipzig), Petra Cagalj-Sejdi (KV Leipzig), Carolin Waegner (KV Leipzig), Christin Melcher (KV Leipzig), Holger Haugk (KV Leipzig)

Gegenstand: Eine moderne Zuwanderungs- und Integrationspolitik

UnterstützerInnen

Franz Kanngießner (KV Leipzig)

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Christin Melcher (KV Leipzig), Holger Haugk (KV Leipzig),
Jürgen Kasek (KV Leipzig), Diana Ayeh (KV Leipzig), Petra
Cagalj-Sejdi (KV Leipzig), Carolin Waegner (KV Leipzig)

Gegenstand: Eine moderne Zuwanderungs- und
Integrationspolitik

Im Absatz von Zeile 2455 - 2463:

GRÜNE ~~Migrations- und Integrationspolitik~~ Migrationspolitik steht für den Abbau von politischer und gesellschaftlicher Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund. Diese umfassende Aufgabe prägt unser politisches Handeln. Zuwanderung ist eine Bereicherung. Menschen, die zu uns kommen - aus welchem Grund auch immer - dürfen nicht aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden. Der Erwerb der deutschen Sprache muss für alle ermöglicht werden. Integrationspolitik verstehen wir nicht als Anpassungszwang. Wir fördern die Entfaltung mitgebrachter Traditionen, Sprachen und Kulturen. Eine Gesellschaft in Vielfalt zeichnet sich für uns nicht durch einseitige Integrationsforderungen, sondern der Inklusion aller an ihr teilhabenden Menschen aus.

Begründung

„Integration“ hat sich in den letzten Jahren nicht nur zu einer Kampfvokal im politischen Diskurs entwickelt, auch rein begrifflich wird sie als Prozess gedeutet, in dem etwas in ein Übergeordnetes Ganzes eingefügt bzw. ganz/völlig integriert wird. Der Anteil Anderer, diesen Prozess zu fördern und die Verantwortung von Gelingen von „Integration“ liegt dabei allein bei den zu integrierenden

Individuen, vielleicht noch beim Staat, aber nicht bei allen Gesellschaftsmitgliedern. Wir Grünen plädieren schon seit Jahren auch in anderen Bereichen, statt auf einseitige Integration, auf Inklusion zu setzen. Ausgehend von der Normalität von Unterschiedlichkeit bzw. Heterogenität in einer Gesellschaft, bedarf es der gerechten Teilhabe aller Gesellschaftsmitglieder und beim Thema Migrationspolitik eines Prinzips von Geben und Nehmen aller Beteiligten. „Integration“ im Sinne einer Eingliederung bestimmter Individuen und Gruppen in ein „homogenes Ganzes“ wird in unserem Antrag nicht gefordert. Warum benutzen wir den Begriff der „Integration“ dann überhaupt?

Deshalb wird hiermit gefordert den Begriff „Integration“, außer bei schon bestehenden Intuitionen wie „Integrationsbeauftragten/beiräten/kursen“, im migrationspolitischen Teil zu streichen und ihn an gegebener Stelle mit „Inklusion“ zu ersetzen.

Für weitere Informationen wird hier auf einen Aufruf von 2010 „Demokratie statt Integration“ der in Reaktion auf die Diskussion um Thilo Sarrazins „Thesen“ entstanden ist, verwiesen.

<http://demokratiestattintegration.kritnet.org/>

UnterstützerInnen

Franz Kanngießer (KV Leipzig)

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Jürgen Kasek (KV Leipzig)

Gegenstand: Eine moderne Zuwanderungs- und Integrationspolitik

Im Absatz von Zeile 2464 - 2493:

Für uns GRÜNE sind Menschenrechte nicht teilbar. ~~Diskriminierung und Rassismus akzeptieren wir weder im Alltag noch im politischen Raum.~~ und andere Formen der Diskriminierung sind für uns nicht akzeptabel. Jeder Mensch - egal welcher Hautfarbe, Herkunft, Religion, welchen Geschlechtes oder welcher sexuellen Orientierung bzw. Identität - hat die gleichen Chancen verdient sich und seine Potentiale zu verwirklichen. Jeder Mensch hat das Recht, am gesellschaftlichen Leben und der Gestaltung des Gemeinwesens teilzuhaben.

Begründung

Rassismus ist eine Form der Diskriminierung. Die bisher bestehende Form mit der Verbindung "und" suggerierte das Rassismus keine Form der Diskriminierung sondern selbstständig zu betrachten sei. Zudem macht die Trennung "weder im Alltag noch im politischen Raum" keinen Sinn, da es letztlich darauf hinausläuft, dass es Räume gebe in denen diskriminierendes Verhalten als unproblematisch eingeschätzt wird.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Petra Cagalj-Sejdi (KV Leipzig), Carolin Waegner (KV Leipzig),
Christin Melcher (KV Leipzig), Holger Haugk (KV Leipzig),
Jürgen Kasek (KV Leipzig), Diana Ayeh (KV Leipzig)

Gegenstand: Eine moderne Zuwanderungs- und
Integrationspolitik

Im Absatz von Zeile 2494 - 2534:

Derzeit gibt es auf allen Ebenen noch viele Barrieren, die einer gleichberechtigten Teilhabe aller am Gemeinwesen entgegenstehen. Es bedarf einer Reihe von Maßnahmen, um diese abzubauen. Dafür sind geeignete Instrumente, z. B. ~~Integrations-~~Inklusions- und Zuwanderungspläne, Förderprogramme, aber auch Institutionen auf den entsprechenden Ebenen zu entwickeln. Sie sollten aber so verstanden werden und angelegt sein, dass sie sich selbst langfristig überflüssig machen. Dies betrifft unter anderem Ausländer- und Integrationsbeiräte oder -beauftragte.

Begründung

“Integration” hat sich in den letzten Jahren nicht nur zu einer Kampfvokal im politischen Diskurs entwickelt, auch rein begrifflich wird sie als Prozess gedeutet, in dem etwas in ein Übergeordnetes Ganzes eingefügt bzw. ganz/völlig integriert wird. Der Anteil Anderer, diesen Prozess zu fördern und die Verantwortung von Gelingen von „Integration“ liegt dabei allein bei den zu integrierenden Individuen, vielleicht noch beim Staat, aber nicht bei allen Gesellschaftsmitgliedern. Wir Grünen plädieren schon seit Jahren auch in anderen Bereichen, statt auf einseitige Integration, auf Inklusion zu setzen. Ausgehend von der Normalität von Unterschiedlichkeit bzw. Heterogenität in

einer Gesellschaft, bedarf es der gerechten Teilhabe aller Gesellschaftsmitglieder und beim Thema Migrationspolitik eines Prinzips von Geben und Nehmen aller Beteiligten. „Integration“ im Sinne einer Eingliederung bestimmter Individuen und Gruppen in ein „homogenes Ganzes“ wird in unserem Antrag nicht gefordert. Warum benutzen wir den Begriff der „Integration“ dann überhaupt?

Deshalb wird hiermit gefordert den Begriff „Integration“, außer bei schon bestehenden Intuitionen wie „Integrationsbeauftragten/beiräten/kursen“, im migrationspolitischen Teil zu streichen und ihn an gegebener Stelle mit „Inklusion“ zu ersetzen.

Für weitere Informationen wird hier auf einen Aufruf von 2010 „Demokratie statt Integration“ der in Reaktion auf die Diskussion um Thilo Sarrazins „Thesen“ entstanden ist, verwiesen.

<http://demokratiestattintegration.kritnet.org/>

UnterstützerInnen

Franz Kanngießer (KV Leipzig)

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Jürgen Kasek (KV Leipzig)

Gegenstand: Eine moderne Zuwanderungs- und Integrationspolitik

Im Absatz von Zeile 2535 - 2572:

Asyl- und Flüchtlingspolitik muss ~~Flüchtlinge als eigenständige und selbstverantwortliche Menschen, die ihr Leben selbst gestalten wollen und das Recht~~ menschenwürdig sein. Die Unterbringung in Massenunterkünften auf ~~eine freie Entfaltung in diesem Land haben, wahrnehmen~~ engsten Raum, ohne ausreichende soziale Betreuung und ~~in erster Linie Hilfe zur Selbsthilfe sein. Sie muss Schutz, Betreuung, Unterstützung und die Rahmenbedingungen für ein menschenwürdiges Leben schaffen.~~ BÜNDNIS abgeschottet von der Außenwelt, wie sie im Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetz geregelt ist, ist dies nicht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen fordern die Aufhebung der „Residenzpflicht“, also des Verbots, die Gemeinde, in der man lebt, zu verlassen.

~~Wir setzen uns dafür ein, die meist gegen den Willen der Betroffenen erfolgende Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften auf maximal sechs Monate zu beschränken. Die~~

Die schnelle dezentrale Unterbringung soll immer angestrebt werden, wenn es die Lebenssituation der ~~Asylbewerber~~ Geflüchteten zulässt. Den Aufenthalt in den Gemeinschaftsunterkünften wollen wir humaner gestalten. Dies beinhaltet die Begrenzung auf maximal fünfzig BewohnerInnen pro Unterkunft, die Schaffung wohnungsähnlicher Einrichtungen, die Förderung entsprechender sozialer Betreuung und Begleitung, den Zugang zu Integrations-/Sprachkursen und eine kostenlosen Rechtsberatung sowie eine am Bedarf orientierte medizinische Versorgung. Den Kommunen werden wir die dafür nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.

Wir setzen uns für eine fortlaufende Regelung ohne festen Stichtag sein. Ab einer gewissen Aufenthaltsdauer müssen alle Ausreisepflichten die Möglichkeit auf ein Bleiberecht haben. Eine neue Bleiberechtsregelung muss zudem verhindern, dass Familien auseinandergerissen werden.

Besondere Sensibilität erfordern minderjährige ~~Flüchtlinge~~. Geflüchtete. Die UN-Kinderrechtskonvention gilt auch und gerade für minderjährige Flüchtlinge. Das heißt, Kinder und Jugendliche, die ohne Eltern nach Sachsen kommen, erhalten bereits vor Asylantragstellung einen Vormund. Wir wollen die nötige Clearing-Einrichtung mit ausreichenden Kapazitäten schaffen und das Clearingverfahren einheitlich - am Kindeswohl orientiert - gestalten. Bei der Altersfestsetzung wird künftig den Angaben der Jugendlichen, ggf. unter Vorlage von Dokumenten oder Zeugenaussagen, Glauben geschenkt. Methoden wie das Handwurzelröntgen zur Altersfeststellung gehören abgeschafft. Abschiebehaft ist generell als Mittel zur Sicherung der Ausreise abzuschaffen. Die traumatisierenden Auswirkungen auf die betroffene Person und gegebenenfalls ihre Angehörigen entziehen diesem Mittel jegliche Rechtfertigung. Grundsätzlich darf es keine Abschiebungen in Krisenstaaten mehr geben. Wir fordern faire Asylverfahren und den Ausbau von Programmen für die Neuansiedlung von in ihrer Heimat dauerhaft gefährdeten Flüchtlingen auch in Sachsen.

Begründung

Der erste Teil ist deutlich prägnanter gefasst und unter den Begriff menschenwürdig wie er von Flüchtlingsinitiativen und Verbänden verwendet wird zusammengefasst. Zur Verwendung der Worte wird vorgeschlagen künftig das Wort "Geflüchtete" zu benutzen, da diese eindeutig keine negative Konnotation aufweist, was bei "Flüchtlingen" wiederum anders ist. "Wer *Flüchtling* als negativ konnotiert empfindet, hat mindestens zwei Argumente, die diese Empfindung stützen. Erstens: Die Mehrzahl der nach dem gleichen Muster gebildeten Wörter ist negativ konnotiert. Zweitens: Das Muster ist sehr selten, die dominanten Muster sind die aus Adjektiven abgeleiteten Wörter (die durchgängig negativ konnotiert sind), und die passivischen Wörter (die durchgängig Abhängigkeitsverhältnisse suggerieren). Diese Muster sind zwar nicht direkt auf *Flüchtling* zu beziehen, aber da sie so dominant sind, ist es nicht unwahrscheinlich, dass ihre Bedeutung auch auf Wörter des Musters *Flüchtling* abfärbt." (aus Sprachlog.de von Anatol Stefanowitsch, Linguist). Von der Verwendung des Wortes Asylsuchender ist ebenfalls abzuraten suggeriert ist doch, dass Asyl (Menschenrecht) erst gesucht werden muss. Zudem ist die Verwendung des Wortes Asylsuchender mithin latent abwertend. Ebenfalls ist der Satz, dass *Flüchtlinge* meist gegen ihren Willen in Gemeinschaftsunterkünften leben als Allgemeinbehauptung zu streichen. Ob das der Fall ist, ist von Gemeinschaftsunterkunft zu Gemeinschaftsunterkunft unterschiedlich und bei weitem nicht alle Geflüchtete streben sofort eine dezentrale Unterbringung an. Menschen ernst nehmen, heißt auch die Lebenswirklichkeit zu berücksichtigen und die Möglichkeit zu einer Entscheidung zu geben.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Sachsen

Gegenstand: Eine moderne Zuwanderungs- und Integrationspolitik

Im Absatz von Zeile 2535 - 2572:

Asyl- und Flüchtlingspolitik muss Flüchtlinge als eigenständige und selbstverantwortliche Menschen, die ihr Leben selbst gestalten wollen und das Recht auf eine freie Entfaltung in diesem Land haben, wahrnehmen und in erster Linie Hilfe zur Selbsthilfe sein. Sie muss Schutz, Betreuung, Unterstützung und die Rahmenbedingungen für ein menschenwürdiges Leben schaffen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen fordern die Aufhebung der „Residenzpflicht“, also des Verbots, die Gemeinde, in der man lebt, zu verlassen.

~~Wir~~ **Wir** setzen uns dafür ein, ~~die-meist~~ **dass Asylsuchende nicht** gegen den **eigenen** Willen ~~der Betroffenen erfolgende Unterbringung~~ in Gemeinschaftsunterkünften **leben müssen. Die Unterbringung muss in diesen Unterkünften** auf maximal sechs Monate ~~zu beschränken.~~ **beschränkt sein.** Die schnelle dezentrale Unterbringung soll immer angestrebt werden, wenn es die Lebenssituation der Asylbewerber zulässt. Den Aufenthalt in den Gemeinschaftsunterkünften wollen wir humaner gestalten. Dies beinhaltet die Begrenzung auf maximal fünfzig BewohnerInnen pro Unterkunft, die Schaffung wohnungsähnlicher Einrichtungen, die Förderung entsprechender sozialer Betreuung und Begleitung, den Zugang zu Integrations-/Sprachkursen und eine kostenlosen Rechtsberatung sowie eine am Bedarf orientierte medizinische Versorgung. Den Kommunen werden wir die dafür nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.

Begründung

Es gibt für uns keinen plausiblen Grund, warum Menschen, die aus irgendwelchen Gründen Asyl beantragen, aber schon in einer eigenen Wohnung untergebracht sind (z.B. als Studierende), erst einmal in eine Gemeinschaftsunterkunft ziehen müssen. Diese sollen in ihren Wohnungen wohnen bleiben dürfen. Allerdings soll auch für die anderen gelten, dass sie nach maximal 6 Monaten in der Gemeinschaftsunterkunft dezentral untergebracht werden.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Sachsen

Gegenstand: Eine moderne Zuwanderungs- und Integrationspolitik

Im Absatz von Zeile 2535 - 2572:

Wir setzen uns dafür ein, ~~die meist~~dass Asylsuchende nicht gegen den eigenen Willen ~~der Betroffenen erfolgende Unterbringung~~ in Gemeinschaftsunterkünften leben müssen. Die Unterbringung in diesen Unterkünften muss auf maximal sechs Monate ~~zu beschränken. beschränkt sein.~~ Die schnelle dezentrale Unterbringung soll immer angestrebt werden, wenn es die Lebenssituation der Asylbewerber zulässt. Den Aufenthalt in den Gemeinschaftsunterkünften wollen wir humaner gestalten. Dies beinhaltet die Begrenzung auf maximal fünfzig BewohnerInnen pro Unterkunft, die Schaffung wohnungsähnlicher Einrichtungen, die Förderung entsprechender sozialer Betreuung und Begleitung, den Zugang zu Integrations-/Sprachkursen und eine kostenlosen Rechtsberatung sowie eine am Bedarf orientierte medizinische Versorgung. Den Kommunen werden wir die dafür nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.

Begründung

Im Moment muss jeder Geflüchtete, der Asyl beantragt erst einmal in eine Gemeinschaftsunterkunft. Auch wenn die Person schon eine eigene Wohnung hat (wenn sie sich z.B. als Student legal in Deutschland aufhält) und dann Asyl beantragt. Aus unserer Sicht gibt es keinen Grund diese Praxis beizubehalten.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Sachsen

Gegenstand: Eine moderne Zuwanderungs- und Integrationspolitik

Im Absatz von Zeile 2535 - 2572:

Besondere Sensibilität erfordern minderjährige Flüchtlinge. Die UN-Kinderrechtskonvention gilt auch und gerade für minderjährige Flüchtlinge. Das heißt, Kinder und Jugendliche, die ohne Eltern nach Sachsen kommen, erhalten bereits vor Asylantragstellung einen Vormund. Wir wollen die nötige Clearing-Einrichtung mit ausreichenden Kapazitäten schaffen und das Clearingverfahren einheitlich - am Kindeswohl orientiert - gestalten. Bei der Altersfestsetzung wird künftig den Angaben der Jugendlichen, ggf. unter Vorlage von Dokumenten oder Zeugenaussagen, Glauben geschenkt. Methoden wie das Handwurzelröntgen zur Altersfeststellung gehören abgeschafft. Abschiebehaft ist generell als Mittel zur Sicherung der Ausreise abzuschaffen. Die traumatisierenden Auswirkungen auf die betroffene Person und gegebenenfalls ihre Angehörigen entziehen diesem Mittel jegliche Rechtfertigung. Grundsätzlich darf es keine Abschiebungen in Krisenstaaten mehr geben. Um unnötige Härten zu vermeiden fordern wir einen Winterabschiebestopp. Für Asylsuchende, die seit mehr als sechs Jahre im Land leben und nur geduldet werden, wollen wir die Abschiebung aussetzen. Insbesondere seit bis zu 20 Jahren geduldete Roma, die in den Kosovo abgeschoben werden sollen, möchten wir schützen und ihnen dauerhaften legalen Aufenthalt ermöglichen. Wir fordern faire Asylverfahren und ~~den Ausbau von Programmen für~~ wollen diese beschleunigen, damit Asylsuchende nicht in der Warteschleife hängen und nach mehrjährigem Aufenthalt in Sachsen abgeschoben werden. Für Flüchtlinge, die ~~Neuansiedlung von~~ in ihrer

Heimat dauerhaft ~~gefährdeten Flüchtlingen auch gefährdet sind, wollen wir die Programmen für die Neuansiedlung in Sachsen-Sachsen ausbauen.~~"

Begründung

Teil 1: Ausschließlich keine Abschiebung in Krisenstaaten zu fordern, ist für uns Grüne zu wenig. Abschiebungen im Winter auszusetzen liegt im Spielraum der Länder. Abschiebungen nach 6 Jahren permanentem Duldungsstatus sind menschlich nicht vertretbar. Ganz besonders betroffen sind davon Sinti und Roma, die in den Kosovo abgeschoben werden, obwohl sie schon in mehreren Generationen in Deutschland leben.

Teil 2: Erklärender Halbsatz zur Beschleunigung von Asylverfahren und eine Trennung der beiden Satzteile, die inhaltlich wenig miteinander zu tun haben.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Geschlechterpolitik

Gegenstand: GRÜNE Frauenpolitik: gleiche Anerkennung,
gleiche Sicherheit, gleiche Chancen

Im Absatz von Zeile 2575 - 2609:

Neu hinzufügen:

Die geschlechtergerechte Demokratie in Sachsen verwirklichen
Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen
Lebensbereichen ist BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Grundanliegen. Konkret
bedeutet dies zumeist, der Benachteiligung von Frauen
entgegenzuwirken. Ein erster Schritt dazu ist die Rücknahme der
Kürzungen, die die schwarz-gelbe Regierung bei Netzwerken und
Beratungsangeboten für Frauen und Mädchen vorgenommen hat. Die
sächsischen GRÜNEN wollen die Infrastruktur für Frauen- und
Mädchenarbeit erhalten und ausbauen.

Wir wollen eine geschlechtergerechte Besetzung der öffentlich-
rechtlichen Landesgremien und der Aufsichts- und Beiräte bei den im
Landesbesitz befindlichen Unternehmen erreichen. Deshalb wollen wir
eine Frauenquote von 40 Prozent verbindlich machen. Das langfristige
Ziel sind 50 Prozent Frauen in Leitungsfunktionen. Im öffentlichen
Dienst muss die Verbesserung der beruflichen Chancen von Frauen
aktiv gefördert werden. Die Bedürfnisse von Frauen sind bei der
Nachwuchsförderung, bei der Planung von Weiterbildungsmaßnahmen und
bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen besonders zu
berücksichtigen.

Wir setzen uns für eine umfassende Verbreitung einer
geschlechtergerechten Sprache ein und wollen entsprechende
verbindliche Standards für den Verwaltungsschriftverkehr und alle
Publikationen und Mitteilungen des Freistaates festlegen.

Begründung

Damit wird der Abschnitt „Die geschlechtergerechte Demokratie in Sachsen verwirklichen“ an den Anfang des Kapitels gestellt. Hierin geht es um viele Anliegen, die in den unmittelbaren Bereich von Regierung oder Verwaltungs fallen, auch hier wiederum zugunsten einer Reihenfolge vom Allgemeinen zum Speziellen.

D4-Ä2575-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Geschlechterpolitik

Gegenstand: GRÜNE Frauenpolitik: gleiche Anerkennung,
gleiche Sicherheit, gleiche Chancen

Im Absatz von Zeile 2575 - 2609:

~~Die Perspektive Selbständigkeit – mehr Frauen in die Wirtschaft wird weiblich~~

Begründung

Die vorgeschlagene Formulierung ist eher an der Perspektive der Menschen orientiert, Selbständigkeit kann auch ein individuelles Interesse sein, neben einem wirtschaftspolitischen. Mit der Wendung „... mehr Frauen in die Wirtschaft“ wird das eigentliche Ziel klarer benannt.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden), Victor Vincze (KV Dresden)

Gegenstand: GRÜNE Frauenpolitik: gleiche Anerkennung,
gleiche Sicherheit, gleiche Chancen

Im Absatz von Zeile 2575 - 2609:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen setzen sich dafür ein, dass Männer und Frauen gleich bezahlt werden. Lohneinbußen sind häufig durch Kindererziehungszeiten oder durch die Pflege von Angehörigen bedingt. Deswegen ist eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein strategisch wichtiges Ziel. Unternehmen mit flexiblen Arbeitszeitmodellen, Arbeitsplatzteilung Betriebskindergärten und anderen familienfreundlichen, die Gleichberechtigung voranbringende Maßnahmen sollen besonders gefördert werden. Frauen und Männer, die nach Auszeiten wieder ins Berufsleben einsteigen wollen, sollen durch Beratung und Weiterbildung unterstützt werden. Die Weichen für berufliche Laufbahnen werden durch die Wahl der Ausbildung oder des Studienfachs gestellt. Mädchen entscheiden sich häufiger für Dienstleistungsberufe mit geringeren Aufstiegs- und Karrierechancen, obwohl ihnen mit besseren Schulabschlüssen alle Wege

Begründung

Pflege ist ein weiterer Grund für Lohneinbußen und sollte hier benannt werden.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Geschlechterpolitik

Gegenstand: **GRÜNE Frauenpolitik: gleiche Anerkennung,
gleiche Sicherheit, gleiche Chancen**

Im Absatz von Zeile 2575 - 2609:

nahebringen. Wir wollen einen Girls- und Boys-Day für alle Schülerinnen und Schüler ab der 5. Klasse, um früh und kontinuierlich für vielfältige Berufswahlmöglichkeiten zu werben. Die Beratung zur Profilwahl in den 7. Klassen soll geschlechtersensibel gestaltet werden. Programme zur Berufswahl in den mathematischen, naturwissenschaftlichen und technischen Fachrichtungen für Mädchen wollen wir stärken. ~~Frauen~~
Eigenständige Existenz sichern – Rollen aufbrechen
Frauen sind gute Unternehmerinnen, sie scheitern seltener bei Existenzgründungen als Männer. Trotzdem wagen immer noch relativ wenige Frauen den Schritt in die Eigenständigkeit. Deshalb ist mehr Unterstützung bei Existenzgründungen nötig. Wir wollen die Rahmenbedingungen, Verfahren und Förderinstrumente so gestalten, dass sie auch für den vor allem von Frauen bevorzugten

Begründung

Zur Verbesserung der Verständlichkeit wird mit dieser Änderung vorgeschlagen, den ersten Absatz im Ursprungsentwurf des Kapitels GRÜNE Frauenpolitik entsprechend seiner thematischen Gliederung in zwei Abschnitte („Eigenständige Existenz sichern – Rollen aufbrechen“ und „Perspektive Selbständigkeit – mehr Frauen in die Wirtschaft“) zu gliedern. Um in der Reihenfolge der Abschnitte vom Allgemeinen zum Speziellen zu führen, wird mit der Änderung zugleich die Position des Abschnittes „Eigenständige Existenz sichern – Rollen aufbrechen“ vor dem Abschnitt „Frauen nach

oben in Wirtschaft und Wissenschaft“ vorgeschlagen.

D4-Ä2623-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Geschlechterpolitik

Gegenstand: GRÜNE Frauenpolitik: gleiche Anerkennung,
gleiche Sicherheit, gleiche Chancen

Im Absatz von Zeile 2622 - 2644:

~~Die geschlechtergerechte Demokratie_~~
Geschlechtergerechte Demokratie in Sachsen verwirklichen

Begründung

Die Überschrift wird dadurch prägnanter und wirkt zugleich sprachlich angenehmer.

D4-Ä2630-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Geschlechterpolitik

Gegenstand: GRÜNE Frauenpolitik: gleiche Anerkennung,
gleiche Sicherheit, gleiche Chancen

Im Absatz von Zeile 2622 - 2644:

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen ist BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Grundanliegen. Konkret bedeutet dies zumeist, der Benachteiligung von Frauen entgegenzuwirken. Ein erster Schritt dazu ist die Rücknahme der Kürzungen, die die schwarz-gelbe Regierung bei Netzwerken und Beratungsangeboten für Frauen und Mädchen vorgenommen hat. Die sächsischen GRÜNEN wollen vor allem die kommunale Infrastruktur für Frauen- und Mädchenarbeit erhalten stärken und ausbauen. die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten vor Ort unterstützen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Geschlechterpolitik

Gegenstand: GRÜNE Frauenpolitik: gleiche Anerkennung,
gleiche Sicherheit, gleiche Chancen

Im Absatz von Zeile 2645 - 2649:

~~Für eine bürgerinnennahe Polizei~~
~~Wir setzen uns dafür ein, dass der Frauenanteil bei der Polizei~~
~~erhöht und insbesondere auch...~~Absatz wird verschoben in
~~Führungspositionen ausgebaut wird. Dafür bedarf es spezieller~~
~~Weiterbildungsangebote und Mentoringprogramme für Frauen.~~den
Antragsteil D2 in Zeile 2167

Begründung

Dieser so kurze Abschnitt, bestehend aus nur einem Satz wirkt losgelöst. Zugleich passt dieser Satz gut in den Abschnitt „Für eine bürgernahe Polizei“ (Kapitel „Selbstbestimmtes Leben braucht Freiheit und Sicherheit“).

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Geschlechterpolitik

Gegenstand: GRÜNE Frauenpolitik: gleiche Anerkennung, gleiche Sicherheit, gleiche Chancen

Im Absatz von Zeile 2650 - 2660:

Wir wollen die Schutz- und Unterstützungseinrichtungen für Opfer häuslicher Gewalt als Institutionen der Gefahrenabwehr einstufen und fördern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen per Gesetz regeln, dass die Finanzierung barrierefrei zugänglicher Schutz- und Betreuungsangebote zur kommunalen Pflichtaufgabe wird und der Freistaat Städte und Gemeinden entsprechend fördert. Gerade von Gewalt betroffene Frauen mit Behinderungen brauchen einen barrierefreien Zugang zu Frauenhäusern. Dies ist zur Zeit in Sachsen nicht flächendeckend gewährleistet, so dass den betroffenen Frauen der Zufluchtsort oft verwehrt bleibt. Zur Bekämpfung von Frauenhandel und Zwangsprostitution wollen wir einen umfassenden Schutz und ein dauerhaftes Bleiberecht für Zeuginnen und Opfer. Die Finanzierung von Schutzräumen für betroffene Frauen und Kinder muss sichergestellt werden.

Begründung

Barrierefreiheit der Schutz- und Betreuungsangebote macht dieser Abschnitt schon zu Thema. Durch die mit der vorgeschlagenen Ergänzung beschriebene Situation wird die Notwendigkeit unserer Forderung besser nachvollziehbar.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Geschlechterpolitik

Gegenstand: GRÜNE Frauenpolitik: gleiche Anerkennung, gleiche Sicherheit, gleiche Chancen

Im Absatz von Zeile 2650 - 2660:

Neu hinzufügen:

Situation für SexarbeiterInnen verbessern
Seit 2002 gibt es das Prostitutionsgesetz in Deutschland. Die Evaluation des Gesetzes hat in verschiedenen Bundesländern ergeben, dass die Ziele des Gesetzes bisher nicht erreicht wurden. Eine Auswertung des Prostitutionsgesetzes für Sachsen liegt bisher noch nicht vor. Um gezielt Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von SexarbeiterInnen ergreifen zu können, muss das Prostitutionsgesetz auch in Sachsen hinsichtlich seiner Auswirkungen evaluiert werden. Zudem wollen wir auf Landesebene einen „Runden Tisch Prostitution“ einrichten, um SexarbeiterInnen, unterschiedliche InteressenvertreterInnen, Verwaltungen und Politik zusammenbringen. Gemeinsam mit ihnen soll ein Handlungskonzept für notwendige landesrechtliche Anpassungen erarbeitet werden.

Begründung

Hierzu hat im bisherigen Entwurf eine Position gefehlt, die mit dieser Änderung ergänzt wird.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Geschlechterpolitik

Gegenstand: GRÜNE Frauenpolitik: gleiche Anerkennung, gleiche Sicherheit, gleiche Chancen

Im Absatz von Zeile 2661 - 2673:

Um die Belange von Frauen mit Behinderungen in den politischen Prozessen stärker einbinden zu können, bedarf es einer starken politischen Interessenvertretung. Wir wollen ein landesweites Netzwerk für behinderte Frauen und Mädchen ermöglichen. Wir fordern die Erarbeitung einer entsprechenden Landesstatistik und geeignete Maßnahmen wie eine geschlechtersensible Pflegeassistenz sowie barrierefreie Anlaufstellen vor Ort, an die sich behinderte Frauen und Mädchen in Krisenfällen wenden können und wo sie lernen können, sich gegen Übergriffe zu wehren. Darüberhinaus wollen wir die Nutzbarkeit von Infomaterialien für Frauen mit unterschiedlichen Behinderungsformen verbessern. Wir setzen uns für eine Öffnung der Frauenhäuser für Frauen mit Behinderungen ein. Derzeit sind in Sachsen nur wenige Frauenhäuser barrierefrei, so dass gerade Frauen mit Behinderungen oft dieser nötige Zufluchtsort verwehrt bleibt.

Begründung

Mit der Ergänzung wird unterstrichen, dass wir uns für notwendige und darüberhinaus mögliche, tatsächlich spürbare Verbesserungen des Zugangs zu Hilfsangeboten einsetzen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Geschlechterpolitik

Gegenstand: GRÜNE Frauenpolitik: gleiche Anerkennung, gleiche Sicherheit, gleiche Chancen

Im Absatz von Zeile 2661 - 2673:

Um die Belange von Frauen mit Behinderungen in den politischen Prozessen stärker einbinden zu können, bedarf es einer starken politischen Interessenvertretung. Wir wollen ein landesweites Netzwerk für behinderte Frauen und Mädchen ermöglichen. Wir fordern die Erarbeitung einer entsprechenden Landesstatistik und geeignete Maßnahmen wie eine geschlechtersensible Pflegeassistenz sowie barrierefreie Anlaufstellen vor Ort, an die sich behinderte Frauen und Mädchen in Krisenfällen wenden können und wo sie lernen können, sich gegen Übergriffe zu wehren. ~~Wir setzten uns für eine Öffnung der Frauenhäuser für Frauen mit Behinderungen ein. Derzeit sind in Sachsen nur wenige Frauenhäuser barrierefrei, so dass gerade Frauen mit Behinderungen oft dieser nötige Zufluchtsort verwehrt bleibt.~~

Begründung

Streichen unter Bedingung von D4-Ä2657-1. Inhaltlich durch D4-Ä2657-1 schon vorhanden.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Grüne Jugend Sachsen

Gegenstand: Den demokratischen Aufbruch in Sachsen wagen

Im Absatz von Zeile 2877 - 2908:

Wir wollen die Mitbestimmungsrechte von Jugendlichen in Sachsen ausbauen und setzen uns für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Landtags- und Kommunalwahlen ein. Zudem wollen wir die rechtliche Möglichkeit prüfen, die es unter 16-Jährigen erlaubt, sich selbstständig in WählerInnen-Verzeichnisse einzutragen. Nach wie vor sind Menschen, die nicht aus der Europäischen Union stammen, bei der politischen Beteiligung massiv benachteiligt, selbst dann, wenn sie schon lange Zeit hier wohnen und Sachsen ihre Heimat geworden ist. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich deshalb für die Einführung des kommunalen Wahlrechts auch für Nicht-EU-BürgerInnen ein.

Begründung

Der Absatz zur Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bildet die Beschlusslage nur unzureichend ab. Der durch die Landesversammlung vom 3. November 2012 gefasste Beschluss „Für einen neuen demokratischen Aufbruch in Sachsen“ sieht eine derartige Prüfung, inwiefern Personen unter 16 Jahren durch selbstständige Eintragung in WählerInnen-Verzeichnisse von ihren demokratischen Rechten Gebrauch machen können, ausdrücklich vor.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden), Victor Vincze (KV Dresden)

Gegenstand: Den demokratischen Aufbruch in Sachsen wagen

Im Absatz von Zeile 2923 - 2939:

Sachsen ist seit langem eine Schwerpunktregion der extremen Rechten. Eine Vielzahl von Neonazi-Konzerten, von bundesweit bedeutsamen Nazi-Versandläden und die hohe Zahl rechter Gewalttaten belegen dies wie auch die Präsenz der NPD im Landtag und in vielen Kommunalparlamenten. Es war kein Zufall, dass Sachsen der Rückzugsraum für das als „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) bekannt gewordene Terrornetzwerk war. Hier trafen die Mitglieder des NSU nicht nur auf ein breites Netzwerk an Unterstützern, sondern auch auf ein politisches Klima, das der Ausbreitung rechtsextremer Strukturen nichts entgegensetzte. Gleichwohl verkennen wir nicht, dass die alleinige Fokussierung auf Rechtsextremismus zu eng ist. Wir beobachten, dass einstige rechtsextreme Positionen in abgeschwächter Form inzwischen bis in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen sind. Antidemokratische und menschenfeindliche Einstellungen wie Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus, Behindertenfeindlichkeit, Sexismus und Homophobie ~~reichen zum Teil bis weit in die so genannte „Mitte der Gesellschaft“ hinein.~~ sind wieder "salonfähig" geworden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

E1-Ä2955-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden), Victor Vincze (KV Dresden)

Gegenstand: Den demokratischen Aufbruch in Sachsen wagen

Im Absatz von Zeile 2940 - 2962:

Diesen Problemen kann am besten eine aktive Zivilgesellschaft begegnen. Es bedarf einer konsequenten Förderung demokratischer Alltagskultur. Sie ist der beste Schutz gegen die Ausbreitung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. In Sachsen gibt es ein gutes Netzwerk von Initiativen zu diesem Thema, das sich aus landesweit arbeitenden Trägern und lokalen Vereinen, Initiativen und Projekten zusammensetzt. Die schwarz-gelbe Regierung hat aber die Finanzierungsspielräume dieser Initiativen eingeengt und ein Klima des Misstrauens gegenüber diesen Strukturen geschaffen. Die Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus, die Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt wie auch die zahlreichen Vereine und Initiativen vor Ort, die eine engagierte Arbeit leisten, brauchen eine verlässliche Finanzierung. Wir wollen eine dauerhafte institutionelle Förderung, die langfristige Planungssicherheit garantiert. Deshalb fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen ~~fordern~~ die finanzielle Aufstockung des Landesprogramms 'Weltoffenes Sachsen' auf fünf Millionen Euro jährlich.

Begründung

Der Umgang mit den Beratungsstrukturen gegen Rechtsextremismus Ende des letzten Jahres war vor dem Hintergrund der parallel stattfindenden rassistische Demos gegen Asylheime wie in Schneeberg eine politische Farce. Es ist und bleibt wichtig, bestehende Netzwerke für Toleranz und Vielfalt

dauerhaft finanziell zu sichern, um hier nicht Strukturen zu zerstören, die gebraucht werden.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Jürgen Kasek (KV Leipzig)

Gegenstand: Eine starke und unabhängige Justiz für Sachsen

Im Absatz von Zeile 3007 - 3029:

Mit der als Staatsmodernisierung getarnten Standortverlagerung bei den Gerichten haben sich die personelle Ausstattung und der Zugang zur Justiz in Sachsen weiter verschlechtert. Überlange ~~Verfahrensdauern, vor allem im Sozial und Verwaltungsrecht,~~ Verfahrensdauern stellen ein sich verschärfendes Problem der sächsischen Justiz dar und verletzen den Anspruch auf ein zügiges Verfahren. Insbesondere in der Verwaltungsgerichtsbarkeit, die den Bürgerinnen und Bürgern die Garantie der Überprüfung staatlichen Handelns gibt, darf es kein weiteres Ausbluten geben. Auch im Jugendstrafrecht kann nur durch eine zeitnahe Sanktionierung des inkriminierten Verhaltens sichergestellt werden, dass die ausgesprochene Sanktion in Beziehung zur Tat Wirkung erzielt.

Wir setzen uns deshalb für eine bessere personelle Ausstattung der Justiz in Sachsen ein. Die personellen Zumessungen dürfen dabei nicht willkürlich vorgenommen werden, sondern müssen sich an den tatsächlichen Bedarfen und Problemlagen in Sachsen orientieren. So brauchen insbesondere die für den Rechtsextremismus und Jugendstrafrecht zuständigen Strafgerichte und Staatsanwaltschaften und die Verwaltungsgerichte in Sachsen eine bessere personelle Untersetzung. Um dem akuten RichterInnenmangel entgegenzuwirken, wollen wir einen Einstellungskorridor für junge RichterInnen umsetzen und die Gerichtsbereiche mit vielen Verfahren personell stärker untersetzen. Auch im Bereich des justiziellen Mittelbaus, wie zum Beispiel bei RechtspflegerInnen und GerichtsvollzieherInnen, muss es einen Einstellungskorridor geben.

Begründung

Der Streichungsvorschlag geht darauf zurück, dass in fast allen Justizbereichen längere Verfahrensdauern keine Seltenheit sind. Die Betonung auf das Verwaltungsrecht ist zudem durch den folgenden Satz gegeben.

Die Forderung, dass auch die Jugendstrafverfahren beschleunigt werden müssen, geht auf eine Forderung der Jugendrichter und Kriminalpsychologen zurück. Nur wenn eine Strafe/ Sanktion anlassbezogen, das heißt im unmittelbaren Nachgang der Tat ausgesprochen oder verhängt wird, wird dem Jugendlichen sein Vergehen bewußt. (vgl. Etwa das Ende der Geduld, von Kirsten Heisig, das zwar in vielen Bereichen umstritten ist, hier aber zustimmungsfähig, oder die Zeitschrift für Jugendstrafrecht)

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Sebastian Walter (KV Mittelsachsen)

Gegenstand: **Fundierte Aufgabenkritik statt sogenannter
Staatsmodernisierung**

Im Absatz von Zeile 3142 - 3154:

Sachsen steht vor der nächsten Welle von Zwangsfusionen bei kleineren Gemeinden. Derzeit werden die Kommunen noch unter Ausnutzung ihrer finanziellen Notlage gedrängt, sich freiwillig zusammenzuschließen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen stehen zu kleinteiligen Gebietseinheiten - größere Einheiten sind nicht einfach billiger. Vielmehr bleibt bei ihnen vielfach die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern auf der Strecke. Die vielen Eingemeindungen **Mitte bis** Ende der 90er Jahre und die Gebietsreform des Jahres 2008 haben dies gezeigt. Einwohnerzahl und Flächengröße dürfen nicht das alleinige Kriterium für Gemeindezusammenschlüsse sein. Gemeindefusionen dürfen deshalb nur freiwillig und nach intensiver Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger erfolgen.

Begründung

Die Eingemeindungswelle in Sachsen setzte bereits 1994 ein und dauerte bis etwa 1999/2000 an. Die Datierung auf „Ende der 90er Jahre“ ist in vielen Fällen von Eingemeindungen nicht zutreffend und daher unkorrekt.

E3-Ä3154-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Gerhard Sonntag (KV Zwickau)

Gegenstand: **Fundierte Aufgabenkritik statt sogenannter
Staatsmodernisierung**

Im Absatz von Zeile 3142 - 3154:

Neu hinzufügen:

Gleichzeitig setzen wir uns für die Abschaffung der Regelung in der Sächsischen Gemeindeordnung ein, nach der erst in Gemeinden ab 5000 Einwohnern ein Bürgermeister hauptamtlich tätig sein kann. Diese Entscheidung muss der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer Gemeinde selbst überlassen bleiben.

Begründung

§51 der SächsGemO Abs. 2 regelt, dass erst ab einer Gemeindegröße von 5000 Einwohnern ein Bürgermeister hauptamtlich tätig ist. Dies führt insbesondere in Gemeinden in Verwaltungsgemeinschaften, die ohnehin keine eigene Kernverwaltung haben, zu einem enormen Eingemeindungsdruck. Bei der anstehenden Aufgabenfülle eines Bürgermeisters einer nach wie vor selbstständigen Gemeinde finden sich immer weniger Menschen bereit, das Bürgermeisteramt ehrenamtlich zu führen. Das führt dann zwangsläufig zu weiteren Eingemeindungen. Diese Regelung ist ein erheblicher Eingriff in die kommunale Entscheidungsfreiheit.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: **Zukunftschancen ermöglichen mit guten Kitas und Schulen**

Im Absatz von Zeile 3188 - 3201:

Auch wenn das sächsische Schulsystem im deutschlandweiten Kompetenzvergleich gut abschneidet, werden Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte tagtäglich mit vielfältigen Problemen konfrontiert: Kitaplatzmangel, Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung, wachsender Unterrichtsausfall, unsanierte Schulgebäude, ~~fehlendes Fremdsprachangebot~~, überlastete Lehrkräfte, eine zu hohe Zahl an Schulabbrechern. Wir wollen genügend Kita-Plätze und gute frühkindliche Bildung, mehr Bildungsgerechtigkeit, die notwendige Zahl hervorragender Lehrkräfte und selbstständige und wohnortnahe Schulen ermöglichen.

Begründung

Die Ergänzung formuliert zentrale Problemlagen im Bildungssystem.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden), Victor Vincze (KV Dresden)

Gegenstand: Zukunftschancen ermöglichen mit guten Kitas und Schulen

Im Absatz von Zeile 3213 - 3233:

Jedes Kind wird durch die frühen Jahre seines Lebens entscheidend geprägt. Gute Kitas und Kindertagespflegestellen eröffnen Chancen, wenn sie ihrem gesetzlichen Bildungsauftrag richtig nachkommen. Gerade Kinder, die in schwierigen Verhältnissen aufwachsen, gewinnen durch gezielte Förderung. Zur weiteren Verbesserung der Qualität brauchen die Kitas mehr qualifiziertes Personal. Insbesondere Kitas in Ortsteilen mit besonderen sozialen Herausforderungen sollen bei Vor- und Nachbereitung und Elternarbeit personell unterstützt werden. ~~Wir wollen~~ Kinder mit ~~Behinderung~~ Behinderungen gehören nicht in ~~Sondereinrichtungen abschieben, sondern gemeinsames Spielen, Lernen, Lachen~~ Sondereinrichtungen. Behinderte und nichtbehinderte Kinder sollen in inklusiven Kitas ~~umfassend ermöglichen miteinander spielen und lernen können.~~ Wir wollen Standards für den Anteil heilpädagogischer Fachkräfte in inklusiven Kitas festschreiben. Die Umsetzung des Bildungsplans darf nicht nur dem Engagement der Erzieherinnen und Erzieher überlassen werden. Die Kitas brauchen endlich zusätzliches Personal. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb langfristig den Betreuungsschlüssel auf 1:10 im Kindergarten und 1:4 in der Krippe verbessern. In einem ersten Schritt wollen wir 90 Millionen Euro zur Verbesserung des Personalschlüssels auf 1:12 und 1:5 zur Verfügung stellen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: Zukunftschancen ermöglichen mit guten Kitas und Schulen

Im Absatz von Zeile 3234 - 3252:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen fordern einen zügigen Ausbau aus- und weiterbildender elementarpädagogischer Studiengänge an den sächsischen Hochschulen als der zweiten Säule der ErzieherInnenausbildung neben den Fachschulen. Wir setzen uns dafür ein, dass in Sachsen auch das dritte Jahr zur ErzieherInnenausbildung finanziert wird. Um ein international vergleichbares Niveau zu erreichen, sollen bis 2020 mindestens jede zweite neu ausgebildete pädagogische Fachkraft und alle Fachkräfte in Kita-Leitung, Fortbildung und Fachberatung einen Hochschulabschluss besitzen. Ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen brauchen einen leichteren Zugang zum ErzieherInnenberuf. Erzieherinnen und Erzieher können noch viel besser mit einem umfangreichen Beratungs- und Weiterbildungsangebot unterstützt werden. Die Anzahl der frühpädagogischen Professuren und der zugehörigen wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen an sächsischen Hochschulen sollen bedarfsgerecht erhöht werden. ~~Um den Beruf als ErzieherIn attraktiver zu machen, bedarf es neben einer besseren~~ Wir wollen, dass ErzieherInnen bei Qualifikation ~~auch einer gerechten Entlohnung.~~ und Verdienst den gleichen Status wie Lehrkräfte erreichen. Wir werden uns für eine gemeinsame Lösung von Bund und Ländern einsetzen, damit der Verdienst von frühpädagogischen Fachkräften perspektivisch das Niveau anderer pädagogischer Berufe erreicht.

Begründung

Eine höhere Qualifikation zieht perspektivisch auch eine höhere Vergütung nach sich. Die Änderung stellt sich dieser nicht allein auf Landesebene zu lösenden Aufgabe.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden), Victor Vincze (KV Dresden)

Gegenstand: Zukunftschancen ermöglichen mit guten Kitas und Schulen

Im Absatz von Zeile 3269 - 3292:

Mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2009 hat sich Deutschland dazu verpflichtet, dass SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf grundsätzlich allgemeinbildende Schulen besuchen können. Doch die Realität in Sachsen sieht so aus, dass das Recht auf inklusive Bildung ~~nur noch immer in Ausnahmefällen gewährleistet wird. der Regel verweigert wird und damit kontinuierlich bestehende Menschenrechte behinderter Kinder verletzt werden.~~ Wir unterstützen den 2011 im Landtag gefundenen Grundkonsens, das sächsische Bildungssystem zu einem inklusiven System weiterzuentwickeln und dem Elternwunsch nach Besuch einer Regelschule bei verbesserten Rahmenbedingungen zu entsprechen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben ein vollständig inklusives Schulsystem in Sachsen an und wollen zügig alle Voraussetzungen dafür schaffen. Wir wollen den Rechtsanspruch eines jeden Kindes auf den Besuch von Regelschulen bei deutlich verbesserten Rahmenbedingungen - wie ausreichenden SchulassistentInnen und sonderpädagogischen Lehrkräften - gewährleisten. Lernzieldifferenzierter Unterricht in der Sekundarstufe soll rechtlich ermöglicht werden. Wir wollen gemeinsam mit Schulträgern und weiteren Akteuren eine Konzeption zur Umsetzung der UN-Konvention erarbeiten, die verantwortliche Zeitvorgaben beinhaltet. Inklusive Bildung gehört auch in die Aus- und Fortbildung von allen LehrerInnen und in die Elternberatung. Das Prinzip der Barrierefreiheit gilt selbstverständlich auch für die bauliche Gestaltung von Schulen. Wir wollen dieses Ziel als Investitionsvorrang in der Schulhausbauförderung verankern.

Begründung

Es sollte klar gemacht werden, dass jede Sonderschule seit 2009 mit Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland ein Ort der Menschenrechtsverletzung ist -auch in Sachsen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: Zukunftschancen ermöglichen mit guten Kitas und Schulen

Im Absatz von Zeile 3269 - 3292:

Mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2009 hat sich Deutschland dazu verpflichtet, dass SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf grundsätzlich allgemeinbildende Schulen besuchen können. Doch die Realität in Sachsen sieht so aus, dass das Recht auf inklusive Bildung nur in Ausnahmefällen gewährleistet wird. Wir unterstützen den 2011 im Landtag gefundenen Grundkonsens, das sächsische Bildungssystem zu einem inklusiven System weiterzuentwickeln und dem Elternwunsch nach Besuch einer Regelschule bei verbesserten Rahmenbedingungen zu entsprechen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben ein vollständig inklusives Schulsystem in Sachsen an und wollen zügig alle Voraussetzungen dafür schaffen. Wir wollen den Rechtsanspruch eines jeden Kindes auf den Besuch von Regelschulen bei deutlich verbesserten Rahmenbedingungen - wie ausreichenden SchulassistentInnen und sonderpädagogischen Lehrkräften - gewährleisten. Lernzieldifferenzierter Unterricht in der Sekundarstufe soll rechtlich ermöglicht werden. Wir wollen gemeinsam mit Schulträgern und weiteren Akteuren ~~eine Konzeption~~ den Aktions- und Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Konvention ~~erarbeiten, die verantwortliche~~ mit dem Ziel verbindlicher Zeitvorgaben ~~beinhaltet. Inklusive~~ weiter vorantreiben. Inklusive Bildung gehört auch in die Aus- und Fortbildung von allen LehrerInnen und in die Elternberatung. Das Prinzip der Barrierefreiheit gilt selbstverständlich auch für die bauliche Gestaltung von Schulen. Wir wollen dieses Ziel als Investitionsvorrang in der Schulhausbauförderung verankern.

Begründung

Begründung: Die Änderung hebt auf den bereits begonnen und fortzuschreibenden Aktions- und
Maßnahmeplan ab und ergänzt das Ziel einer verbindlichen Zeitschiene

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden), Victor Vincze (KV Dresden)

Gegenstand: Zukunftschancen ermöglichen mit guten Kitas und Schulen

Im Absatz von Zeile 3293 - 3313:

Wir GRÜNE setzen auf gute Bildungschancen unabhängig von ~~Herkunft~~ Herkunft, Sein oder Elternhaus. Jedes Kind soll individuell gefördert werden und alle Abschlüsse an ein und derselben Gemeinschaftsschule erreichen können. Zugleich sollen auch am Gymnasium alle Schulabschlüsse erworben werden können. Die Wahl zwischen Oberschule und Gymnasium, muss damit künftig nicht mehr als Entscheidung über Lebenswege empfunden werden. Wir wollen Gemeinschaftsschulen von der Einschulung bis zum Schulabschluss durch Neugründungen oder Kooperationen bestehender Schulen dort ermöglichen, wo kommunale oder freie Schulträger dies wollen. Wir wollen darüber hinaus eine gemeinsame Schulzeit ab der fünften Klassenstufe einführen, indem die jetzigen Oberschulen zu Gemeinschaftsschulen werden. Die Bildungsempfehlung wird durch eine Bildungsberatung durch die Schule ersetzt. Das Abitur kann an Gemeinschaftsschulen durch eine eigene gymnasiale Oberstufe oder eine verbindliche Kooperation mit Oberstufen anderer Gemeinschaftsschulen, den Gymnasien oder beruflichen Gymnasien in Oberstufenzentren ermöglicht werden. Dabei soll das Abitur an der Gemeinschaftsschule wahlweise in zwölf oder dreizehn Jahren abgelegt werden können, um den unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten der SchülerInnen Rechnung zu tragen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: Zukunftschancen ermöglichen mit guten Kitas und Schulen

Im Absatz von Zeile 3344 - 3351:

Neu hinzufügen:

Schulsozialarbeit sichern und ausbauen
Schulsozialarbeit unterstützt Schülerinnen und Schüler, aber auch die Lehrerschaft und die Eltern darin, Schule als Lebensraum wahrzunehmen und zu gestalten. Sie unterstützt insbesondere bedürftige Kinder und Jugendliche mit einem niederschweligen Angebot, gleicht soziale Benachteiligungen aus und bewältigt individuelle Problemlagen besser. Die umfassende Kooperation von Jugendhilfe und Schule trägt dazu bei, Schulabbrüche zu vermeiden und fördert darüber hinaus aktiv die soziale und berufliche Integration junger Menschen. Ungeachtet dieser positiven Effekte von Schulsozialarbeit, ist kein bedarfsgerechtes und flächendeckendes Angebot an Schulsozialarbeit in Sachsen vorhanden. Wir setzen uns dafür ein, Schulsozialarbeit auszubauen und dauerhaft abzusichern. Im Rahmen der Abstimmung einer weiteren Finanzierungsstrategie mit Bund und Kommunen soll der Freistaat eine berechenbare Förderung der Schulsozialarbeit sicherstellen, die gewährleistet, dass an jeder Schule ein bedarfsgerechtes Angebot an Schulsozialarbeit vorgehalten wird. Auf Grundlage einer berechenbaren und bedarfsgerechten Finanzierung wollen wir die Qualitätsentwicklung der Schulsozialarbeit durch gesicherte Weiterbildung, Netzworkebildung und die Koordinierungsstellen für Kompetenzentwicklung vorantreiben.“

Begründung

Die Änderung füllt eine bisherige programmatische Leerstelle.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: Zukunftschancen ermöglichen mit guten Kitas und Schulen

Im Absatz von Zeile 3352 - 3370:

Nur eine individualisierte Lernkultur wird allen Schülerinnen und Schülern gerecht, denn jeder Mensch lernt anders. Der reine Frontalunterricht kann durch einen Methodenmix aus Projektunterricht, selbstständigem Lernen, Einsatz von Medien und klassischen Lehrformen ersetzt werden. Die Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern muss dem Rechnung tragen. Lernberichte sind ein wirkungsvolles Instrument der Lern- und Leistungseinschätzung und sollten die traditionelle Notenskala ergänzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen jahrgangsübergreifenden Unterricht und andere innovative Lernformen in allen Schularten ermöglichen und innovative Unterrichtsformen wie das Jahrgangsteam-Modell oder ~~Team-Coaching~~**Team-Teaching** unterstützen. Für Kinder mit Teilleistungsschwächen wie Legasthenie, Dyskalkulie und ADS wollen wir das gesetzlich verbriefte Recht auf Notenschutz und Nachteilsausgleich einführen. Die Nichtversetzung in das nächste Schuljahr (Sitzenbleiben) soll durch gezielte individuelle Förderung überflüssig gemacht werden und nur noch auf Wunsch der betreffenden SchülerInnen beziehungsweise derer Eltern angewendet werden.

Begründung

Redaktionelle Änderung

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: **Zukunftschancen ermöglichen mit guten Kitas und Schulen**

Im Absatz von Zeile 3390 - 3401:

Eine geschlechtergerechte Bildung ist für uns ein wesentlicher Bestandteil von Bildungsgerechtigkeit. Eine geschlechtersensible Bildung in Kitas und Schulen hilft, überholte Rollenbilder zu überwinden und geschlechtsspezifische Benachteiligungen abzubauen. Deshalb wollen wir geschlechtergerechte Erziehung zu einem verbindlichen Bestandteil der Aus- und Weiterbildung von ErzieherInnen machen und dieses Thema auch in der Lehramtsausbildung sowie der pädagogischen Fort- und Weiterbildung stärker verankern. Der Anteil von männlichen Erziehern in Kitas kann noch deutlich erhöht werden. Zudem ist zu gewährleisten, dass auch Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsformen im Hinblick auf Geschlechtersensibilität konzipiert werden.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: Zukunftschancen ermöglichen mit guten Kitas und Schulen

Im Absatz von Zeile 3402 - 3410:

Wir wollen, dass an Schulen demokratisches und zivilgesellschaftliches Engagement, soziale Verantwortung und religiöse Toleranz gelernt und gelebt werden. Wir wollen Schulen stärker als bisher für zivilgesellschaftliche Initiativen öffnen sowie Informationen über und Trainings gegen Rechtsextremismus offensiv unterstützen und fördern. Über Informationsveranstaltungen der Bundeswehr muss an der Schule rechtzeitig informiert werden, und Schülerinnen und Schüler müssen auf eigenen Wunsch freigestellt werden können. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für ein gemeinsames Pflichtfach Ethik für alle Schülerinnen und Schüler ab dem 5. Schuljahr ein. Ziel dieses Unterrichtsfaches soll es sein, die Bereitschaft und Fähigkeit der Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer kulturellen, ethnischen, religiösen und weltanschaulichen Herkunft zu fördern, sich gemeinsam mit grundlegenden kulturellen und ethischen Problemen des individuellen und des gesellschaftlichen Lebens sowie mit unterschiedlichen Wert- und Sinnangeboten konstruktiv auseinanderzusetzen. Dadurch sollen die Schülerinnen und Schüler Grundlagen für ein selbstbestimmtes und verantwortungsbewusstes Leben gewinnen und soziale Kompetenz, interkulturelle Dialogfähigkeit und ethische Urteilsfähigkeit erwerben. Der Religionsunterricht muss weiter an den Schulen möglich sein.

Begründung

Die Änderung ergänzt die bisherige und nicht geänderte Programmlage von 2009.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: **Zukunftschancen ermöglichen mit guten Kitas und Schulen**

Im Absatz von Zeile 3433 - 3445:

Vor dem Hintergrund des ~~sich abzeichnenden~~ Lehrkräftemangels sollten alle Möglichkeiten zur Gewinnung von LehrerInnennachwuchs ausgeschöpft werden. Die beruflichen Schulen haben gezeigt, dass die Einbindung von SeiteneinsteigerInnen eine Lösung des Problems sein kann. Angesichts der stärkeren pädagogischen Herausforderungen im Bereich der allgemeinbildenden Schulen ist es jedoch unerlässlich, die Möglichkeit des Seiteneinstieges an ein umfassendes pädagogisches Studium zu koppeln. Deshalb wollen wir die Universitäten mit der Entwicklung eines eigenständigen Masterstudiengangs für SeiteneinsteigerInnen mit fachlichem oder pädagogischem Hochschulabschluss beauftragen. Außerdem ist ein Stipendienprogramm für den Seiteneinstieg in Mangelfächern aufzulegen.

F1-Ä3457-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: **Zukunftschancen ermöglichen mit guten Kitas und Schulen**

Im Absatz von Zeile 3446 - 3469:

Sachsen wird nur dann genügend Lehrkräfte gewinnen können, wenn der Arbeitsplatz Schule in jeder Hinsicht attraktiver wird. Lehrerinnen und Lehrer leisten eine wertvolle Arbeit in Sachsen. Sie sind verantwortlich für gute Bildungserfolge, aber für ihre Arbeit erfahren sie keine ausreichende Wertschätzung. Sie werden in Sachsen unterschiedlich entlohnt, weil sie an unterschiedlichen Schularten unterrichten. Dies ist nicht nur ungerecht, sondern führt unter anderem dazu, dass ein Großteil der Lehramtsstudierenden das Gymnasium, aber viel zu wenige die schlechter vergüteten ~~Schularten~~Lehrämter Grundschule und Oberschule anstreben. Wir setzen uns für einen Tarifvertrag zur Arbeitszeit der Lehrkräfte, der alle Tätigkeitsbereiche berücksichtigt, anstelle der bisherigen einseitigen Arbeitgeberrichtlinie und eine schrittweise einzuführende einheitliche Vergütung der Lehrkräfte aller Schularten in der Entgeltgruppe 13 ein. Faire Altersteilzeitmodelle sind zur Gestaltung des Generationenwechsels in den Schulen notwendig.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: Zukunftschancen ermöglichen mit guten Kitas und Schulen

Im Absatz von Zeile 3470 - 3489:

~~Der Wohnortnahe Schulen sichern~~
Ein modernes Schulgesetz muss den unterschiedlichen Realitäten in Stadt und Land Rechnung tragen. Schulschließungen müssen der Vergangenheit angehören. Der Freistaat soll Schulverbünde und andere regionale Kooperationsformen zwischen mehreren Einrichtungen ~~zulassen und~~ fördern.
~~Schulschließungen müssen der Vergangenheit angehören.~~ Intelligente Vernetzungen können unabhängig von Schülerzahlen flächendeckende Lehre ermöglichen. Wir wollen eine bedarfsgerechte Schülerbeförderung sicherstellen, die sich dem Tagesablauf der Schüler anpasst und z.B. auch Ganztagsangebote berücksichtigt. Die Kosten der Schülerbeförderung müssen für die Eltern zumutbar sein und dürfen nicht vom jeweiligen Wohnort abhängen.

Begründung

Die Änderung macht das insbesondere für den ländlichen Raum wichtige Thema Schulnetzplanung durch einen eigenen Absatz deutlich sichtbar

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: Zukunftschancen ermöglichen mit guten Kitas und Schulen

Im Absatz von Zeile 3505 - 3515:

CDU und FDP haben in den letzten Jahren den Betrieb und die Gründung freier Schulen in Sachsen deutlich erschwert. Die staatlichen Zuschüsse an Freie Schulen wurden von 90 auf 80 Prozent gesenkt und die Erstattung des Schulgeldes für sozial Bedürftige abgeschafft. Neu zu gründende Freie Schulen sollen dieselben Mindestschülerzahlen wie öffentliche Schulen vorweisen. Auch die „Wartefrist“, nach deren Ablauf Freie Schulen überhaupt erst öffentliche Zuschüsse bekommen, ist von drei auf vier Jahre verlängert worden. ~~Wir wollen~~ Durch das auf grüne Initiative zurückzuführende Urteil des Sächsischen Verfassungsgerichts haben sich diese ~~Verschlechterungen rückgängig machen. Die Schulgelderstattung~~ Regelungen als verfassungswidrig erwiesen. Eine umfassende Neuregelung soll mit den Schulen in freier Trägerschaft zügig erarbeitet werden und spätestens mit dem Schuljahr 2015/16 in Kraft treten. Wir streben eine echte Gleichstellung von Schulen in freier und staatlicher Trägerschaft an. Wir wollen, dass Schulbildung auch in freien Schulen ohne Schulgeld möglich wird. Alle Eltern sollen frei wählen können, welche Schule ihr Kind besucht. Sowohl die Gründung als auch der laufende Betrieb von Schulen in freier Trägerschaft muss ~~wieder eingeführt werden. dauerhaft möglich bleiben.~~

Begründung

Die Änderung reagiert auf das entsprechende Verfassungsgerichtsurteil und beschreibt die Zielstellungen hinsichtlich der notwendigen Änderungen

F1-Ä3519-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: Zukunftschancen ermöglichen mit guten Kitas
und Schulen

Im Absatz von Zeile 3516 - 3556:

**Gute Bildung für das ganze Leben: Berufliche Bildung und
Weiterbildung ~~weiter Bildungsweg~~**

F1-Ä3541-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: **Zukunftschancen ermöglichen mit guten Kitas
und Schulen**

Im Absatz von Zeile 3516 - 3556:

Neu hinzufügen:

Gute Bildung für das neue Leben

Begründung

Zur besseren Sichtbarkeit der jeweiligen Einzelthemen wird dieser Abschnitt geteilt

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: Zukunftschancen ermöglichen mit guten Kitas und Schulen

Im Absatz von Zeile 3516 - 3556:

Lebenslanges Lernen bedeutet auch die Chance, schulische Abschlüsse nachzuholen. Wir wollen wieder mehr Anstrengungen auf den Erhalt des zweiten Bildungsweges legen, denn die gegenwärtige Ausdünnung der Abendgymnasien und ~~-mittelschulen-oberschulen~~ baut Möglichkeiten für Erwachsene ab. Wir wollen dagegen mehr Möglichkeiten schaffen, das Abitur oder die Mittlere Reife oder den Hauptschulabschluss nachzuholen. Vorrangig können dafür vorhandene Schulgebäude genutzt werden. Dort, wo das nicht möglich ist, soll geprüft werden, ob die ortsansässige Volkshochschule oder eine andere geeignete Bildungsstätte mit dieser Aufgabe betraut werden kann.

Zudem wollen wir insbesondere in entwicklungsbedürftigen Regionen und Stadtquartieren die Zugänge zur Erwachsenenbildung erleichtern. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen sollen verstärkt Projekte der Interkulturellen Bildung, der Umweltbildung der Familienbildung und der Seniorenbildung gefördert ~~werden.~~ BÜNDNIS werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen in einem Bildungsfreistellungsgesetz den Anspruch auf bezahlte Freistellung für Weiterbildung gesetzlich verankern. Die Zuschüsse für die Volkshochschulen wollen wir schrittweise auf den bundesdeutschen ~~Durchschnitt~~ Durchschnitt anheben.

In entwicklungsbedürftigen Regionen und Stadtquartieren wollen wir die Zugänge zur Erwachsenenbildung erleichtern. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen sollen verstärkt

Projekte der Interkulturellen Bildung, der Umweltbildung der Familienbildung und der Seniorenbildung gefördert werden.

Begründung

Redaktionelle Änderungen

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: Hochschulen stärken und Potentiale der
Wissenschaft nutzen

Im Absatz von Zeile 3585 - 3603:

Trotz des Rückgangs der sächsischen Abiturientenzahlen ist die Zahl der Studierenden an sächsischen Hochschulen in den letzten Jahren gestiegen. ~~Wir wollen die Anzahl von derzeit über 100.000 Studierenden beibehalten und die dafür notwendigen Kapazitäten finanzieren.~~ Statt dieser Entwicklung gerecht zu werden, hält die schwarz-gelbe Koalition an ihrem Ziel fest, mit einem Abbau von über 1.000 Stellen bis 2020 über zehn Prozent der wissenschaftlichen Ressourcen zu kürzen. Dabei liegt die Finanzierung der sächsischen Hochschulen schon jetzt mit 6.800 Euro pro StudentIn am unteren Ende der Bundesländer. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wenden sich gegen diese Stellenkürzungen an den Hochschulen. Wir wollen die relative Grundfinanzierung der Hochschulen je Studierenden schnellstmöglich an den bundesdeutschen Durchschnitt von 7.300 Euro pro StudentIn anheben und bis 2020 zu den Spitzenländern Bayern und Baden-Württemberg aufschließen. Eine berechenbare Hochschulfinanzierung mit inhaltlichen Entwicklungszielen wollen wir im Rahmen einer Hochschulvereinbarung mit allen sächsischen Hochschulen und Zielvereinbarungen mit den einzelnen Hochschulen verknüpfen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: Hochschulen stärken und Potentiale der Wissenschaft nutzen

Im Absatz von Zeile 3585 - 3603:

Trotz des Rückgangs der sächsischen Abiturientenzahlen ist die Zahl der Studierenden an sächsischen Hochschulen in den letzten Jahren gestiegen. ~~Wir wollen die Anzahl von derzeit über 100.000 Studierenden beibehalten und die dafür notwendigen Kapazitäten finanzieren.~~ Statt dieser Entwicklung gerecht zu werden, hält die schwarz-gelbe Koalition an ihrem Ziel fest, mit einem Abbau von über 1.000 Stellen bis 2020 über zehn Prozent der wissenschaftlichen Ressourcen zu kürzen. Dabei liegt die Finanzierung der sächsischen Hochschulen schon jetzt mit 6.800 Euro pro StudentIn am unteren Ende der Bundesländer. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wenden sich gegen diese Stellenkürzungen an den Hochschulen. Die Leistungsfähigkeit der sächsischen Hochschulen hängt unmittelbar von den ihnen zur Verfügung stehenden Grundmitteln und der damit einhergehenden Planungssicherheit ab. Drittmittel wirken nur punktuell und sind zeitlich befristet. Sachsen liegt im bundesweiten Vergleich bei den laufenden Grundmittel je Studierenden jedoch am unteren Ende der Bundesländer. Wir wollen deshalb die relative Ausgaben für die laufenden Grundmittel für Lehre und Forschung um mindestens 50 Millionen Euro erhöhen, um in der relativen Grundfinanzierung der Hochschulen je Studierenden schnellstmöglich an den bundesdeutschen Durchschnitt von 7.300 Euro pro StudentIn anheben zu erreichen und bis 2020 zu den Spitzenländern Bayern und Baden-Württemberg ~~aufzuschließen. Eine berechenbare Hochschulfinanzierung mit inhaltlichen Entwicklungszielen wollen wir im~~ aufzuschließen. Im Rahmen einer Hochschulvereinbarung mit allen sächsischen Hochschulen

und der Zielvereinbarungen mit den einzelnen Hochschulen wollen wir eine langfristig berechenbare Hochschulfinanzierung mit inhaltlichen Entwicklungszielen verknüpfen.

Auf diese Weise wollen wir die Anzahl von derzeit über 100.000 Studierenden beibehalten und die dafür notwendigen Kapazitäten finanzieren. Unser Ziel ist es, die hohe Zahl der zulassungsbeschränkten Studiengänge zu reduzieren, um eine möglichst freie Studienplatzwahl zu ermöglichen.“

Begründung: Redaktionelle Klarstellungen; weitere Orientierung an der laufenden Grundfinanzierung je Studierender, aber Verzicht auf die (sich ständig ändernden) absoluten Zahlen; dafür Aufnahme der von der Landtagsfraktion als Schwerpunkt beschlossenen Erhöhung um mindestens 50 Mio. Weitere inhaltliche Ergänzung: ein Großteil der Studiengänge an sächsischen Hochschulen ist mittlerweile zulassungsbeschränkt und ermöglicht dadurch nur unzureichend die freie Studienwahl. Eine bessere Grundfinanzierung kann dazu beitragen, diesem Problem zu begegnen, ohne sachlich sinnvolle Zugangsbeschränkungen insbesondere im Masterbereich auszuschließen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: Hochschulen stärken und Potentiale der Wissenschaft nutzen

Im Absatz von Zeile 3643 - 3667:

Die sozialen Rahmenbedingungen an den sächsischen Hochschulen haben sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Mit der Einführung von Langzeitstudiengebühren durch CDU und FDP ist der Einstieg in die Erhebung von Studiengebühren an sächsischen Hochschulen erfolgt. Die Studienfinanzierung hat sich nicht verbessert, denn der Großteil der Studierenden ist finanziell von den Eltern abhängig oder muss nebenbei jobben. Wir wollen die Studiengebührenfreiheit bis zum ersten Master-/Diplomabschluss und ~~für~~für das Graduiertenstudium unabhängig von der Herkunft gesetzlich verankern. Wir streben den Einstieg in eine armutsfeste und elternunabhängige Studienfinanzierung an, die Teilzeit- und Weiterbildungsstudiengänge einschließt und eine nicht rückzahlbare Grundsicherung umfasst.

Begründung

Auch Nicht-EU-Studierende sollen anders als bisher gebührenfrei studieren können.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: Hochschulen stärken und Potentiale der Wissenschaft nutzen

Im Absatz von Zeile 3643 - 3667:

Die sozialen Rahmenbedingungen an den sächsischen Hochschulen haben sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Mit der Einführung von Langzeitstudiengebühren durch CDU und FDP ist der Einstieg in die Erhebung von Studiengebühren an sächsischen Hochschulen erfolgt. Die Studienfinanzierung hat sich nicht verbessert, denn der Großteil der Studierenden ist finanziell von den Eltern abhängig oder muss nebenbei jobben. Wir wollen die Studiengebührenfreiheit bis zum ersten Master-/Diplomabschluss und für das Graduiertenstudium gesetzlich ~~verankern. Wir~~**verankern. Wir** streben **kurzfristig eine Erhöhung der BAföG-Sätze und der Freibeträge der Elterneinkommen um mindestens je fünf Prozent sowie mittelfristig** den Einstieg in eine armutsfeste und elternunabhängige Studienfinanzierung an, die Teilzeit- und Weiterbildungsstudiengänge einschließt und eine nicht rückzahlbare Grundsicherung umfasst.

Begründung

Die Position der Bundesgrünen zum BAföG wird ergänzt. KHG: Konkretisierung entsprechend Schwerpunktbeschluss der Landtagsfraktion

F2-Ä3668-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: **Hochschulen stärken und Potentiale der
Wissenschaft nutzen**

Im Absatz von Zeile 3643 - 3667:

Unsere Zielstellungen im geforderten sächsischen Klimaschutzgesetz helfen, den Sanierungsstaus bei den Wohnheimen und Mensen abzubauen. Zugleich schafft die energetische und ökologische Sanierung eine wichtige Voraussetzung für die künftige Bezahlbarkeit von Wohnheimplätzen in ausreichender Anzahl. Wir wollen günstige und nachhaltige Mobilität unterstützen und die Ausgestaltung dieser Aufgabe, z.B. durch Studierendentickets in die Hände der Studierendenräte legen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: Hochschulen stärken und Potentiale der Wissenschaft nutzen

Im Absatz von Zeile 3668 - 3684:

Um die Internationalisierung der Hochschulen voranzutreiben, wollen wir durch die Vereinbarung konkreter Zielstellungen den Anteil von ausländischen Studierenden, Lehrenden und Forschenden erhöhen. Hierfür sollen flächendeckende Unterstützungs- und Beratungsangebote angeboten werden. Wie folgt fassen: Wir ~~wollen erreichen, wollen,~~ dass ~~alternative Studienformen wie flächendeckende Teilzeitstudierbarkeit oder Angebote von Präsenz- und Online-Lernphasen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von~~ Studium, Beruf und Engagement an den Hochschulen grundsätzlich miteinander vereinbar sind. Deshalb soll jeder Studiengang auch in Teilzeit studierbar sein und müssen Präsenz- und Online-Lernphasen selbstverständlich angeboten werden. Die Chancengleichheit von Frauen, Eltern und Menschen mit Migrationshintergrund oder Behinderung wollen wir durch gezielte Maßnahmen gewährleisten.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: Hochschulen stärken und Potentiale der Wissenschaft nutzen

Im Absatz von Zeile 3668 - 3684:

Um die Internationalisierung der Hochschulen voranzutreiben, wollen wir durch die Vereinbarung konkreter Zielstellungen den Anteil von ausländischen Studierenden, Lehrenden und Forschenden erhöhen. Hierfür sollen flächendeckende Unterstützungs- und Beratungsangebote angeboten werden. Wir wollen erreichen, dass alternative Studienformen wie flächendeckende Teilzeitstudierbarkeit oder Angebote von Präsenz- und Online-Lernphasen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Studium, Beruf und Engagement an den Hochschulen selbstverständlich werden. Die Chancengleichheit von Benachteiligten an der Hochschule muss gewährleistet sein. Insbesondere für Frauen, ~~Eltern~~Eltern, Pflegende und Menschen mit Migrationshintergrund oder Behinderung ~~wollen wir~~sowie chronisch Kranken sollen Nachteile durch gezielte Maßnahmen ~~gewährleisten.~~ausgeglichen werden.

Begründung

Die Änderung erweitert den Benachteiligtenkreis und konkretisiert die Maßnahmen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: **Hochschulen stärken und Potentiale der
Wissenschaft nutzen**

Im Absatz von Zeile 3685 - 3701:

Die neuen Bachelor- und Masterstudiengänge haben vielfach die Zielstellungen des Bologna-Prozesses verfehlt. Die freie Gestaltung des Studiums wurde durch einen zu hohen Verpflichtungsgrad erheblich eingeschränkt. Durch die gesetzliche Regelung eines verbindlichen Informations- und Veranstaltungsangebots in der Studieneingangsphase sowie die Verringerung der Stoff- und Prüfungsdichte wollen wir mehr Studierende zum Abschluss bringen. ~~Durch eine Regelanerkennung von auswärtigen Studien und Prüfungsleistungen können wir eine höhere Mobilität erreichen.~~ Der Zugang zum konsekutiven Masterstudiengang muss, abgesehen vom Bachelor, ohne weitere Zugangsvoraussetzungen gestaltet werden.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: Hochschulen stärken und Potentiale der Wissenschaft nutzen

Im Absatz von Zeile 3721 - 3761:

Viele Beschäftigungsverhältnisse an den sächsischen Hochschulen sind prekär, weil sie kurz befristet und schlecht bezahlt sind. Insbesondere Hilfskräfte und Lehrbeauftragte arbeiten unter unregelmäßigen Bedingungen, unterbezahlt und ohne Vertretung ihrer Interessen. In der Regel arbeiten wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Teilzeitbeschäftigte auf befristeten Stellen. Dieser Umstand macht den Wissenschaftsbetrieb für viele hoch qualifizierte AbsolventInnen unattraktiv. Wir wollen nach dem Prinzip "Dauerstellen für Daueraufgaben" schrittweise wieder einen echten "Mittelbau" mit Perspektiven auf eine unbefristete wissenschaftliche Beschäftigung jenseits der Professur schaffen und Personalvertretungen für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte sowie Lehrbeauftragte einrichten.

~~Wir~~ Die Länge befristeter Anstellungen in Drittmittelprojekten soll sich an der Projektlänge orientieren. Befristungen von wenigen Wochen und Monaten dürfen nur als begründungspflichtige Ausnahme (z.B. Schwangerschaftsvertretung) zulässig sein. Wir wollen auch dafür sorgen, dass ein Drittel der neu zu besetzenden Professuren über Juniorprofessuren berufen werden. Dabei wollen wir durchsetzen, dass die Juniorprofessur nach sechs Jahren bei Evaluierung und Einhaltung vorher vereinbarter Zielstellungen zur ordentlichen Professur führt.

Begründung

Die Befristung unterhalb der Projektlänge ohne sachliche Gründe ist mittlerweile Teil der Hochschulrealität. Der Grundsatz einer Befristung entsprechend der Projektlaufzeit soll dies verhindern. Ausnahmen wie Schwangerschaftsvertretungen sollen dadurch nicht ausgeschlossen werden.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Uwe Kaettniß (KV Erzgebirge)

Gegenstand: **Hochschulen stärken und Potentiale der
Wissenschaft nutzen**

Im Absatz von Zeile 3762 - 3782:

Das Leitbild einer nachhaltigen Wissenschaft ist Chance für die hochschulübergreifende Profilierung der sächsischen Hochschulen. Sachsen kann seine Potenziale zielgerichtet nutzen und sich bis 2020 zu einem führenden Forschungs- und Ausbildungsstandort für regenerative Energieversorgung, Minderung des Primärenergiebedarfs, Energieeffizienz sowie postfossile Produktion und Mobilität entwickeln. Im Rahmen der Hochschulentwicklungsplanung wollen wir eine Neuausrichtung der Ingenieursfächer erreichen und die Kooperation der Hochschulen in diesen Bereichen untereinander sowie mit außeruniversitärer Forschung und Wirtschaft gezielt stärken. Im Gegenzug setzen wir uns für den schrittweisen Abbau der öffentlichen Förderung von ~~Kohle-Kohlestrom-~~ und Kernenergieforschung ein. Die starke Position der technologieorientierten Wissenschaft in Sachsen darf jedoch nicht zu Lasten der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung gehen. Wir wollen die Geistes- und Sozialwissenschaften als Grundlage gesellschaftlicher Diskussionsprozesse stärken, damit sie die notwendigen wissenschaftlichen Impulse für die Bewältigung von Herausforderungen der Integration, Fragen sozialer Ungleichheit und des demografischen Wandels sowie die Gestaltung der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft geben können.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: Hochschulen stärken und Potentiale der Wissenschaft nutzen

Im Absatz von Zeile 3762 - 3782:

Das Leitbild einer nachhaltigen Wissenschaft ist Chance für die hochschulübergreifende Profilierung der sächsischen Hochschulen. Sachsen kann seine Potenziale zielgerichtet nutzen und sich bis 2020 zu einem führenden Forschungs- und Ausbildungsstandort für regenerative Energieversorgung, Minderung des Primärenergiebedarfs, Energieeffizienz sowie postfossile Produktion und Mobilität entwickeln. Im Rahmen der Hochschulentwicklungsplanung wollen wir eine Neuausrichtung der Ingenieursfächer erreichen und die Kooperation der Hochschulen in diesen Bereichen untereinander sowie mit außeruniversitärer Forschung und Wirtschaft gezielt stärken. Im Gegenzug setzen wir uns für den schrittweisen Abbau der öffentlichen Förderung von Kohle- und Kernenergieforschung ein. Die starke Position der technologieorientierten Wissenschaft in Sachsen darf jedoch nicht zu Lasten der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung gehen. Wir wollen die Geistes- und Sozialwissenschaften als Grundlage gesellschaftlicher Diskussionsprozesse stärken, damit sie die notwendigen wissenschaftlichen Impulse für die Bewältigung von Herausforderungen der Integration, Fragen sozialer Ungleichheit und des demografischen Wandels sowie die Gestaltung der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft geben können. Wir unterstützen die Einführung einer sogenannten Zivilklausel an sächsischen Hochschulen. Um Transparenz zu schaffen und Diskussionen zu ermöglichen, wollen wir im Hochschulgesetz regeln, dass Forschungstätigkeiten mit militärischem Hintergrund den akademischen Senaten angezeigt und somit öffentlich werden. In diesem Sinne

setzen wir uns dafür ein, dass die Hochschulen im Rahmen von Selbstverpflichtungen in ihren Grundordnungen auf Forschungen im militärischem Anwendungsbereich verzichten.

Begründung

Hochschulrechtlich kann militärische Forschung nur durch die jeweiligen Einrichtungen, nicht jedoch durch landesgesetzliche Regelungen selbst eingeschränkt werden. Mit einer Anzeigepflicht wird die Forschungsfreiheit nicht eingeschränkt, jedoch eine Diskussion ermöglicht, wie sie z.B. durch kleine Anfragen derzeit nur in punktueller Initiative des Landtages erfolgt. Die konkrete Ausgestaltung dieser Anzeigepflicht soll in Verantwortung der Hochschulen geschehen, um die Vereinbarkeit mit vertraglichen Regelungen der Drittmittelgeber zu ermöglichen.

F2-Ä3820-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: LAG Bildung, LAG Hochschule und Wissenschaft

Gegenstand: **Hochschulen stärken und Potentiale der
Wissenschaft nutzen**

Im Absatz von Zeile 3818 - 3826:

**Berufsakademie als ~~Hochschule~~Bestandteil der Hochschullandschaft
entwickeln**

F4-Ä4008-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ansgar Bovet (KV Landkreis Leipzig)

Gegenstand: Sachsen wächst mit Kultur

Im Absatz von Zeile 3985 - 4010:

Wir GRÜNEN wollen, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Wohnort, ihrem Alter oder ihrer sozialen Herkunft Angebote kultureller Bildung wahrnehmen können. Dafür wollen wir die entsprechenden finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen schaffen. Notwendig ist ein abgestimmtes Handeln von Kultus- und Kulturministerium, Bildungsagenturen, Landeskulturverbänden, Kulturräumen, Landesvereinigung kultureller Bildung, aber auch den Kinder- und Jugend- sowie SeniorInnenvertretungen zum Erhalt und Ausbau kultureller Bildungsangebote. Wir erkennen Kindertages- und Schuleinrichtungen als herausragende Orte kultureller Bildung an, wollen jedoch, dass diese nicht nur dort, sondern - im Sinne des lebenslangen Lernens - in Kooperation mit KünstlerInnen und PädagogInnen auch in Stadt- und Jugendzentren, in Museen und Volkshochschulen und in Einrichtungen der darstellenden Kunst für alle Altersgruppen angeboten wird. Deshalb setzen wir uns für die Einrichtung einer landesweiten Koordinierungs- und Beratungsstelle und die Aufrechterhaltung der Netzwerkstellen für kulturelle Bildung in den Kulturräumen ein. Wir wollen, dass Lernpatenschaften, von Aus- und Fortbildungsangeboten für PädagogInnen und Kulturschaffende und von regelmäßigen Angeboten an der Schnittstelle von Schulen und Kulturträgern finanziert werden. Das Unterrichtsangebot in den künstlerisch-ästhetischen Fächern muss abgesichert und echte Ganztagsangebote gefördert werden. Erfolgreiche Ansätze von Modell- und Kooperationsprojekten beispielsweise in den Bereichen Musikpädagogik und Leseförderung müssen verstetigt und breitenwirksamer werden. Wir GRÜNEN wollen die Volkshochschulen

stärken, die gerade auch im ländlichen Bereich ein breites Angebot vorhalten.

Begründung

Die Ansätze von Modellprojekten wie „Jedem Kind ein Instrument“ und „Buchsommer Sachsen“ haben sich bewährt. Bisher werden solche Projekte lediglich von Haushalt zu Haushalt verlängert und können daher auch jederzeit wegbrechen. Entsprechende Angebote sollten stattdessen strukturell verankert werden und deutlich mehr Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Jürgen Kasek (KV Leipzig)

Gegenstand: Sachsen wächst mit Kultur

Im Absatz von Zeile 4011 - 4027:

Die Gleichwertigkeit von traditionellen und modernen künstlerischen Ausdrucksformen, die Gleichberechtigung von ~~sogenannter~~ Hochkultur institutionalisierter Kultur und der sich immer wieder neu erfindenden Breitenkultur freien Kultur ist für uns selbstverständlich. Wir achten deshalb darauf, dass Bildende und Darstellende Kunst, Soziokultur, Musik, Literatur und Film jeweils in Formen gefördert werden, die der jeweiligen Sparte angemessen sind - von Ausstellungshonoraren und Katalogförderung über Stipendien bis zu Lesereihen und Musikfestivals. Die entsprechenden Landeskulturverbände sollen in den Fachbeiräten der Kulturstiftung eine ständige Stimme erhalten.

Begründung

Das Wort Hochkultur suggeriert eine bestimmte Wertigkeit der institutionalisierten Kultur.

"Hochkultur ist die institutionalisierte Kultur, welche sich als ethisches und sittliches Korrektiv zu einer Gesellschaft verhält, zugleich aber auch der entthobene Hochgenuss der Kultur ist, die höher wertige Kultur, welche als etablierte Kultur sich ästhetisch über der Alltagskultur begründet und zugleich Elite der Kultur sein will." vgl. Wolfram Pfreundschuh aus Kulturkritisches Lexikon.

Die Kriterien zur Beurteilung einer Hochkultur ist der Geschmack einer gesellschaftlichen Elite, die denkt und glaubt beurteilen zu können was höherwertige Kultur ist (vgl. dazu etwa Karin Aldinger in "Populäre Kultur und Religion). Der Begriff ist daher inzwischen in der Kulturwissenschaft umstritten, so das empfohlen wird ihn nicht anzuwenden, zumal er mit den Begriff es elitären operiert.

Bei der Breitenkultur handelt es sich hingegen um einen Begriff der künstlerisch- Irekative Aktivitäten in der Freizeitgestaltung beschreibt. In Deutschland findet die sogenannte Breitenkultur vor allen

Dingen in Vereinen statt (vgl. Dieter Hornung in Breitenkultur statt Laienkultur).

"Breitenkultur steht in Kontrast zu Spitzenkultur. In diesem Sinne trifft der Begriff durchaus DDR-spezifische und daraus nach der Wiedervereinigung hervorgegangene kulturelle Angebote und Tätigkeiten umfänglicher und genauer als der Terminus Soziokultur.", aus Politik und Zeitgeschichte 2001, Horst Groschopp, Breitenkultur in Ostdeutschland.

Ich bezweifle, dass vorliegend mit dem Wort Breitenkultur die Verengung auf Freizeitaktivitäten gemeint ist, wie sie dem Wortsinn und der Herleitung entsprechen.

Daher wird vorgeschlagen, diesen Begriff entweder durch das Wort freie Kultur oder durch das ebenfalls umstrittene Wort Populärkultur zu ersetzen um die thematische Breite anders darzustellen.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Georg Jänecke (KV Dresden)

Gegenstand: Sachsen wächst mit Kultur

Im Absatz von Zeile 4011 - 4027:

Besonderes Augenmerk legen wir auf die freie Szene. In der freien Theater- und Tanzszene wird Kreativität in besonderem Maße gelebt. Wir wollen in Zusammenarbeit mit den Kommunen den Mangel an Proberäumen und Spielstätten abbauen und Gastspiele unterstützen. So soll unter anderem das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst wie bereits in Dresden (Projekttheater Dresden) und Leipzig (LOFFT Leipzig) auch in Chemnitz eine institutionelle Spielstättenförderung vornehmen. Durch ein Förderprogramm soll es jungen Bands möglich werden, sich unabhängig von großen Plattenfirmen zu entwickeln.

Begründung

In Dresden und Leipzig fördert das SMWK institutionell eine Spielstätte, in Chemnitz nicht, obwohl mit dem WELTECHO eine Spielstätte bereit stünde.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Thomas Pilz (KV Görlitz)

Gegenstand: Sachsen wächst mit Kultur

Im Absatz von Zeile 4028 - 4051:

Sächsische Vielfalt, regionale Identität und Heimat wachsen aus traditionellen und modernen Formen der Kultur vom Vogtland bis zur Lausitz. Mit dem Kulturräumgesetz ist es in Sachsen seit 20 Jahren gelungen, ein reiches Angebot an Theatern und Orchestern, ~~Festivals~~Festivals, Bibliotheken und ~~Museen~~Museen, Soziokulturellen Zentren und Galerien auch ~~außerhalb~~ausserhalb von Chemnitz, Leipzig und Dresden zu erhalten. Wir wollen das Gesetz überprüfen, weiterentwickeln und zukunftssicher machen. Voraussetzung dafür ist eine Anpassung des staatlichen Zuschusses an die Kostensteigerungen sowie die gegenwärtigen und künftigen Anforderungen. Insbesondere gilt es dem Gehälter-Dumping in den Kultureinrichtungen und dem Trend zu entsprechenden Haustarifverträgen entgegenzuwirken. Deshalb wollen wir den Landeszuschuss für die Kulturräume um jährlich 8 Millionen Euro anheben, ohne dabei die Kommunen aus ihrer finanziellen Verantwortung zu entlassen. Die finanzielle Belastung der Kulturräume durch die Landesbühnen Sachsen wollen wir rückgängig machen. Auf dieser Grundlage wollen wir den Verteilungsschlüssel zwischen urbanen und ländlichen Kulturräumen überprüfen, um die kulturelle Attraktivität der ländlichen Räume zu erhalten und der Abwanderung entgegenzuwirken. Wir wollen eine hohe Transparenz der laufenden Kostenentwicklungen bei den öffentlichen kulturellen Einrichtungen sicherstellen, um Finanzierungsschwierigkeiten vorzubeugen. Im Interesse der Innovationskraft wollen wir eine angemessene Förderung von Projekten und freien Initiativen sichern.

Begründung

Begründung: Aufzählung vervollständigen

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Thomas Pilz (KV Görlitz)

Gegenstand: Sachsen wächst mit Kultur

Im Absatz von Zeile 4028 - 4051:

Sächsische Vielfalt, regionale Identität und Heimat wachsen aus traditionellen und modernen Formen der Kultur vom Vogtland bis zur Lausitz. Mit dem Kulturräumgesetz ist es in Sachsen seit 20 Jahren gelungen, ein reiches Angebot an Theatern und Orchestern, Festivals und Museen auch außerhalb von Chemnitz, Leipzig und Dresden zu erhalten. Wir wollen das Gesetz überprüfen, weiterentwickeln und zukunftssicher machen. Voraussetzung dafür ist eine Anpassung des staatlichen Zuschusses an die Kostensteigerungen sowie die gegenwärtigen und künftigen Anforderungen. Insbesondere gilt es dem Gehälter-Dumping in den Kultureinrichtungen und dem Trend zu entsprechenden Haustarifverträgen entgegenzuwirken. Deshalb wollen wir den Landeszuschuss für die Kulturräume um jährlich 8 Millionen Euro anheben, ohne dabei die Kommunen aus ihrer finanziellen Verantwortung zu entlassen. Die finanzielle Belastung der Kulturräume durch die Landesbühnen Sachsen wollen wir rückgängig machen. Wir setzen uns dafür ein, das in jedem Kulturraum ein hochwertiges Angebot aus dem Spektrum der Darstellenden Kunst, vor allem Öffentliches Theater und Kulturorchester, finanzierbar bleibt. Auf dieser Grundlage wollen wir den Verteilungsschlüssel zwischen urbanen und ländlichen Kulturräumen überprüfen, um die kulturelle Attraktivität der ländlichen Räume zu erhalten und der Abwanderung entgegenzuwirken. Wir wollen eine hohe Transparenz der laufenden Kostenentwicklungen bei den öffentlichen kulturellen Einrichtungen sicherstellen, um Finanzierungsschwierigkeiten vorzubeugen. Im Interesse der Innovationskraft wollen wir eine angemessene Förderung von Projekten und freien Initiativen sichern.

Begründung

Hinter dem Thema Landesbühnen steht die Frage, wie eine sächsische Theaterlandschaft in Zukunft aussehen soll. Die Landesbühnen würden überflüssig (bzw. könnten kommunalisiert werden), wenn die Kulturräume langfristige Entwicklungschancen für ihre Angebote der Darstellenden Kunst erhalten.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ansgar Bovet (KV Landkreis Leipzig)

Gegenstand: Sachsen wächst mit Kultur

Im Absatz von Zeile 4080 - 4103:

Die Region des heutigen Sachsens war in ihrer Geschichte immer eng mit anderen Regionen Europas verknüpft. Menschen aus allen Teilen Europas und der Welt waren aktiv an ihrer Entwicklung beteiligt. Wir wollen an diese positiven Traditionen anschließen. Ob Flüchtlinge, Studierende, hier arbeitende Menschen oder ausländische Touristen – sie alle bereichern mit ihrer Kultur, mit ihren Erfahrungen und ihren Betrachtungsweisen unser Land. Durch spezielle Förderstrukturen wollen wir der Kultur von ethnischen, kulturellen und religiösen Minderheiten mehr Raum geben. Kultur lädt ein und überzeugt, wenn sie den Kulturen von Migrantinnen und Migranten wertschätzend begegnet und eine kulturelle Integration erleichtert. Die öffentlichen Kultureinrichtungen sollten im Rahmen ihres Bildungsauftrages mehr auf neu hinzugekommene Kulturen eingehen und für die Entwicklung interkultureller Kompetenzen beitragen. Wir GRÜNEN wollen den Austausch auf institutioneller Ebene ebenso verstärken wie die internationalen Künstleraustauschprogramme.

Begründung

Der bestehende Passus sollte sich nicht auf „Minderheiten“ beschränken, sondern auch dezidiert die Kulturen von MigrantInnen ansprechen. Der in anderen Programmteilen zu Recht aufgeführte Begriff der interkulturellen Kompetenz sollte nicht ausgerechnet im „Kulturteil“ fehlen. Zur kulturellen Bildung gehört auch die Vermittlung kultureller Vielfalt in einer Gesellschaft.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Georg Jänecke (KV Dresden)

Gegenstand: Sachsen wächst mit Kultur

Im Absatz von Zeile 4132 - 4149:

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte der ~~DDR-~~
~~Geschichte~~Geschichte der DDR und der SED-Diktatur soll nicht zuletzt
das Bewusstsein für die Stärken der Demokratie und das hohe Gut der
Freiheit wecken. Wir wollen die sächsischen Gedenkstätten,
Bürgerarchive und Dokumentationszentren als Lernorte
weiterentwickeln. Eine breite Debatte über die Mechanismen der
Unterdrückung ist notwendig. Dazu ist es erforderlich, dass die
Lebenswelt der DDR in ihren verschiedenen Facetten vermittelt wird.
Die öffentliche Zugänglichkeit der Stasi-Unterlagen unter Beachtung
des Datenschutzes muss gewährleistet bleiben. Durch eine
Gesetzesnovellierung wollen wir die rechtlichen Grundlagen des Amtes
des Stasi-Landesbeauftragten verbessern. So soll sein Arbeitsbereich
auf das Gesamtsystem der DDR ausgeweitet, ein ausdrücklicher
Bildungsauftrag verankert und ihm durch Zuordnung zum Sächsischen
Landtag eine höhere Unabhängigkeit garantiert werden. Wir treten
weiterhin dafür ein, dass die in der DDR verfolgten Menschen
genügend gesellschaftliche und staatliche Aufmerksamkeit und
Anerkennung erhalten.

Begründung

Neben der notwendigen redaktionellen Änderung (Dopplung des Wortes „Geschichte“) zielt die
Änderung darauf ab, den Charakter des DDR-Herrschaftssystems deutlich zu benennen. Außerdem
stellt der Begriff der SED-Diktatur eine Ergänzung dar, mit der auch die Zeit der Sowjetischen

Besatzungszone erfasst wird, in der wesentliche Voraussetzungen dieses Herrschaftssystems geschaffen wurden.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Thomas Pilz (KV Görlitz)

Gegenstand: Sachsen wächst mit Kultur

Im Absatz von Zeile 4132 - 4149:

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR-Geschichte soll nicht zuletzt das Bewusstsein für die Stärken der Demokratie und das hohe Gut der Freiheit wecken. Wir wollen die sächsischen Gedenkstätten, Bürgerarchive und Dokumentationszentren als Lernorte weiterentwickeln. Eine breite Debatte über die Mechanismen der Unterdrückung ist notwendig. Dazu ist es erforderlich, dass die Lebenswelt der DDR in ihren verschiedenen Facetten vermittelt wird. Die öffentliche Zugänglichkeit der Stasi-Unterlagen unter Beachtung des Datenschutzes muss gewährleistet bleiben. Durch eine Gesetzesnovellierung wollen wir die rechtlichen Grundlagen des Amtes des Stasi-Landesbeauftragten ~~verbessern-verbessern, das zum Amt eines Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur weiterentwickelt wird.~~ So soll ~~seiner~~ Arbeitsbereich auf das Gesamtsystem der DDR ausgeweitet, ein ausdrücklicher Bildungsauftrag verankert und ~~-ihm~~ durch Zuordnung zum Sächsischen Landtag eine höhere Unabhängigkeit garantiert werden. Wir treten weiterhin dafür ein, dass die in der DDR verfolgten Menschen genügend gesellschaftliche und staatliche Aufmerksamkeit und Anerkennung erhalten.

Begründung

Die Amtsbezeichnung "Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur" ist bereits im fertiggestellten Gesetzentwurf der Landtagsfraktion enthalten, wobei der Arbeitsbereich sogar über

das in der Begründung skizzierte Feld hinausgeht und beispielsweise auch das Wirken der Blockparteien umfasst.

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Georg Jänecke (KV Dresden)

Gegenstand: Sachsen wächst mit Kultur

Im Absatz von Zeile 4132 - 4149:

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR-Geschichte soll nicht zuletzt das Bewusstsein für die Stärken der Demokratie und das hohe Gut der Freiheit wecken. Wir wollen die sächsischen Gedenkstätten, Bürgerarchive und Dokumentationszentren als Lernorte weiterentwickeln. Eine breite Debatte über die Mechanismen der Unterdrückung ist notwendig. Dazu ist es erforderlich, dass die Lebenswelt der DDR in ihren verschiedenen Facetten vermittelt wird. Die öffentliche Zugänglichkeit der Stasi-Unterlagen unter Beachtung des Datenschutzes muss gewährleistet bleiben. Durch eine Gesetzesnovellierung wollen wir die rechtlichen Grundlagen des Amtes ~~des Stasi-Landesbeauftragten verbessern.~~ der/des Stasi-Landesbeauftragten verbessern, das nach thüringischem Vorbild zum Amt einer/eines Beauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur weiterentwickelt werden soll. So soll ~~sein~~ ihr/sein Arbeitsbereich auf das Gesamtsystem der DDR ausgeweitet, ein ausdrücklicher Bildungsauftrag verankert und ihm durch Zuordnung zum Sächsischen Landtag eine höhere Unabhängigkeit garantiert werden. Wir treten weiterhin dafür ein, dass die in der DDR verfolgten Menschen genügend gesellschaftliche und staatliche Aufmerksamkeit und Anerkennung erhalten.

Begründung

Repressionen in der DDR beschränkten sich nicht auf das Stasi-Spitzelsystem, sondern erfassten

eine ganze Reihe weiterer Maßnahmen wie Inhaftierungen, Ausgrenzungen, gezielte Benachteiligungen (z. B. durch den Ausschluss von Bildungseinrichtungen) usw. Die von allen diesen Repressionen – nicht nur von Bespitzelung – Betroffenen verdienen heute die Beratung und Unterstützung, die das Amt einer/eines Beauftragten bereitstellen kann. Der bereits im Programmentwurf gegebene Ansatz einer Auseinandersetzung mit allen Aspekten der DDR-Geschichte sollte institutionell unteretzt werden. Ferner erfasst eine kleine sprachliche Ergänzung die Möglichkeit, dass das Amt perspektivisch auch von einer Frau wahrgenommen werden kann.

F4-Ä4159-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Thomas Pilz (KV Görlitz)

Gegenstand: Sachsen wächst mit Kultur

Im Absatz von Zeile 4150 - 4159:

Eine zentrale Stellung nimmt die Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft ein. Durch den Konsens der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen und die nachfolgende interfraktionelle Gesetzesinitiative ist es nach jahrelangen Auseinandersetzungen gelungen, die Gedenkstättenarbeit auf eine neue Grundlage zu stellen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Einigung sich auch in der täglichen Arbeit der Stiftung niederschlägt und für alle zu fördernden ~~Gedenkstätten~~Gedenkstätten, insbesondere die im Rahmen der Novellierung neu aufgenommenen Gedenkkorte, eine angemessene Finanzierung bereitgestellt wird.

Begründung

Insbesondere die fünf neu aufgenommenen Gedenkstätten bedürfen einer Budgeterhöhung der Stiftung.

F4-Ä4190-1

Änderungsantrag

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Ulrike Bürgel (KV Dresden), Victor Vincze (KV Dresden)

Gegenstand: Sachsen wächst mit Kultur

Im Absatz von Zeile 4160 - 4189:

Neu hinzufügen:

Wir setzen uns dafür ein, dass Denkmalschutz und Barrierefreiheit zusammen gedacht und nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen, dass Denkmäler und Gedenkorte für alle Menschen zugänglich gemacht werden, damit ein Lernen und eine Auseinandersetzung mit historischen Ereignissen unabhängig vom Sein möglich wird.

Begründung

Denkmalschutz und Barrierefreiheit werden viel zu oft gegeneinander ausgespielt. Deshalb ist es notwendig, dass wir hier eine klare Position beziehen, die eine Zugänglichkeit für alle in den Fokus nimmt.